Katastrophe voraus S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 39 – 26. September 2015

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Sie nennt es „ein freundliches Gesicht zeigen“: Merkels Botschaft lockt Millionen

Bild: Ullstein

Die Fanatikerin

»Keine Obergrenze«: Die Kanzlerin hält verbissen Kurs in Richtung Chaos

In Deutschland wie international mehren sich die Attacken auf Merkels Asylpolitik. Sogar große Medien beginnen, an ihr zu zweifeln.

Die Kritik an der Zuwanderungspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel wird täglich lauter. Selbst die „Zeit“ fragt: „Weiß sie, was sie tut?“ Die Nervosität in der CSU wächst, ebenso die Unruhe an der CDU-Basis.

Auch international stößt die deutsche Regierungschefin auf drastischen Widerspruch. Merkel habe ein „Chaos“ angerichtet, schimpft die kroatische Staatspräsidentin Kolinda Grabar-Kitarovic. Václav Klaus, von 2003 bis 2013 Staatspräsident Tschechiens, beschuldigt die Kanzlerin und Bundespräsident Joachim Gauck, sie gefährdeten die Zivilisation Europas und wollen bewusst Menschen aus fremden Kulturkreisen holen, die keinerlei Bindung an irgendein europäisches Land haben, um so eine „europäische“ Nation herbeizuzwingen, bei der die alten Nationen im Wege seien. Dafür würde der Zusammenhalt der alten europäischen Nationen zerstört.

Doch die Kanzlerin setzt ungeachtet all dessen ihren Kurs verbissen fort. Außenminister Frank-Walter Steinmeier vermied bei seinem Besuch in der deutschen Botschaft in Ankara jeden gemeinsamen Auftritt mit Menschen, die dort warteten, um ein Visum für Deutschland zu erhalten. Es sollten keine Fotos entstehen, die später durch die Welt geisterten und als Einladung verstanden werden könnten, nach Deutschland zu kommen. Ganz anders Merkel: Sie posiert Wange an Wange mit Zuwanderern. Die Fotos gehen als unwiderstehlicher Lockruf in alle Elendsregionen des Globus. Die CDU-Chefin weiß das, sie weiß, dass sie damit weitere Wellen lostritt, die ohne Umweg ins Chaos führen werden. Dennoch macht sie weiter wie eine Fanatikerin, wenn nicht gar wie ferngesteuert: Es gebe „keine Obergrenze“, wischt Merkel jede Kritik beiseite.

> Václav Klaus: Sie gefährdet Europas Zivilisation

So schwillt die Welle weiter an: Die deutsche Botschaft in Kabul soll Informationen haben, dass in Afghanistan bereits eine Million Pässe ausgestellt wurden. An der türkischen Westküste warten Berichten zufolge eine halbe Million Menschen auf die Gelegenheit zur Überfahrt. Der Ansturm von Afrika über das Mittelmeer geht, obgleich ein wenig aus dem Medien-Fokus verschwunden, ungebremst weiter.

Derweil jagen sich die Krisensitzungen der zuständigen Bund-Länder-Gremien. 14 von 16 Bundesländern haben Ende vergangener Woche SOS gefunkt: Ihre Aufnahmefähigkeit sei erschöpft. Unbegleitete Jugendliche können schon jetzt vielerorts nur noch sporadisch betreut werden, weil es nicht mehr genügend Sozialarbeiter gibt.

Die Zeichen sind unübersehbar: Das System der Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Zuwanderer kann jede Woche unter der Flut zusammenbrechen. Danach droht ein Durcheinander, welches die Vorstellungskraft der ordnungsverwöhnten Deutschen sprengen dürfte. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Mediale Orgie

Der vor 20 Jahren gestorbene Journalist Hanns Joachim Friedrichs war so etwas wie eine berufsethische Instanz. Seine Kollegen täten gut daran, sich an das zu erinnern, was er ihnen ins Stammbuch geschrieben hat. Aktuell gilt das vor allem für die wenige Tage vor seinem Tod in einem „Spiegel“-Interview geäußerte Ansicht darüber, was einen guten Journalisten ausmacht: „Distanz halten, sich nicht gemein machen mit einer Sache, auch nicht mit einer guten, nicht in öffentliche Betroffenheit versinken, im Umgang mit Katastrophen cool bleiben, ohne kalt zu sein. Nur so schaffst du es, dass die Zuschauer dir vertrauen.“

Wenn es um die Asylpolitik geht, werden journalistische Grundsätze wie dieser jedoch branchenweit ignoriert. Dass das Thema Zuwanderung derzeit alle Medien beherrscht und uns selbst im Kinderfernsehen verfolgt, ist angesichts seiner Monstrosität und Brisanz noch nachvollziehbar. Doch statt ihr Publikum sachlich zu informieren, feiern die Medienschaffenden eine Betroffenheitsorgie in Endlosschleife. Sie sind mittlerweile so sehr Opfer der von ihnen selbst geschürten Stimmung geworden, dass es ihnen nicht mehr gelingt, das Asylthema anders als in Form einer unkritischen und emotionalen Berichterstattung anzugehen.

Auch für Journalisten ist es legitim, sich aus Anteilnahme oder Empathie für Asylbewerber zu engagieren. Journalismus mit Aktivismus zu vermischen, sich gewissermaßen als Schutzmacht der Zuwanderer zu inszenieren und das Publikum mit allen propagandistischen Mitteln auf Willkommenskultur einzustimmen, hat mit dem beruflichen Auftrag des Journalisten jedoch nichts mehr zu tun.

»Qualifikation schlecht«

Studie: Kein volkswirtschaftlicher Gewinn durch Zuwanderer

Sollten im laufenden Jahr insgesamt 800 000 Asylbewerber nach Deutschland kommen, würden dem Staat dadurch Mehrkosten in Höhe von mindestens zehn Milliarden Euro entstehen. Dies geht aus einer Studie des Ifo-Instituts hervor. Die These, die überwiegend jungen Zuwanderer würden als „dringend gesuchte Fachkräfte“ diese Kosten kompensieren, sodass Deutschland, so Bundeskanzlerin Angela Merkel, durch sie „nur gewinnen“ könne, erweist sich zudem als haltlos. Denn wie aus der Studie unter Berufung auf Daten der Weltbank hervorgeht, ist die „Qualifikationsstruktur der Einwanderer aus den Krisenstaaten Syrien, Irak, Nigeria und Afghanistan wahrscheinlich schlecht“. Demnach läge unter den 14- bis 24-Jährigen der Anteil der Analphabeten in diesen Ländern bei vier, 18, 34 und 53 Prozent. Der Anteil der Hochschulabsolventen betrage selbst in Syrien, dem am weitesten entwickelten dieser Länder, nur sechs Prozent, wobei in vielen Fächern die Gleichwertigkeit der Diplome mit deutschen Abschlüssen nicht gegeben sei. Damit sei klar, dass die Zuwanderer schlecht für den deutschen Arbeitsmarkt vorbereitet seien. Neben Deutschkursen müsse Deutschland auch in Berufsbildung investieren, was zusätzliche Kosten verursachen werde.

> Mehrkosten mindestens zehn Milliarden Euro

Damit der Zustrom nicht zu einer andauernden finanziellen Überlastung des deutschen Steuerzahlers führt, müssten Zuwanderer so schnell wie möglich selbst zu ihrem Lebensunterhalt beitragen können, so die Studie weiter. Es stehe jedoch zu befürchten, dass viele von ihnen selbst bei einer Aussetzung des Mindestlohns keine Beschäftigung finden, „weil ihre Produktivität schlicht zu gering“ sei. Modellsimulationen zeigten, dass „eine unterstellte sofortige Integration der Einwanderer in den deutschen Arbeitsmarkt nicht zu einem Gewinn für die deutsche Volkswirtschaft“ führe. *J.H.*

Sehr geehrte Abonnentinnen und Abonnenten!

Jede Woche freuen Sie sich aufs Neue darauf, dass die Post Ihnen pünktlich Ihre *Preußische Allgemeine Zeitung* bringt. Leider aber haben manche von Ihnen immer wieder Grund, über eine verspätete Zustellung zu klagen.

Wir können Ihnen versichern: An uns liegt es nicht.

Seit nunmehr 65 Jahren stellen wir die Zeitung Woche für Woche pünktlich fertig, stellen die Druckdaten der Druckerei termingerecht zur Verfügung, die die Zeitung noch in der Nacht druckt und rechtzeitig am nächsten Tag an die Post ausliefert.

Leider kommt die Post ihrer uns als Großkunden vertraglich zugesicherten Verpflichtung, die Zeitung spätestens zwei Tage darauf den Empfängern zuzustellen, oftmals nicht nach. Vollkommen zu Recht häufen sich dann die Beschwerden bei uns. In diesen Fällen veranlassen wir eine Ersatzlieferung und schicken eine Reklamation an die Post. Doch wer den „gelben Riesen“ kennt, kann sich denken, dass man darauf zwar eine standardisierte Antwort mit großem Bedauern erhält, sich aber nichts wirklich ändert.

Deshalb haben wir die Bitte, nicht nur uns zu informieren, wenn die pünktliche Zustellung (spätestens am Sonnabend) nicht klappt, sondern sich in jedem Fall auch selbst bei der Post zu beschweren. Die Post verdient an der *PAZ* gutes Geld und es kann nicht sein, dass sie die Zeitung nicht vertragsgemäß ausliefert. Wenn nicht nur wir als Absender, sondern auch Sie als Empfänger sich über eine mangelhafte Zustellung beschweren, können wir hoffentlich so viel Druck auf die Post ausüben, dass sie ihren vertraglichen Verpflichtungen in vollem Umfang nachkommt.

MELDUNGEN

EU gibt Kredit für Gaslieferungen

Brüssel – Die Sanktionen des Westens gegen Russland sind eine Sache, eine andere ist der Wille der EU, den Schützling Ukraine nicht im Stich zu lassen. Angesichts des kommenden Winters hat sich Brüssel daher mit der russischen Regierung auf neue Gaslieferungen für die Ukraine geeinigt. Der Hauptbeteiligte dieses Handels allerdings wurde nicht zurate gezogen; es ist der EU-Steuerzahler und damit wieder einmal überproportional der deutsche. Die EU gewährt der Ukraine einen Kredit in Höhe von 500 Millionen Euro, welcher direkt auf ein Sperrkonto des russischen Energiekonzerns Gazprom gezahlt wird. Dabei handelt es sich um die Hälfte der insgesamt benötigten Summe, nämlich nur um eine Anzahlung für Erdgaslieferungen in den Wintermonaten. Immerhin gewährt Moskau Kiew trotz des Konflikts um die Ostukraine einen Rabatt. *FS*

Zelte für drei Millionen

Mekka – Trotz des Unfalles durch einen umstürzenden Bagger, der über 100 Tote gefordert hatte, nimmt die Hadsch, die jährliche Pilgerreise der Mohammedaner nach Mekka, ihren weitgehend ungestörten Verlauf. Tatsächlich lenkt der Unfall den Blick von den umfangreichen Vorbereitungen ab, die der Hadsch und der Versorgung der Pilger gelten. So wurde in Mina, nahe Mekka, eine Zeltstadt errichtet, die alle Maße sprengt. Die Zelte sind nicht brennbar, sie verfügen jedes einzelne über eine Klimaanlage, Fernsehen, ein Thermometer, einen Feuermelder und einen Lautsprecher, damit man den Ruf des Muezzin nicht überhöre. Auch der Umfang des Lagers imponiert: Es kann drei Millionen Menschen aufnehmen. Da fragen nicht nur Zyniker, ob das nicht der richtige Platz für islamische Flüchtlinge aus Nahost wäre, die sich so den qualvollen Weg zu den Ungläubigen ersparen könnten. *FS*

7000 Freiwillige kämpfen für Kiew

Berlin – Nach Erkenntnissen der Bundesregierung beträgt die Truppenstärke der ihr bekannten sogenannten Freiwilligenbataillone in der Ukraine rund 7000 Personen. Das geht aus ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei hervor. Demnach handelt es sich bei dem „Rechten Sektor (Kampfverband OUN)“ mit rund 2000 und dem „Regiment Asow“ mit mehr als 1000 Angehörigen um die größten dieser Verbände. „Asow“ sei wie die meisten dieser Verbände dem ukrainischen Innenministerium unterstellt, der „Rechte Sektor“ im Gebiet der „Anti-Terror-Operation“ offiziell dem Verteidigungsministerium. Wie die Bundesregierung weiter ausführt, habe der ukrainische Verteidigungsminister Stepan Poltorak im April 2014 erklärt, dass im Gebiet der „Anti-Terror-Operation“ inzwischen alle Freiwilligen-Bataillone der Befehlsgewalt der ukrainischen Streit- und Sicherheitskräfte unterstellt worden seien. Gleichwohl gebe es Vertreter des „Rechten Sektors“, die weiterhin eine Eingliederung leugneten. Es sei daher davon auszugehen, dass der Prozess der landesweiten und vollständigen Integration dieser Verbände in die staatlichen Strukturen noch nicht abgeschlossen ist. *J.H.*

Russland löst die USA in Syrien ab

Statt der Nato schickt Putin sich an, die Luftherrschaft über dem arabischen Land zu übernehmen

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit bahnt sich im Syrien-Konflikt eine Wende an, die Auswirkungen bis nach Europa haben wird.

Während die russische Militärhilfe für Syriens Armee derzeit hohe Wogen schlägt, ist eine weitreichende Entscheidung innerhalb der Nato auf wenig Beachtung gestoßen. Bereits Mitte August hat die Bundesregierung angekündigt, dass sie den Einsatz der Bundeswehr an der Südostgrenze der Türkei beenden und das Luftabwehrsystem „Patriot“ Ende Januar 2016 abziehen will. Offiziell immer als defensive Maßnahme zur Abwehr syrischer Raketen bezeichnet, hatten die „Patriots“ eine viel weitergehende Bedeutung. Faktisch kam das an der Südostgrenze der Türkei stationierte Luftabwehrsystem der Verhängung einer Flugverbotszone durch die Nato über Teile Syriens gleich. Die tatsächlichen Hintergründe dieser Kehrtwende bleiben einstweilen unklar. Einiges spricht dafür, dass Ankaras Vorgehen gegen die Kurden in Washington tiefe Verärgerung hervorgerufen hat.

Die Ernüchterung über den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan ist offenbar so groß, dass man in Washington nun bereit zu sein scheint, mit Moskau in der Syrien-Frage zu reden. Ohne russische Zustimmung dürfte kaum noch eine Lösung gelingen. Der Abzug des Nato-Luftabwehrsystems aus der Türkei ist nur ein Baustein, der die Kräftelage in Syrien gravierend verändert. Inzwischen hat Russland den Spieß umgedreht. Mit der Stationierung russischer Jagdflugzeuge in Syrien, denen vermutlich bald Luftabwehrsysteme vom Typ S-300 oder sogar das noch modernere Modell S-400 „Triumf“ folgen werden, ist es nun Russland, das seinerseits den Luftwaffen der Türkei, der USA und Israels faktisch eine Flugverbotszone über Syrien auferlegt. Schon vor längerer Zeit hatte das Hamburger Institut für Friedensforschung eine Vermutung aufgestellt, die nun immer mehr zur Realität zu werden scheint: „Hätte Syrien S-300-Systeme, würde das die Lage grundsätzlich ändern.“ Es spricht einiges dafür, dass der Abzug der „Patriots“ und die verstärkte russische Militärhilfe für die syrischen Regierungstruppen eine einschneidende Wende im Syrien-Konflikt darstellt. Bei nüchterner Betrachtung muss man nämlich zur Kenntnis nehmen, dass im Schutze der „Patriot“-Raketen nicht nur kurdische Truppen Gebietsgewinne, sondern auch der Islamische Staat (IS) Kontrolle über Teile Syriens erringen konnte. Sollte die syrische Armee mit russischer Hilfe nun die Lufthoheit wiedererlangen, könnte der Siegeszug des IS erst einmal gestoppt sein.

> Ein erfolgreiches Vorgehen Moskaus und Teherans gegen den IS könnte dessen Kämpfer nach Europa ausweichen lassen

Mehr noch. Zumindest in Syrien drohen der Terrormiliz hohe Verluste. Medienberichten zufolge ist nämlich damit zu rechnen, dass neben Russland auch verstärkt der Iran mit Bodentruppen in Syrien eingreifen will. Über die Folgen kann bislang nur spekuliert werden. Als sicher kann gelten, dass wichtige Akteure des Syrien-Konflikts wie die Türkei oder Saudi-Arabien alles daran setzten werden, dass IS-Kämpfer aus Syrien sich nicht auf ihr Territorium absetzen werden. Als Ausweichmöglichkeit auf der Hand liegt der Irak, wo der Islamische Staat bereits umfangreiche Gebiete kontrolliert.

Sollte sich in Syrien tatsächlich das Kräfteverhältnis unter dem Einfluss von Russland und dem Iran grundlegend zu Ungunsten des Islamischen Staates verändern, würde sich allerdings auch ein Ausweichen von IS-Kämpfern nach Europa anbieten. Schon jetzt gibt es erste Indizien für ein Einsickern von Islamisten unter Ausnutzung der hohen Immigrationszahlen nach Europa. So hat ein libanesisches Regierungsmitglied bei einem Besuch in London Premier David Cameron gewarnt, dass nach Erkenntnissen libanesischer Behörden, zwei von Hundert Syrern, die derzeit in Europa Asyl suchen, Angehörige des Islamischen Staates seien. Aus dem Land Brandenburg wurde inzwischen gemeldet, dass das Bundeskriminalamt gegen einen Asylbewerber Ermittlungen wegen Terrorverdachts aufgenommen hat. Der Verdächtige soll Teil einer islamistischen Zelle gewesen sein. Laut der „Welt am Sonntag“ soll der in einer brandenburgischen Unterkunft lebende Syrer Mitbewohner über seine Zeit beim Islamischen Staat berichtet haben.

Sollte die Terrororganisation tatsächlich mit dem Gedanken einer Absetzbewegung und Infiltration Europas spielen, dann wären die Umstände denkbar günstig. Täglich strömen über die ungesicherten EU-Außengrenzen Tausende von Immigranten. Die hiesige Polizei hat längst den erkennungsdienstlichen Überblick verloren, wer im Zuge der „Flüchtlingswelle“ derzeit eigentlich die deutschen Grenzen passiert. *Norman Hanert*



Mit Waffen wie diesen könnte Russland eine Flugverbotszone über Syrien errichten: S-400 „Triumf“ Bild: pa

Wien bricht Neutralität

Die USA nutzen Österreich als Aufmarschgebiet für Osteuropa

Eigentlich ist Österreich neutral, so wollen es die Verfassung und der Staatsvertrag von 1955. Demnach ist es auch kein Mitglied der Nato. Das hindert die USA aber keineswegs, das Land als Aufmarschgebiet zu nutzen. Ein Zwischenfall Ende Juli in Wien gab davon beredtes Zeugnis. Damals wurde auf dem Flughafen Wien-Schwechat eine Gruppe von bewaffneten US-Soldaten aufgegriffen, die auf dem Weg zu einer „Friedensmission“ in der Ukraine waren. Die Behörden reagierten mutig und schnell: Denn die GI wurden umgehend in die USA zurückgeschickt, samt ihren Waffen.

Dieser Vorfall wurde weitgehend unter dem Rubrum „dumm gelaufen“ beiseitegelegt, doch er ist mehr als ein Anlass zum Feixen. Er weist nämlich darauf hin, dass die USA systematisch über Österreich Soldaten und Waffen in die Ukraine bringen. Mehr darüber wollten dieser Tage die Grünen im Nationalrat erfahren, dem österreichischen Parlament. Sie stellten eine Anfrage an den Verteidigungsminister Gerald Klug von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ), er möge darlegen, welche Rolle Österreich als Transitland bei den Truppenbewegungen der USA nach Osteuropa spiele.

Das Ergebnis war erstaunlich. Seit 2014 wurden offiziell 1310 Truppentransporte durchgeführt, der Zwischenfall von Schwechat allerdings legt die Notwendigkeit nahe, eine Dunkelziffer zu kalkulieren. Es dreht sich dabei um Transporte sowohl von Truppen als auch von schwerem Gerät. Rechnet man auch noch die Maßnahmen anderer Nato-Staaten dazu, so kommt man auf die Zahl von 3200 offiziellen Transporten. Die österreichische Tageszeitung „Der Standard“ schrieb dazu: „Ähnliche Transporte gab es aber auch aus Nato-Staaten wie Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien.“

Die Grünen fordern nun die Einberufung des Nationalen Sicherheitsrates. Dieser ist ein beratendes Gremium der Bundesregierung, das beim Bundeskanzleramt angesiedelt ist. Seine Zuständigkeiten betreffen die Außen- und Sicherheitspolitik. Einer ihrer Abgeordneten beklagte, dadurch, dass Österreich diese Waffentransporte genehmige, mache sich das Land „zum Komplizen“.

Was dem neutralen Österreich recht ist, ist dem Nato-Mitglied Bundesrepublik Deutschland billig. Es ist ja offensichtlich, dass die Transporte durch Österreich zuvor Bayern passiert haben müssen. Doch nicht nur im Süden wird Kriegsgerät bewegt. Seit dem Putsch in Kiew hat sich die Ostsee-Hafenstadt Kiel zu einem Drehkreuz des Waffentransports der Nato entwickelt. Dort ist die Zielrichtung in der Hauptsache das Baltikum, doch auch die Ukraine wird in gewissem Maße mit bedacht. Diese Aktivitäten haben einen solchen Umfang angenommen, dass deutsche Angehörige von Bahn und Fährbetrieben darüber ein wachsendes Unbehagen empfinden und nun an die Öffentlichkeit traten. *Florian Stumfall*

> Was dem neutralen Österreich recht ist, ist dem Nato-Mitglied Bundesrepublik billig

Ruhe gegen Treffen

Seoul stellt Lautsprecherpropaganda ein

Nach den verschiedenen von Pjöngjang verursachten Zwischenfällen am 38. Breitengrad setzten die Streitkräfte Seouls an der Grenze riesengroße Lautsprecher ein, deren über etliche Kilometer hörbare Propaganda offenbar die nordkoreanischen Truppen stark demoralisierte.

Ende August jedenfalls ließ Kim Jong-un plötzlich Interesse an Gesprächen mit dem Süden erkennen, diese würden „einen bedeutenden Wendepunkt“ in den gegenseitigen Beziehungen darstellen. Nach vorangegangenen Gesprächen auf sehr hoher Ebene kam es am 7. September im Grenzort Panmunjom zu einer vertraulichen Vereinbarung. Pjöngjang wünscht die sofortige Einstellung der Lautsprecherpropaganda und des Versandes von regimekritischen Flugblättern.

Zur Forderung bezüglich der Flugblätter stellten sich die Vertreter Seouls auf den Standpunkt, diese stammten von Nichtregierungsorganisationen und ein Verbot widerspreche der Meinungsfreiheit. Hinsichtlich der Lautsprecherpropaganda zeigten sie jedoch Gesprächsbereitschaft, verlangten jedoch als Vorleistung, dass die Begegnungen von seit Ende des Bürgerkrieges in Süd- und Nordkorea getrennt lebenden Familien wiederaufgenommen werden.

Seit dem ersten Treffen im Jahr 2000 hatte es 19 solcher Begegnungen gegeben, an denen 18700 Südkoreaner und 2000 Nordkoreaner teilgenommen hatten. Die Kosten bezahlte ausschließlich Seoul, das mit diesen Treffen der weiteren Entfremdung der Menschen im geteilten Land entgegenwirken will. Vor zwei Jahren indes sagte Pjöngjang diese Treffen ohne Angaben von Gründen ab.

> Pjöngjang stimmt Wiederaufnahme der Familientreffen zu

Entsprechend der Vorbedingung Südkoreas wird es vom 20. bis 26. Oktober zu einem Treffen von getrennten Familien kommen. Zugelassen hat Pjöngjang bislang allerdings lediglich 200 Nordkoreaner und 250 Besucher aus dem Süden. *Friedrich-Wilhelm Schlomann*

»Katastrophale Konsequenzen«

Unicef-Mitarbeiter prognostiziert Europa eine Einwanderungswelle ungeahnten Ausmaßes

Schon die Prognose, wonach Deutschland in diesem Jahr mit einer Million Asylanträgen rechnen muss, hört sich drastisch an. In den kommenden Jahren wird der Migrationsdruck auf Europa jedoch noch ganz andere Dimensionen annehmen.

Begibt man sich auf die Suche, welcher Wissenschaftler auch nur ansatzweise vorausgesehen hat, was sich derzeit an Europas Grenzen abspielt, dann stößt man unweigerlich auf die Arbeit des Soziologen Gunnar Heinsohn. Dieser hatte bereits vor Jahren relativ exakt vorausgesagt, was momentan an Immigration tatsächlich auf Europa zukommt. Nach den Berechnungen Heinsohns, der mittlerweile Militärdemografie am Nato Defense College (NDC) in Rom lehrt, wird sich Europa insgesamt auf 950 Millionen Afrikaner und Araber gefasst machen müssen, die nach Europa wollen. Bereits ein Blick auf die aktuelle Lage im Nahen Osten und Afrika lässt ahnen, dass die Immigrationszahlen, die derzeit von Politikern gegenüber der Öffentlichkeit genannt werden, völlig realitätsfern sind.

Beim Auswärtigen Amt liegen Erkenntnisse vor, wonach allein in Afghanistan derzeit eine Million Reisepässe zur Ausfertigung bereitstehen. Die Zahl der Passbeantragungen soll mittlerweile auf 5000 täglich angestiegen sein, wobei sich vorrangig 18- bis 30-Jährige um einen Reisepass bemühen. Viele Passanträge sollen zudem auch aus Flüchtlingslagern in Pakistan eingehen, wo sich geschätzte drei Millionen Afghanen aufhalten.

Auch die Lage in anderen Ländern spricht für massiv steigende Immigrationszahlen. So steht die Türkei an der Schwelle eines Bürgerkrieges, der nicht nur Hunderttausende Kurden zur Flucht nach Deutschland veranlassen könnte. Ebenfalls nach Erkenntnissen des Auswärtigen Amtes leben in der Türkei 1,5 Millionen Syrer außerhalb von Flüchtlingslagern. Dazu sind noch einmal rund 200000 Iraker in die Türkei geflohen. Im Libanon wachsen die Spannungen zwischen den Einheimischen und den rund zwei Millionen Syrern, die mittlerweile in das Land geströmt sind.

> Nato-Wissenschaftler Heinsohn rechnet mit 950 Millionen afrikanischen und arabischen Auswanderungswilligen nach Europa

Als Katalysator droht sich in dieser Situation die Versorgungslage in den Flüchtlingslagern im Nordirak, in Jordanien und im Libanon herauszustellen. Angewiesen auf freiwillige Zahlungen geht dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) das Geld aus. Nach Angaben der Uno müssen inzwischen 360000 Syrer in Lagern rings um ihr Heimatland völlig ohne Hilfe des Welternährungsprogramms auskommen. Für weitere mehr als anderthalb Millionen geflohene Syrer sind aufgrund der Geldknappheit mittlerweile die Nahrungsrationen drastisch gekürzt worden. „Wenn es keine weiteren Gelder gibt, dann hat das katastrophale Konsequenzen. Eine Auswanderungswelle trifft Europa“, so Ghassan Madieh von Unicef Nordirak. Standen für Flüchtlingslager im Nordirak vor einiger Zeit noch 31 US-Dollar pro Flüchtling und Monat zur Verfügung, so sind es jetzt nur noch zehn.

Die relativ geringen Beträge, die nötig wären, um die Lage der Flüchtlinge zu verbessern, lassen den Umgang mit Asylbewerbern, den sich Deutschland leistet, geradezu als verantwortungslos erscheinen. So beziffert das Land Nordrhein-Westfalen die Kosten für Unterbringung, Betreuung und Versorgung auf 12500 Euro pro Jahr und Asylbewerber. Angesichts von Kosten in solchen Dimensionen merkte Farhad Ameen Atrushi, der Gouverneur der nordirakischen Provinz Dohuk, gegenüber dem ZDF an: „Wenn wir nur zehn Prozent der Gelder hätten, die ihr für die Unterbringung der Flüchtlinge in Deutschland aufwendet, dann könnten wir die Lebensumstände hier so verbessern, dass niemand nach Europa emigrieren muss.“

Zu befürchten ist allerdings, dass Deutschland noch länger an seinem ineffizienten Luxus-Asylsystem festhalten wird, während rings um Europa die Lage in vielen Flüchtlingslagern immer hoffnungsloser wird. Selbst die offiziell verbreiteten Kostenschätzungen zur Bewältigung der aktuellen Flut von Asylanträgen liegen inzwischen bei rund zehn Milliarden Euro jährlich. Eine Explosion der Kosten ist allerdings bereits absehbar. So kommt eine Studie im Auftrag des Bündnisses „Sozialer Wohnungsbau“ zu dem Schluss, um die erhöhte Nachfrage nach preiswerten Wohnungen abzudekken, sei bis 2020 jedes Jahr der Bau von 400000 neuen Einheiten nötig. Entstehen würde damit pro Jahr eine komplette Großstadt.

Völlig offen ist, welche Kosten mit den Hunderttausenden, möglicherweise sogar Millionen Asylbewerbern auf das deutsche Gesundheitssystem zukommen werden. Auch hier scheint oftmals das Prinzip Luxusversorgung zu gelten, während in den Flüchtlingslagern des Nahen Ostens zunehmend gehungert wird. So gilt unter Hamburgs Zahnärzten die Behandlung von Asylbewerbern hinter vorgehaltener Hand inzwischen als ähnlich lukrativ wie die von Privatversicherten. Oftmals sogar in Begleitung von Betreuern werden Leistungen wie etwa Zahnreinigungen übernommen, für die Versicherte bei den Gesetzlichen Krankenkassen selber aufkommen müssen.

Norman Hanert



Rund 80000 Syrer leben alleine in diesem Lager der UN-Flüchtlingsorganisation: Zaatari im Norden Jordaniens

MELDUNGEN



Pegida wieder in alter Stärke

Dresden – Angesichts der desaströsen Zuwanderungspolitik der Bundesregierung gewinnt die Pegida-Bewegung wieder erheblich an Zulauf. Kurz vor dem ersten Jahrestag ihrer Gründung konnte sie am vergangenen Montag in Dresden fast wieder so viele Teilnehmer wie zu ihren Hochzeiten mobilisieren, als 20000 Menschen auf die Straße gingen. Die Polizei machte zu der Teilnehmerzahl keine Angaben. Die meisten Medien nannten unter Berufung auf eine „Schätzung von dpa-Reportern“ eine angesichts der Länge des Demonstrationszuges offensichtlich deutlich zu niedrig angesetzte Zahl von 7500. Die Veranstaltung im Zentrum der sächsischen Hauptstadt verlief ungestört und friedlich. *U.M.*

THW weicht Asylanten

Wetzlar – Nachem der Ortsverband Wetzlar des Technischen Hilfswerks (THW) seine Halle räumen und sein Material zum großen Teil abgeben musste, um Platz für eine Asylbewerberunterkunft zu schaffen, ist fast der gesamte Ortsvorstand aus Protest zurück- und aus dem THW ausgetreten. Viele Mitglieder folgten ihren Führungskräften. Der zurückgetretene Ortsbeauftragte Jörg Velten kritisierte insbesondere das Verhalten der THW-Leitungen auf Landes- und Bundesebene, die den Ortsverband „überfahren“ und praktisch „enteignet“ hätten. Auf seine Kritik sei ihm sinngemäß entgegnet worden, dass man auf Führungskräfte wie ihn verzichten könne. Die Einsatzbereitschaft des Ortsverbandes soll nach den Austritten gerade noch bei 50 Prozent liegen. Der zuständige CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer kritisiert die Räumung als eine „falsche Entscheidung zulasten des THW“. Der Ortsverband befinde sich „in Auflösung“, seine Mitglieder seien „am Boden zerstört“. *J.H.*

Pegida will Partei gründen

Lutz Bachmann sieht breite Wählerschicht zwischen AfD und NPD

Lutz Bachmann denkt gerne in größeren Dimensionen. Er wolle bei allen Wahlen antreten, die es gibt. Bis in die kleinste Ebene. Und irgendwann wolle man auch mit Gleichgesinnten aus ganz Europa zusammenarbeiten. Im Zuge der Flüchtlingsdebatte haben sich auch die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) zurückgemeldet.

Um die letzte Jahreswende mobilisierte das Bündnis in Spitzenzeiten bis zu 20000 Menschen. Danach kam es zur Spaltung, weil sich Bachmann und seine Vorstandskollegin Kathrin Oertel über die weitere Zielsetzung nicht einig wurden. Danach wurde es monatelang still. Aber bereits in den vergangenen Wochen war die Zahl der Demonstranten wieder gestiegen, zuletzt gingen fast wieder so viele Menschen auf die Straße wie zu den Hochzeiten. Die Demonstrationen finden inzwischen wieder wöchentlich in Dresden statt, nachdem sie dort zwischenzeitlich nur alle zwei Wochen im Wechsel mit Leipzig und Chemnitz veranstaltet worden waren. Im vergangenen Oktober rief Pegida erstmals zu ihren Spaziergängen auf, bis heute ist die Organisation vor allem ein regionales Phänomen.

Während auch Journalisten und Vertreter von etablierten Parteien darauf hinweisen, dass in Dresden „ganz normale Bürger“ demonstrierten, wurden die Ableger der NPD oder der Bürgerbewegung Pro Nordrhein-Westfalen, und selbst bis ins nahe Leipzig reichte die Strahlkraft der Dresdner nicht. Die Teilnehmerzahlen blieben deutlich hinter den Erwartungen zurück, und zudem verliefen die Demonstrationen nicht immer so friedlich wie in der Landeshauptstadt. Vor knapp zwei Wochen lieferten sich Personen „aus dem Hooliganumfeld eines Fußballvereins“, wie es hieß, Auseinandersetzungen mit Teilnehmern von Gegenaktionen, wie die Polizei mitteilte.

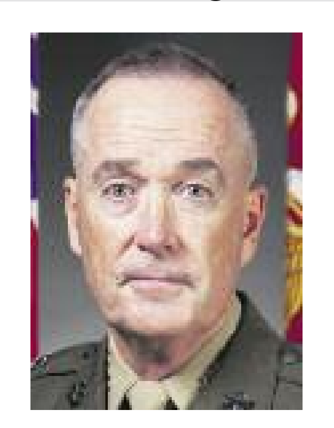
> In Sachsen käme nach der letzten Umfrage die AfD auf 13 und die NPD auf fünf Prozent

Doch auch in Dresden hat sich die Stimmung offenbar geändert, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt. „Politiker gelten als Deutschlandhasser und Asyl-Mafia. Redner Siegfried Däbritz bezeichnete die jüngsten Grenzsicherungsmaßnahmen der Bundesregierung als Opium für das Volk. Er prophezeite bürgerkriegsähnliche Zustände an den Grenzen und warnte vor Mord und Totschlag“, schreibt das Blatt. Außerdem habe Pegida ihre Überparteilichkeit längst abgegeben, gebe deutlich eigene politische Ziele aus.

Bachmann grenzt sich überraschend scharf von der AfD ab, die versucht habe, Pegida zu „kapern“. Dort säßen auch nur Karrieristen, mit denen man nichts zu tun haben wolle. Die AfD hatte im Rahmen ihrer Richtungsstreitigkeiten auch darüber diskutiert, wie mit Pegida zu verfahren sei. Bachmann sagte, seine Organisation sei für die AfD wohl nur so lange interessant gewesen, wie sie Zulauf gehabt habe. Wo er die von ihm behauptete breite Wählerschicht zwischen AfD und NPD ausgemacht haben will, ließ er offen. Nach der letzten Umfrage käme die AfD in Sachsen auf 13 und die NPD immerhin auf fünf Prozent.

Peter Entinger

Zeitzeugen



Joseph Dumford – Der US-General übernimmt im Herbst den Vorsitz der Vereinigten Stabschefs und wird damit der wichtigste US-Militär. Im US-Kongress sagte er: „Russland stellt die größte Bedrohung für unsere nationale Sicherheit dar." Das Land könne die Souveränität von US-Verbündeten verletzen und sei eine „existenzielle Bedrohung für die Vereinigten Staaten".

Barack Obama – Obama übernahm den bis dato 1,7 Billionen Dollar teuren Krieg gegen den Terror von seinem Vorgänger und muss die Folgen der Finanzkrise meistern. Eigentlich lag sein Fokus auf dem Pazifik und der wachsenden Großmacht China, aber Russlands Georgien-Krieg sowie die Krisen um Krim und Ukraine brachten ihn zum Umdenken.



Daniele Ganser – Ganser ist ein Schweizer Historiker, der mit seinen Forschungen über die Nato-Geheimarmeen bekannt wurde. Inzwischen ist er ein scharfer Kritiker der US-Politik, die er als eigentliche Ursache der Ukraine-Krise sieht. Er wirft US-Generalen wie dem Nato-Befehlshaber Philip Breedlove vor, „übertriebene und unwahre Behauptungen aufzustellen".

Wladimir Putin – Der frühere KGB-Offizier galt zunächst als „lupenreiner Demokrat", bis ihn seine autoritäre Innenpolitik und seine Feldzüge im Kaukasus im Westen unbeliebt machten. Putin sieht Russland als Weltmacht und kritisiert speziell die USA für ihre gegen sein Land gerichtete Politik. Die Annexion der Krim und die Unterstützung ostukrainischer Rebellen machten ihn in Russland wieder populär.



George Friedman – Der Direktor des US-amerikanischen Think-Tanks „Stratfor" spricht aus, was andere womöglich denken, aber nicht sagen dürfen. Weil Russland und Deutschland vereint die USA bedrohen könnten, schlägt er vor, sich beide gegenseitig bekämpfen zu lassen. „Ich empfehle eine Technik, die von Präsident Ronald Reagan gegen Iran und Irak eingesetzt wurde: Er unterstützte beide Kriegsparteien!", sagte er im Februar in Chicago.

Teuer und unbefriedigend

Ein schwächelndes Beschaffungswesen eint die Streitkräfte Russlands und der USA

Viele aktuelle Nachrichten erinnern an den Kalten Krieg. Drohgebärden, gegenseitige Vorwürfe und Verdächtigungen prägen das Bild. Die Nato bildet neue Eingreifverbände, baut eine Infrastruktur in Osteuropa auf und hält mit „Trident Juncture" ihr größtes Manöver seit Langem ab. Auf der anderen Seite fühlt sich Russland eingekreist und von der westlichen Präsenz nahe seinen Grenzen bedroht.

Experten verweisen nicht nur auf die höhere Aktivität der russischen Streitkräfte insgesamt, sondern auch auf die umfangreichen Beschaffungsprogramme Russlands. Allerdings kann von militärischer Expansion kaum die Rede sein. Russland begann schon vor rund zehn Jahren damit, seine Streitkräfte grundlegend zu modernisieren. Das aktuelle Modernisierungsprogramm umfasst umgerechnet 700 Milliarden US-Dollar und soll bis 2020 rund 70 Prozent des Materials ersetzen.

So erhält das Heer in den nächsten Jahren bis zu 2300 neue Kampfpanzer. Die Luftstreitkräfte beschaffen neue Kampfflugzeuge und modernisieren die strategische Bomberflotte aus der Sowjetära. Die Einführung des Mehrzweckkampfflugzeuges Suchoi T-50, des Gegenstücks zum US-amerikanischen Luftüberlegenheitsjäger Lokkheed Martin F-22 „Raptor", wird wegen finanzieller Engpässe und technischer Probleme zurückgestellt, ebenso die Produktion weiterer Exemplare des schweren strategischen Schwenkflügel-Überschall-Bombers mit interkontinentaler Reichweite Tupolew Tu-160. Die Flotte ersetzt ihre älteren strategischen Raketen-U-Boote, baut moderne Fregatten und Korvetten, aber keine größeren Überwasserschiffe. Denn russische Werften können sie im Moment nicht liefern. Die einzige Werft für Flugzeugträger liegt in der Ukraine, ebenso ein großer Teil der Zulieferindustrie. Das führt dazu, dass der einzige russische Flugzeugträger nur eingeschränkt einsatzbereit ist.

> Der US-Militäretat ist nach wie vor der höchste der Welt

Kopfschmerzen bereitet der russischen Führung außerdem ein ineffektives und kaum zu kontrollierendes Beschaffungssystem, in dem Geld einfach versickert. Für die Modernisierung der strategischen Aufklärung ist kein Geld da, sodass die Atommacht Russland ohne eigene Frühwarnsatelliten gegen feindliche Raketenangriffe auskommen muss. In absehbarer Zeit kann Russland den US-amerikanischen Vorsprung also kaum aufholen.

Die US-Streitkräfte verfügen zwar mit 763,9 Milliarden US-Dollar über den höchsten Militärhaushalt aller Staaten auf der Welt, haben aber im Prinzip ähnliche Probleme. Sie kämpfen mit drastischen Kosteneinsparungen im Zuge der „Sequestration", der summarischen Haushaltskürzungen infolge der Finanzkrise. Rund 500 Kampfflugzeugen wurden in den letzten Jahren stillgelegt, wichtige Rüstungsvorhaben werden gestreckt, Modernisierungen verschoben.

Auch das US-Beschaffungswesen schluckt Unsummen, ohne befriedigende Ergebnisse zu liefern. Der neue Standardjäger, die Lokkheed Martin F-35 „Lightning II", kostet zwar 100 Millionen Dollar pro Stück, ist aber immer noch nicht einsatzbereit. Zahlreiche technische Probleme haben das Programm verzögert und verteuert. Bei Vergleichsluftkämpfen ist sie dem älteren Mehrzwekkkampfflugzeug F-16 „Fighting Falcon" unterlegen und reicht in ihren Leistungen nicht an moderne russische Muster heran. Zwar soll das die hochgezüchtete Avionik, sprich die Elektrik und Elektronik an Bord, ausgleichen, aber die wird auch in den nächsten Jahren nicht vollständig installiert sein. *Friedrich List*

Wenn Geld keine Rolle spielt

In einer Hochtechnologie-Armee wie jener der USA dürfen die Unterhosen natürlich nicht von C&A kommen. Also begannen im Jahre 2008 Forscher an einer der renommiertesten Universitäten der USA, ja der Welt, der University of California San Diego (UCSD), damit, ausdruckbare Sensoren zu entwickeln. Die sollten in den Stoff und in den Gummizug von Unterhosen eingeklebt werden. So wollte man anhand der Körperflüssigkeiten verfolgen, ob der Soldat erschöpft, unkonzentriert oder guter Dinge ist. Zum System sollten auch Taschen mit injizierbaren Medikamenten gehören. Das Projekt führte zwar zu keiner einsatzbereiten Unterhose, kostete aber 1,6 Millionen US-Dollar.

Stattdessen sollen diese Sensoren nun im unteren Rückenbereich platziert werden. Dafür hat im August 2015 das Unternehmen FlexTech Alliance einen 75 Millionen Dollar schweren Auftrag erhalten. *F.L.*



Mit einer geplanten Gesamtstückzahl von über 3000 Maschinen gehört sie zum gegenwärtig teuersten und umfangreichsten Rüstungsprogramm der Welt: Die Lockheed Martin F-35 „Lightning II"

Bild: Archiv

Unkalkulierbare Folgen

Rüstungswettläufe ziehen sich durch die Geschichte

Rüstungswettläufe gehören zur menschlichen Geschichte. Politische Führer lassen sich aus subjektiv und auch objektiv plausiblen Gründen auf sie ein. Aber die Folgen sind nicht kalkulierbar.

Das maritime Wettrüsten zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien kostete beide Länder viel Geld und trug zu einem Klima gegenseitigen Misstrauens bei, das schließlich in den Ersten Weltkrieg führte. Admiral Alfred von Tirpitz sorgte in Deutschland mit den Flottengesetzen dafür, dass die Expansion der Marine so gut wie unantastbar war. Denn so konnte die Reichsregierung nicht ohne Weiteres bei Verhandlungen Konzessionen machen, indem sie ein paar Großkampfschiffe weniger bauen ließ. Der britische Admiral Sir John Fisher wiederum bewirkte, dass Großbritannien gewissermaßen mit sich selber um die Wette rüstete. Er ließ 1905 die „Dreadnought" bauen, einen revolutionären Schlachtschiff-Entwurf. Damit waren dann alle anderen Schlachtschiffe veraltet, auch die der Royal Navy. Deutschland griff einfach den neuen Entwurf auf und brachte Großbritannien dazu, nun noch mehr Schiffe mit stärkerer Bewaffnung zu bauen.

Während des Ersten Weltkriegs trafen die beiden Flotten nur einmal, 1916 am Skagerrak, aufeinander und verbrachten den Rest des Krieges damit, sich gegenseitig in Schach zu halten. Die Hochseeflotte endete 1919 durch Selbstversenkung. Viele britische Schlachtschiffe kämpften auch im Zweiten Weltkrieg, aber das Gros der Grand Fleet von 1916 wurde in den Friedensjahren nach und nach verschrottet. Das Deutsche Reich verlor den Krieg, und das britische Empire stand am Rande des Bankrotts.

> Häufig kosteten sie beide Seiten schwere Opfer

Der Kalte Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion folgte diesem Muster. Die vermeintliche Überlegenheit der sowjetischen Bomberwaffe führte zur Expansion der US-Fernbomberflotte, und mit der angeblichen „Raketenlücke" konnte John F. Kennedy die Präsidentschaftswahlen gewinnen. Zudem bauten die USA nun strategische Raketen-U-Boote, die Ziele in der Sowjetunion treffen konnten. Beide Lücken beruhten aber auf Falschmeldungen und gezielten sowjetischen Desinformationen.

Als Antwort baute die Sowjetunion mehr landgestützte Langstreckenraketen, eine umfassende, engmaschige Luftverteidigung und eigene strategische Raketen-U-Boote. Allerdings sorgte die Sowjetunion mit ihren Repressionen im eigenen Machtbereich und ihrer stärkeren konventionellen Rüstung selbst dafür, dass die Konfrontation weiterging.

Die Nato begegnete den zahlenmäßig stärkeren Streitkräften des Ostblocks erst mit der nuklearen „Massiven Vergeltung", dann mit der „Flexible Response". Außerdem konterte sie Quantität durch Qualität – durch elektronische Störmaßnahmen, Präzisionslenkwaffen, bessere Ausbildung beispielsweise, aber auch durch spektakuläre Fehlschläge wie das „Star Wars"-Programm. Die Kosten waren immens. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Lage gerät aus den Fugen

Hilflose Politiker: Berlin und Brandenburg können Zuwanderung kaum noch meistern



Jeden Tag 1000: Zuwanderer verlassen am Bahnhof Schönefeld südlich von Berlin den Zug aus München

Bild: imago

In Berlin wie in Brandenburg überschreitet die Unterbringung von Zuwanderern die Grenze des Möglichen. Hilflose Politiker hasten von einem Notstand zum nächsten.

Sie wollten nach Schweden und fürchteten, nach einer Registrierung in Berlin nicht weiterziehen zu dürfen: Ein Zuwanderer-Zug kam vergangene Woche mit 339 statt erwarteten 518 Personen an der Spree an. Schon in Bitterfeld waren 60 abgesprungen. In den folgenden Haltebahnhöfen verließen immer mehr Zuwanderer spontan den Zug. Die Bahnverbindung München-Berlin musste für eine Stunde gesperrt werden, weil die Sicherheit des Bahnverkehrs infrage stand.

Berlin und Brandenburg haben bei der Unterbringung die Grenze des Machbaren längst erreicht, doch die Politik ignoriert das. Rund 300 bis 600 Zuwanderer erreichten im Sommer täglich die Spreemetropole. Anfang dieses Monats waren es laut Bürgermeister Michael Müller (SPD) sogar schon 1000 pro Tag. Das zwingt die Politik zum Handeln.

Laut Berliner Wirtschaftsjuristen gibt es noch keine Beschlagnahme von privaten Räumen. Anfragen der Behörden für die Unterbringung von Asylbewerbern in Gebäuden privater Immobilienbesitzer lägen hingegen bereits vor. Und diese „Anfragen“ beinhalten eine handfeste Drohung: Entweder die Eigentümer vermieten „freiwillig“ oder sie riskieren eine Einquartierung, so der unterschwellige Tenor.

Das Haus der ehemaligen Landesbank in Berlin hat der Senat bereits beschlagnahmt und will es laut Medienberichten als weitere Erstaufnahmestelle ankaufen. Dabei scheiterte die Unterbringung jüngst schon am Geld: Günstige Hotels und Wohnheime lehnten zuletzt die amtlich ausgegebenen Berechtigungsscheine ab, weil Berlins Zahlungsmoral schlecht ist.

Sozialsenator Mario Czaja (CDU) kalkuliert derweil mit noch mehr Menschen, spricht von mehr als einer Million Zuwanderern dieses Jahr für Deutschland. Für Berlin sollen es laut Senat 40 000 werden.

Dabei existieren schon für die 23 100 dieses Jahr in der Metropole bislang neu Registrierten kaum noch Unterkünfte. Eine Zusammenarbeit mit den Landeswohnungsbetrieben läuft bereits seit 2011 und reicht nicht, Sportanlagen und sogar Hangars erscheinen der Politik trotz des herannahenden Winters plötzlich als attraktive Quartiere.

Auf dem Gelände der Landeserstaufnahmestelle in Berlin-Moabit kamen vergangene Woche hunderte Asylbewerber zusammen und warteten vergebens auf einen Termin zu ihrer Registrierung. Einige drohten deshalb damit, sich vom Balkon im zehnten Stock zu stürzen. Berlins Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) ist völlig überfordert und brach dieses Jahr zeitweilig ganz zusammen.

Die Politik will jetzt die Unterbringung weiterer Menschen in der seit drei Jahren besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule über Verhandlungen mit den Besetzern erreichen. Sie und die linke Unterstützerszene geraten dadurch unter Druck. Der grün regierte Bezirk könnte nebenbei die Kontrolle über den Bau wiedererlangen. Wahrscheinlicher als eine schnelle Lösung sind allerdings lange Verhandlungen mit den Besetzern, die bisher nur sehr theoretisch Aufnahmebereitschaft signalisieren.

> Eine Prognose wagt kein Verantwortlicher mehr

Kommt es zur Einigung, könnte ein „selbstverwaltetes Flüchtlingsprojekt“ entstehen, denn die Besetzer stellen Forderungen nach einem solchen „Zentrum“ – von Steuerzahlern getragen, aber ohne staatliche Kontrolle. In Kreuzberg könnte damit Deutschlands erste „freie Flüchtlingsrepublik“ entstehen, autonom und als rechtsfreier Raum.

Die Besetzer sind beinahe ausnahmslos Männer aus afrikanischen Ländern. Das Zusammenballen dieser von linken „Unterstützern“ umhegten Szene mit Bürgerkriegsflüchtlingen oder weiteren Zuwanderergruppen birgt Sprengstoff. Ohne Einigung droht den einstigen Besetzern selbst eine Besetzung durch die neuen Zuwanderer. Die Idee eines „Internationalen Flüchtlingszentrums“ in der Schule mit umfangreicher Betreuung perlt an Berlins Wirklichkeit ab.

Die Lage ist insgesamt so brisant, dass die Senatsverwaltung keine Vorhersagen fürs nächste Jahr treffen will. Auch in Brandenburg wagt das für die Erstaufnahme verantwortliche Innenressort keine Prognose. Hier wie dort hasten die Verantwortlichen von einem Unterbringungsnotstand zum nächsten. Rund 10 000 Asylsuchende erreichten bis Ende August in der Mark die dortige Erstaufnahme. Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) rechnete Anfang September mit 30 000 Neuzugängen in der Mark dieses Jahr. „Wir reden hier über die Größenordnung einer Stadt wie Hennigsdorf.“ Und das Land müsse sich auf noch mehr vorbereiten, so der Minister.

Von den Zuwanderern aus dem Zug gen Berlin kommen 283 nach Potsdam. Nur durch den massiven Einsatz von Freiwilligen kann die Politik dort die Versorgung mit Lebensmitteln sicherstellen. 150 Unterstützer halfen dem DRK-Kreisverband bei der Einrichtung der Notunterkünfte. Um diese bereitzustellen, mussten vor wenigen Wochen die Beamten des Sozial- und des Umweltministeriums ihre Büros räumen.

Auch in Berlin sind die Freiwilligen unentbehrlich geworden. Unterkünfte organisieren sie zum Teil auch an Politik und Asylrecht vorbei. Laut der entsprechenden Vermittlungsseite „Fluechtlinge-willkommen.de“ geben vor allem Wohngemeinschaften Raum. Kriegsflüchtlinge aus Syrien stellen dabei nach eigenen Daten nur eine winzige Minderheit. *Sverre Gutschmidt*

Heuchler und Geschäftemacher

Von Theo Maass

Wenn die Lage unruhig wird und die Zeichen auf Chaos und Zusammenbruch stehen, kommt die Zeit der fanatischen Durchhalteparolen, aber auch die von Geschäftemachern, die versuchen, aus der allgemeinen Verwirrung Profit zu schlagen. 2015 oder spätestens das Folgejahr könnten schwere Umbrüche bringen – so oder so. Jedem, der es wissen will, ist klar, dass das massenhafte Eindringen von Fremden aus fernsten Kulturkreisen nach Deutschland zu Unfrieden führen wird.

Geschäftemacher machen sich das damit einhergehende Durcheinander zunutze. Eine mir bis dato unbekannte „Künstlerin“, Carolin Kebekus, wird mit ihrem Lied „Wie blöd bist du?“ andauernd in den Radiostationen gespielt. Das „Kunstwerk“ handelt von Pegida und den „Wutbürgern“, die hier zu Nazis werden. Kebekus kassiert dafür Gema-Gebühren, aber richtig reich wird sie nicht davon.

In einer anderen Liga spielt Til Schweiger. Der Mann entdeckte vor Wochen die politische Korrektheit als Geschäftsfeld. Jetzt hat er in Berlin die Stiftung „Til Schweiger Foundation“ gegründet. Dabei war sein neuer Freund, Sigmar Gabriel. Gabriel war 2014 noch als „Pegida-Versteher“ unterwegs. Jetzt beschimpft er seine damaligen Gesprächspartner als „Pack“. Als „Quotenfrau“ – wie eine Berliner Tageszeitung gehässig schrieb – buddelte Schweiger die gute alte Rita Süssmuth aus, nun werden Spenden gesammelt.

Auch Kai Diekmann hatte eine Idee. Die von ihm geführte „Bild“-Zeitung leidet unter Schwund. Ging sie 2009 noch drei Millionen Mal über den Ladentisch, sind es mittlerweile nur noch etwa zwei Millionen. Hatte Diekmann seine Auflagenzahlen im Auge, als er die Fußballbundesliga-Vereine aufforderte, mit einem „Bild“-Aufkleber „Wir helfen – refugeeswelcome“ am Trikot aufzulaufen? Ausgerechnet der FC St. Pauli – Treffpunkt der Hamburger Antideutschen – verweigerte sich der Aktion. Der Klub wollte sich von „Bild“ nicht vereinnahmen lassen. Diekmann schimpfte, St. Pauli spiele der AfD in die Hände und „Refugees“ seien am (St.-Pauli-Sitz) Millerntor wohl nicht willkommen.

Nun hat St. Pauli Unterstützung von nicht erwarteter Stelle bekommen. Der FC Union Berlin – bis 1989 Heimstadt der DDR-Opposition – boykottiert die „Bild“-Aktion ebenfalls. Union-Präsident Dirk Zingler: „Wir können Flüchtlingsströme nicht beeinflussen oder die internationale Politik verändern, und als Fußballverein ist es auch nicht unsere Aufgabe.“ Inzwischen machen VfL Bochum, SC Freiburg und 1.FC Nürnberg bei der „Bild“-Aktion auch nicht mehr mit.

»Antifa« schlachtet Krise aus

Linksextreme besetzen Häuser unter dem Vorwand der Asylflut

Berlin hat kaum noch Platz für die ungebremst hereinflutenden Zuwanderer. Die „Antifa“ nutzt die Notlage, um sich in Szene zu setzen. Die Linksextremisten besetzen Sanierungsobjekte, um sie unter Bruch des Rechts zu Asylheimen umzufunktionieren. Sensibel reagiert der Senat darauf bislang nur bei ausländischen Investoren, deren Gebäude besetzt werden.

Makler und Hauseigentümer berichten, dass die „Antifa“ ihnen offen mit „Hausbesuchen“ bei ihren Privatadressen drohe. Bei ausländischen Eigentümern ist das naturgemäß schwer. Am Spreeufer im bevorzugten Charlottenburg liegt ein ehemaliges Gebäude der Technischen Universität. Am 10. September hat sich die „Antifa“ das Haus kurzerhand unter den Nagel gerissen. In einer Erklärung der Hausbesetzer hieß es: „In dem früheren Institut (wird) ein soziales Zentrum mit Notunterkunft für Flüchtlinge eingerichtet.“ Die irischen Investoren der Cannon-Kirk-Gruppe stellten unverzüglich Strafantrag und forderten den Senat zur Räumung auf. Innensenator Frank Henkel (CDU) schickte eine Hundertschaft Polizei, die gegen die Besetzer vorgegangen ist.

> Eigentümer und Makler werden bedroht

Die örtliche SPD zeigte indes Sympathie für die Linksextremen. „Die Bürokratie im Lageso (Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales) hat völlig versagt“, findet der SPD-Bezirksverordnete Joachim Wagner. Die Besetzung sei deshalb ein „wichtiges öffentliches Zeichen“. Marcus Staiger vom „Bündnis für bedingungsloses Bleiberecht“ assistiert: „50 Flüchtlinge könnten hier eine Notunterkunft bekommen, angesichts des kommenden Winters sind solche Quartiere dringend notwendig.“ Sechs Hausbesetzer konnten von der Polizei dingfest gemacht werden, andere entzogen sich der Festnahme durch Flucht. Bei einer anschließenden Solidaritätsdemonstration nahmen die Beamten drei weitere Personen fest.

Spätestens im Winter rechnen Beobachter bei einem weiteren Anschwellen der Asylantenzufuhr mit gewalttätigen Verteilungskämpfen. Dann wird die Situation ohnehin brenzlig, wenn Zeltstädte witterungsbedingt nicht mehr helfen. Dass die linksextreme Szene die Krise für ihre Zwecke ausnutzt, macht die Sache noch explosiver. Als Mittel der Asylantenunterbringung forderten linke „Aktivisten“ bereits die Enteignung von „geeigneten Gebäuden“ durch den Senat, die sie, wie es scheint, auch selbst in die Hand nehmen wollen. *Hans Lody*

Das Polen-Mobil kommt

Initiative will für das Erlernen der polnischen Sprache werben

Das Deutsche Polen-Institut startet eine Initiative mit dem Ziel, das Erlernen der polnischen Sprache an deutschen Schulen zu fördern. Derzeit lernt nur rund ein Prozent der deutschen Schüler Polnisch. Um das zu ändern, startete vergangenen Mittwoch das „Polen-Mobil“ in Potsdam. Finanziert wird das 100 000 Euro teure Projekt von verschiedenen Stiftungen und Schulbuchverlagen.

In Polen lernen gut 40 Prozent aller Schüler Deutsch, mehr als zwei Millionen junge Menschen insgesamt. Umgekehrt ist das Interesse sehr viel geringer. Zudem: Während das Interesse junger Polen an der deutschen Sprache wächst, geht die Zahl deutschen Polnischschüler immer weiter zurück.

Dem soll das Polen-Mobil entgegenwirken, es geht jedoch um mehr: Die Aktion soll nach dem Willen des Polen-Instituts auch Landeskunde, Literatur, Kultur sowie Geschichte vermitteln und neugierig auf eine große Bandbreite von Themen rund um den Nachbarstaat machen.

Der Start in Brandenburg ist kein Zufall. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) sendet als Polen-Beauftragter der Bundesregierung das Fahrzeug aus. Die Mark, die lange noch einen vergleichsweise hohen Anteil Polnischschüler hatte, verzeichnete zwischen 2007 und 2014 einen Rückgang von über 2300 auf rund 1800, so die Deutsch-Polnische Gesellschaft. Das Mobil soll auch helfen, Ursachen des rückläufigen Trends zu ergründen.

> Interesse der Nachbarn an Deutsch wächst ohnehin immer mehr

An den Schulen liegt es nicht: 75 Einsätze sind schon fest gebucht. Die Schulen möchten größtenteils das Informationsangebot für einen ganzen Tag vorhalten. An wirtschaftlichen Perspektiven und Jobs in Polen fehlt es ebenso wenig, die Wirtschaft wächst, auch die IT-Branche. Indes: Das Lohnniveau ist deutlich niedriger.

Bei der ersten Tour des Mobils in Potsdam taten sich die Schüler mit der Aussprache schwer. Viele Jugendliche wollen nach Englisch zudem lieber die romanischen Sprachen beliebter Urlaubsländer lernen. Auch die unmittelbare Grenzlage verlockt auf deutscher Seite kaum zum Lernen. Umgekehrt ist das ganz anders: In jüngster Zeit wechseln immer mehr polnische Schüler auf deutsche Schulen westlich von Oder und Neiße.

Durch das Polen-Mobil lernen deutsche Schüler auch viel über Landeskunde und Alltag im Nachbarland – die Neugier der Schüler hat die Initiative jedenfalls schon sichtbar geweckt. *SV*

MELDUNGEN

Ukraine für Juden gefährlich

Uman – In der zentralukrainischen Stadt Uman haben 30 vermummte Männer ein Pilgerlager angegriffen und teilweise zerstört, das für 30000 orthodoxe chassidische Juden errichtet worden war. Die Einwohner von Uman, so erklärten die Täter, hätten die Entscheidung für den Überfall „kollektiv getroffen“. Der Bürgermeister der Stadt war der Kandidat der rechtsradikalen Partei „Swoboda“. Bei dem Pogrom war zwar die Polizei anwesend, doch schritt sie nicht ein. Der Angriff, so berichteten Vertreter der jüdischen Gemeinde, habe einen Sachschaden von 500000 US-Dollar verursacht. Seit dem Umsturz 2014 haben 7000 Juden die Ukraine verlassen. *FS*

FPÖ jetzt stärkste Partei

Wien – Die FPÖ ist laut einer aktuellen Umfrage des Market-Instituts stärkste Partei in Österreich geworden. Wären jetzt Nationalratswahlen, kämen die Freiheitlichen mit 32 Prozent überlegen auf den ersten Platz, gefolgt von der ÖVP mit 23 und der SPÖ mit 22 Prozent. Die Grünen könnten mit 15 Prozent ihr Ergebnis halten, während die liberalen Neos auf vier Prozent abfallen würden. Bei einer Direktwahl könnte Strache 25 Prozent der Wähler für sich gewinnen, ÖVP-Chef Reinhold Mitterlehner käme auf 22. Der Amtsinhaber Werner Faymann würde auf zwölf Prozent und damit auf seinen schlechtesten Wert abrutschen. Auch die Grünen-Vorsitzende Eva Glawischnig käme mit acht Prozent auf ihren tiefsten Wert seit Jahren. Den Vorsitzenden des Euro-kritischen „Team Stronach“, Robert Lugar, wollen nicht einmal ein Prozent der Befragten als Kanzler haben. Die Demoskopen führen das gute Abschneiden der FPÖ auf ihre kritischen und klaren Standpunkte in der Zuwanderungsfrage zurück. *J.H.*

Schottische Nationalisten im Aufwind

Führungswechsel nach der Referendumsniederlage vor einem Jahr erwies sich als Glücksfall für die SNP

Als vor einem Jahr das Referendum über eine Abspaltung Schottlands von Großbritannien scheiterte, schien das Thema für längere Zeit erst einmal erledigt. Nun steht die Frage eines unabhängigen Schottlands wieder auf der politischen Tagesordnung, und die Erfolgsaussichten scheinen besser denn je.

Nicola Sturgeon, die Chefin der schottischen Regionalregierung, hat inzwischen einen erneuten Volksentscheid in Aussicht gestellt. Demnach soll bereits im nächsten Monat ein Plan für ein zweites Unabhängigkeitsreferendum vorgelegt werden, das in fünf bis zehn Jahren stattfinden soll. Für den Fall, dass die Wahlen zum Regionalparlament im Mai 2016 für die Scottish National Party (SNP) gut verlaufen und die „Umstände“ gut sind, hat Sturgeon angekündigt, dass ein neues Referendum möglicherweise schon innerhalb der nächsten fünf Jahre abgehalten wird. Hintergrund des Vorstoßes von Sturgeon ist ein erstaunlicher Stimmungswandel. Noch vor einem Jahr hatten sich bei der Volksabstimmung rund 55 Prozent der Schotten gegen eine Unabhängigkeit entschieden. Nun förderte eine Umfrage des Ipsos-Instituts eine klare Mehrheit für eine schottische Unabhängigkeit zutage. Dazwischen liegt der erdrutschartige Sieg der Scottish National Party bei den Wahlen zum britischen Unterhaus im Mai dieses Jahres. Die SNP holte 56 der insgesamt 59 schottischen Mandate für das britische Parlament – auf regionaler Ebene politisch ausradiert ist damit die traditionell in Schottland starke Labourpartei.

Im Rückblick hat sich der Führungswechsel nach der Referendumsniederlage als Glücksfall für die SNP erwiesen. Schon kurz nach dem missglückten Loslösungsversuch von Großbritannien trat Alex Salmond als schottischer Regierungschef zurück, und seine bisherige Stellvertreterin Nicola Sturgeon übernahm das Ruder. Unter ihr vervierfachte die SNP ihre Mitgliederzahl und fuhr den Wahlsieg im Mai ein. Dem Einzug der SNP-Abgeordneten ins Londoner Westminster-Parlament folgten allerdings Frustrationen.

Klar erkennbar geworden ist mittlerweile, dass sich die Ansichten der englischen Wähler deutlich von denen vieler Schotten unterscheiden. In einer Mischung, die hierzulande momentan kaum vorstellbar ist, vertritt die SNP auf der einen Seite klar nationale Positionen. Was die Wirtschafts- und Sozialpolitik angeht, ist die SNP wiederum eine sozialdemokratisch geprägte Partei. So warb die SNP in Schottland im Wahlkampf für ein „Ende der Sparpolitik“ in Europa. Die Tories vom britischen Premier David Cameron punkteten hingegen bei den englischen Wählern mit dem Versprechen, das Defizit im Staatshaushalt in den Griff zu bekommen.

> Unionisten wird vorgeworfen, Versprechen zur schottischen Selbstverwaltung nicht in vollem Umfang eingehalten zu haben

Der Höhenflug der schottischen Unabhängigkeitsbefürworter wirkt dennoch erstaunlich. Nach dem Scheitern bei der Abstimmung im letzten Jahr waren Beobachter sogar von einem Zerfall der Unabhängigkeitsbewegung ausgegangen. So manches Argument, mit dem für eine Loslösung von Großbritannien getrommelt worden war, ist inzwischen von der Realität widerlegt worden. Ein von London losgelöstes Schottland hätte aktuell vermutlich mit sehr starken wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Wie an der Universität Glasgow berechnet wurde, müsste sich Schottland, wenn es denn finanziell auf eigenen Beinen stehen würde, derzeit mit einem Haushaltsdefizit von zehn Prozent herumplagen. Wie sich herausgestellt hat, lagen die von der SNP im Vorfeld des Referendums vorgelegten Prognosen zu den schottischen Einnahmen aus der Förderung von Nordseeöl weit entfernt von der Realität. Eine Halbierung des Ölpreises hat die Berechnungen der SNP komplett zur Makulatur werden lassen. Der SNP hat dies allerdings nicht sonderlich geschadet.

Unter Rechtfertigungsdruck stehen nicht die Unabhängigkeitsbefürworter, sondern deren Gegner, die Unionisten. Politikern der Konservativen und der Labour Party wird inzwischen der Vorwurf gemacht, sie hätten Versprechen zur schottischen Selbstverwaltung nicht in vollem Umfang eingehalten, die sie vor über einem Jahr im Vorfeld des Unabhängigkeitsreferendums gemacht hätten.

Zusätzlichen Auftrieb könnte den schottischen Loslösungsbestrebungen künftig ausgerechnet auch noch der Wunsch vieler Engländer nach Lossagung von der EU verleihen. Sollte sich in Großbritannien tatsächlich eine Mehrheit für einen sogenannten Brexit aussprechen, könnte die Scottish National Party durchaus mit dem Versprechen punkten, dass ein eigenständiges Schottland einen Antrag auf Aufnahme in die EU stellt. Von den Engländern einen Korb erhalten, könnte Brüssel quasi als Retourkutsche über Schottland ein Füllhorn von EU-Subventionen und Fördergeldern ausschütten.

Norman Hanert



Bild: action press

Die Erste Ministerin Schottlands und Vorsitzende der SNP mit ihrem Vorgänger: Nicola Sturgeon und Alex Salmond

Sturm auf Sanaa

Saudis lassen Konflikt mit den Huthi-Rebellen im Jemen eskalieren

Zwischen 5000 und 10000 Söldner aus den Golfstaaten wollen Sanaa, die Hauptstadt des Jemens, erobern und riskieren dabei einen weiteren innerislamischen Bruderkrieg und das weitere Vordringen des islamistischen Terrorismus.

Mit dem Bürgerkrieg im Jemen nimmt ein dritter heißer Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten im Nahen Osten immer dramatischere Folgen an, an dessen Zustandekommen die beiden Ölstaaten Saudi-Arabien und Iran einen entscheidenden Anteil hatten. Die im August unter dem militärischen Decknamen „Operation Goldener Pfeil“ begonnene Bodenoffensive des von Saudi-Arabien geführten Bündnisses gegen das von der schiitischen Huthi-Regierung gehaltene Gebiet im Nordwesten des Jemen soll zur Erstürmung der von den Huthi-Rebellen vor einem Jahr eroberten Hauptstadt Sanaa führen.

Der verlustreiche Raketenbeschuss in der Provinz Mareb, dem Anfang September 60 vorwiegend aus den Vereinigten Arabischen Emiraten stammende Soldaten zum Opfer gefallen waren, konnte die Kampfmoral der sunnitischen Invasionskräfte nicht erschüttern. Der Sturm auf die Hauptstadt, wo die Huthis mittlerweile fest verankert sind, dürfte für die verbündeten sunnitischen Staaten sehr verlustreich werden, weil die Huthis über jahrzehntelange militärische Erfahrung verfügen und über iranische „Scud“-Raketen. Beobachter vermuten, dass die saudischen Truppen sogar bis ins Herzland der Huthis im Norden des Jemen um die Stadt Saada im Grenzgebiet zu Saudi-Arabien vordringen werden, um die Gefahr einer schiitischen Sezession im Nachbarland endgültig zu bannen.

> Lachende Dritte des Bürgerkriegs sind die Dschihadisten

Die sunnitischen Truppen der Golfstaaten, bei denen es sich zumeist um Söldner aus ärmeren arabischen Staaten handelt, sollen unter Führung Saudi-Arabiens für den im saudischen Exil lebenden Ex-Präsidenten Abed Rabbo Mansour Hadi kämpfen und ihn wieder an die Macht bringen. Zuvor hatte die saudische Luftwaffe monatelang Stellungen der Huthis bombardiert, ohne jedoch deren militärischen Widerstand brechen zu können.

Ursprünglich hatte man geglaubt, dass nach der Einnahme der zweitgrößten Stadt Aden im Juli durch die verbündeten sunnitischen Truppen der Weg für Verhandlungen offen sei, weil sich das Land am Rande einer humanitären Katastrophe befindet. Offenbar wollen die verbündeten sunnitischen Truppen ihren Vorstoß jedoch weiter treiben, bis sie aus einer Position der Stärke heraus verhandeln können.

Großer Gewinner des Bürgerkrieges im Jemen sind wie im Irak und Syrien die dschihadistischen Kräfte um Al-Kaida, Al-Islah und den Islamischen Staat. Der Krieg zwischen den schiitischen Huthis und der sunnitischen Koalition lenkt von den Aktivitäten der Terroristen ab, welche die Krise weiter nutzen, um ihre Präsenz in Jemen auszuweiten. Wilajat Aden, ein Ableger des IS, setzt dabei auf eine humanitäre Offensive. Die sonst für ihre grausamen Massaker bekannte Terrormiliz kümmert sich nämlich um die Gesundheitsversorgung der sunnitischen Zivilbevölkerung in den von ihr kontrollierten Gebieten im Osten des Jemen. Auch im Dschihadismus gibt es einen Kampf um die Herzen, vor allem, wenn noch weitere dschihadistische Organisationen um die Sympathien der einheimischen Muslime buhlen. *Bodo Bost*

Syrer nicht willkommen

Russland schottet sich mit regider Asylpolitik weitgehend ab

Menschenrechtler in Russland beklagen, dass Präsident Putin sich als Retter Syriens hinstellt und das Assad-Regime mit Waffen versorgt, sich aber bei der Aufnahme von Opfern des mithilfe russischer Waffen geführten Kriegs als wenig hilfsbereit erweist.

Mit einer Flüchtlingsflut, wie sie einige EU-Länder derzeit erleben, ist in Russland nicht zu rechnen. Strenge Grenzkontrollen sowie ein eng gefasstes Asylrecht verhindern dies. Insgesamt leben etwa 12000 Syrer in Russland, von denen die meisten 2012 und 2013 ins Land gekommen sind. Laut dem Direktor der Stiftung für die Entwicklung internationaler Beziehungen „Gute Nachbarschaft“, Jurij Moskowskij, leben in Russland vorwiegend Syrer, die Verwandte haben und denen es gelungen ist, sich zu etablieren. In der Regel sind dies Hochschulabsolventen, die nach ihrem Studium im Land geblieben sind, oder Ehemänner von Russinnen. In Moskau leben nach unterschiedlichen Angaben zwischen 5000 und 10000 Syrer. Unter ihnen gibt es viele Köche und besonders viele Shisha-Bar-Betreiber. Letzteren ging es vor dem Krieg sehr gut. Sie verdienten viel Geld und konnten sich im Umland von Moskau Häuser kaufen. Sie sind es auch, die ihren Landsleuten helfen. Für die neu Angekommenen ist es schwierig, eine Arbeitserlaubnis zu bekommen. Einen legalen Flüchtlingsstatus gibt es nur gegen Geld, der derzeitige Kurs beträgt 70000 Rubel (945 Euro). Wer als illegal Arbeitender erwischt wird, muss damit rechnen, bei regelmäßigen Polizeikontrollen zur Kasse gebeten zu werden. Das Stillschweigen eines Polizisten kostet jedes Mal 1000 Rubel (13,50 Euro). Es kann passieren, dass ein Immigrant bis zu 20 Mal pro Monat kontrolliert wird. Dass die Korruption in Russland so weit verbreitet ist, erstaunt viele Flüchtlinge.

> Menschenrechtler fürchten negative Folgen für Ukrainer

Warum es keinen Asylantenstrom nach Russland gibt wie in die EU, obwohl der Kreml traditionell gute Beziehungen mit Syrien unterhält, erklärt der Präsident des Moskauer Nahost-Instituts Jewgenij Satanowskij: Das größte Interesse an Europa sei die großzügige finanzielle Unterstützung, der freie Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung. „Generationen können es sich leisten, nicht zu arbeiten, die Sprache nicht zu lernen und sie dürfen trotzdem alle Vorteile nutzen. In Russland wird verständlicherweise niemand allein für das Dasein bezahlt. Man muss sich Arbeit suchen.“ Deshalb sei Russland auch von Flüchtlingsströmen verschont geblieben.

Ganz so einfach ist die Lage jedoch nicht. Schon vor dem Syrienkrieg und der Ukrainekrise hatten vor allem attraktive Zentren wie Moskau und St. Petersburg erhebliche Probleme mit illegaler Immigration aus Zentralasien, bei der vor allem Wirtschaftsflüchtlinge ehemaliger Sowjetrepubliken ins Land strömten. Sie waren der Hauptgrund für eine Verschärfung der Asylgesetze. Mit Beginn der Kampfhandlungen im Osten der Ukraine haben die Zentralasiaten Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Für Flüchtlinge aus der Ukraine hat die russische Regierung Ausnahmen geschaffen. Zwar dürfen Ukrainer sich nur in Moskau niederlassen, wenn sie dort Verwandte haben, Arbeitgeber ziehen sie jedoch Flüchtlingen aus anderen Ländern vor. Kriegsflüchtlingen aus Syrien hat Russland kaum etwas zu bieten. Die Menschenrechtler wollen keine diesbezüglichen Forderungen an die Regierung richten, weil sie fürchten, dass sich dann auch die Lage für Flüchtlinge aus der Ukraine verschlechtern könnte. *MRK*

Billige Arbeitskräfte und viel Konsum

Dax-Konzerne hoffen, von der Masseneinwanderung zu profitieren – Die Kosten sollen andere tragen

Dax-Konzerne verkünden ein neues Wirtschaftswunder durch Zuwanderer. Die Bundespolitik verschiebt Renten und Steuern, um das Wunder zu erzwingen

Parteipolitik, Wirtschaft und Wissenschaft scheinen dieser Tage einig wie selten: Die Zuwanderung nach Deutschland biete wirtschaftliche Chancen. Handwerkskammern hoffen auf nicht akademisierten Nachwuchs, Großkonzerne bekunden, genau die Menschen, die jetzt kommen, zu suchen. Der Bausektor darf mit einem Aufschwung rechnen: Zuwanderung erfordere völlig neues Denken am Wohnungsmarkt, sagen die Systemforscher des Pestel-Instituts. Jährlich würden dank Zuwanderung 400000 zusätzliche Wohnungen in Deutschland gebraucht. Die Forscher, die sonst Kommunen und Firmen beraten, sagen immerhin, woher der Aufschwung kommen soll: Der Staat, also der Steuerzahler, solle jährlich 6,4 Milliarden Euro zum Bau entsprechender Wohnungen bereithalten, empfiehlt ein aktuelles Papier des Instituts.

An der Frage, ob Zuwanderung den Deutschen einen selbst tragenden volkswirtschaftlichen Aufschwung oder ein politisches Konjunkturprogramm der besonderen Art beschert, haben Politik wie Wirtschaft erkennbar kein Interesse. Daimler-Chef Dieter Zetsche verglich auf der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) die Aufnahme von 800000 Menschen mit dem Aufschwung der Nachkriegsjahre: „Aber im besten Fall kann es auch eine Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder werden – so wie die Millionen von Gastarbeitern in den 50er und 60er Jahren ganz wesentlich zum Aufschwung der Bundesrepublik beigetragen haben.“ Wer alles zurückgelassen habe, sei hoch motiviert: „Genau solche Menschen suchen wir bei Mercedes und überall in unserem Land.“

Das sind zu erwartende Profite, die auf dem Ausmaß der Verzweiflung anderer beruhen und der wahren Größenordnung der Veränderung doch stets hinterherhinken. Vizekanzler Sigmar Gabriel rechnet bereits mit einer Million Menschen, die dieses Jahr ankommen. Dass die Kriegsflüchtlinge unter den „Neuankömmlingen“ notgedrungen kommen und schwer mit Gastarbeitern vergleichbar sind, blenden die Wortführer des neuen Wunders aus. Der Post-Vorstandsvorsitz Frank Appel spricht sich ebenfalls für mehr Hilfen für Zuwanderer aus. Auf dem Hintergrund jüngster Streiks in seinem Konzern, bei denen es um angemessene Bezahlung ging, bekommt solche Fürsprache einen fahlen Beigeschmack. Mehr Hilfe fordern auch Porsche-Chef Matthias Müller und Klaus Engel, Vorstandsvorsitzender des Chemiekonzerns Evonik.

> Viele wollen von der staatlichen Alimentierung der Immigranten profitieren, aber keiner will sie finanzieren

Jedes denkbare Argument kommt gerade recht: Das allherbstlich ritualhaft diskutierte Thema Lehrstellen macht Zetsche zum Zeugen seines Wirtschaftswunders: 40000 Lehrstellen drohten dieses Jahr unbesetzt zu bleiben. Daher gelte für „Flüchtlinge“: „Wer an die Zukunft denkt, wird sie nicht abweisen.“ Deutsche Wirtschaftslenker und Politiker sprechen kaum mehr vom Ende des Krieges in Syrien, auch nicht von der Zukunft jenes Landes und seiner jungen Generation. Der bei den freidemokratischen Forderungen nach Steuererleichterungen unnachgiebige Finanzminister Wolfgang Schäuble stellt für 2016 sechs Milliarden Euro diskussionslos für Zuwanderung bereit. Sparen will er bei anderen Ressorts. Politik und Wirtschaft handeln dabei als Bündnis. Große, weltweit auftretende Konzerne haben sich einen ethischen Handlungsrahmen zugelegt, den sie in ihre Strategie einbauen. Diese Unternehmerverantwortung (Corporate Social Responsibility) macht sich auf dem Hintergrund der aktuell diskutierten Summen wie ein Feigenblatt aus. 2013 gab Daimler 60 Millionen Euro für nicht profitorientierte Organisationen, Sponsoring und Sozialprojekte zusammen aus. Diese Verantwortung drängt aber Konzerne weiter in die Moralfalle.

Zahlen soll der Bürger. So sieht es das renommierte arbeitgebernahe Münchner Ifo-Institut. Es regt auf dem Hintergrund der Zuwanderung an, die Deutschen sollten die Rente mit 63 aufgeben, was zusätzliche Milliardenbeträge freisetze, um den Zustrom zu finanzieren. Eine Neuverschuldung oder Steuererhöhungen lehnt das Institut wegen schädlicher Folgen für die Wirtschaft ab. Die Deutschen sollen lieber länger in die Sozialkassen einzahlen. Der Ifo-Finanzwissenschaftler Niklas Potrafke sagte, aufgrund des demografischen Wandels müssten „alle ein bisschen länger arbeiten“. Durch einen späteren Rentenbeginn ließe sich viel Geld in kurzer Zeit sparen.

Die Politik arbeitet daran, das neue Wirtschaftswunder durch massive vorherige Investitionen zu erzwingen. Arbeitsministerin Andrea Nahles will Flüchtlinge mit dem Einsatz von 600 Millionen bis 1,1 Milliarden Euro in den Arbeitsmarkt integrieren. Nahles gab auch bekannt, dass nicht einmal jeder Zehnte die Voraussetzungen erfülle, direkt in Arbeit und Ausbildung zu starten. Hohe Investitionen in (Vor-)Bildung und Integration sind also unumgänglich. Sie stehen im Widerspruch zu Erwartungen eines Wirtschaftswunders durch „Neuankömmlinge“. Die Bundespolitik schiebt Zweifel beiseite. Schon ventilieren Arbeitgeber die Auflösung des Mindestlohns – nur für Zuwanderer. *Sverre Gutschmidt*



Wie Krieg und Aufrüstung haben auch sie hohe Staatsausgaben zur Folge, von denen Unternehmer als Anbieter zu profitieren hoffen: Asylbewerber im Sozialstaat Bild: action press

MELDUNGEN

Ägypten nähert sich Russland an

Kairo – Eine Delegation russischer Unternehmer und Investoren verhandelte in Kairo über die Schaffung zweier russischer „Industriezonen“. Hier sollen vor allem Industrieanlagen und Fahrzeuge für den arabischen Markt hergestellt werden. Ägypten, das zurzeit eine massive Selbsterneuerung anstrebt, hatte zuvor sein Interesse bekundet, der von Russland geführten Eurasischen Wirtschaftsunion beizutreten. Auch Saudi-Arabien erwägt nach einem Leitartikel in den Riader Staatsmedien ein formales Ende seiner einst „privilegierten Beziehungen“ zu den USA und einen Anschluss an die russisch-chinesischen Achse. *T.W.W.*

Schmu mit EU-Geldern

Luxemburg – Bei der Vergabe von 349 Milliarden Euro an EU-Fördermitteln sind nach Angaben des Europäischen Rechnungshofs gravierende Fehler passiert. Beispielsweise seien Unternehmen ohne das wettbewerbliche Vergabeverfahren Verträge zugesprochen worden. Das Geld wurde über den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, den Kohäsionsfonds und den Sozialfonds verteilt. Als Konsequenz fordert der Rechnungshof die Aussetzung weiterer Zahlungen und Sanktionen. *U.M.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.063.024.496.988 €
Vorwoche: 2.062.925.259.751 €

Verschuldung pro Kopf:
25.444 €
Vorwoche: 25.443 €

(Dienstag, 22. September 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Droht Moldau die Spaltung?

Oligarchen beherrschen wichtige Branchen – Proteste in Chisinau

In Moldau brodelt es gefährlich. Seit dem 6. September hat es in der Hauptstadt Chisinau Bürgerproteste gegeben. Bis zu 120000 Demonstranten forderten den Rücktritt von Präsident Nicolae Timofti und seiner Regierung, organisiert von der Bürgerinitiative „Würde und Gerechtigkeit“. Hunderte Regierungsgegner setzten den Protest mit Zeltlagern vor dem Parlamentsgebäude fort. Der Zorn über einen gigantischen Bankenbetrug hat so viele Menschen auf die Straße gebracht wie niemals zuvor in der Geschichte des Staates. Moldau, ein Land mit 3,5 Millionen Einwohnern, steckt seit Jahren in einer tiefen Krise.

Auslöser des aktuellen Volkszorns ist die Unterschlagung von einer Milliarde US-Dollar. Das entspricht etwa einem Achtel der Wirtschaftskraft des Landes. Infolge der Veruntreuung sank die Landeswährung auf Tiefststand, die Infaltion schoss in die Höhe, der ohnehin niedrige Lebensstandard eines der ärmsten Länder Europas verschlechterte sich weiter.

Die Wut der Bürger richtet sich gegen die weit verbreitete Korruption, die sich durch alle Behörden des Landes zieht. Strippenzieher sind extrem reiche Oligarchen, die die wichtigsten Wirtschaftszweige Moldaus unter sich aufgeteilt haben. An der Veruntreuung soll ein mit Russland verbandelter Oligarch beteiligt gewesen sein, indem er zweifelhaften Firmen Kredite gewährt hatte. Gegen solche Wirtschaftsmagnate sowie gegen die Dreistigkeit der Beamten richtet sich der Zorn der Bürger, nicht jedoch gegen den EU-Kurs der Regierung. Letzterer machen sie zum Vorwurf, dass es zwar Gerichtsverhandlungen gegeben habe, die Verdächtigen sich aber immer noch auf freiem Fuß befänden. Beamte, die bei der Entwendung des Geldes tatenlos zugesehen hätten, seien immer noch im Amt. Gegen diese Missverhältnisse hat die Bürgerinitiative „Würde und Gerechtigkeit“ seit Februar schon mehrere Demonstrationen organisiert, geändert hat sich bislang jedoch nichts. Nun wollen die aufgebrachten Bürger Köpfe rollen sehen.

> EU-freundliche wie pro-russische Kräfte fordern Neuwahl

An den Demonstrationen beteiligen sich Wissenschaftler, Journalisten, ehemalige Beamte, Anhänger einer Vereinigung mit Rumänien sowie Unterstützer eines unabhängigen Staats Moldau. Sie alle sind überzeugt, dass ihr Land sich Europa hinwenden sollte. Daneben gibt es aber eine Opposition linker Parteien, die einen Beitritt zur Eurasischen Union und engere Beziehungen zu Russland favorisieren. Auch sie fordern Neuwahlen und die Absetzung Timoftis. Laut Sozialistenchef Igor Dodon unterstützen vor sechs Jahren noch 68 Prozent der Moldauer den EU-Kurs des Landes, heute seien es nur noch 34 Prozent. In dieser Zeit habe der Westen erfolglos bis zu drei Milliarden US-Dollar in das Land investiert.

Timofti lehnt seinen Rücktritt bislang ab, sein Regierungschef Valeriu Strelet, der erst seit Juli im Amt ist, bemüht sich um Gespräche mit Vertretern der Demonstranten. Der Parlamentsvorsitzende Andrian Kandu warnte vor einem Rücktritt der Regierung, da dies zu einer politischen und wirtschaftlichen Krise führen könne. Daran, dass durch Neuwahlen pro-russische Kräfte an Einfluss gewinnen könnten, die bereits mit einer Spaltung wie in der Ukraine drohen, ist der EU nicht gelegen. Ende dieses Monats trifft sich in Brüssel das Assoziierungskomitee der EU, um über die Situation in Moldau zu beraten. *MRK*

Nord Stream wird erweitert

Jazenjuk, Duda und die EU-Kommission reagieren ungehalten

Erst im Oktober 2012 in Betrieb genommen, soll die Ostsee-Gasleitung „Nord Stream“ bereits erweitert werden. Bereits im Juni haben sich der russische Energiegigant Gazprom und westliche Firmen auf den Bau einer weiteren Transportleitung für Erdgas von Russland nach Europa geeinigt. An dem Projekt „Nord-Stream-2“ beteiligen sind neben Gazprom, die BASF-Tochter Wintershall, die OMV aus Österreich sowie die Energiekonzerne Eon, Shell und Engie aus Frankreich. Angesichts dieser Gesellschafterstruktur dürften etwaige Versuche der EU-Kommission oder einzelner Länder, das Projekt über das Kartellrecht auszubremsen, wenig Chancen haben. Durch den Ausbau von Nord Stream bis zum Jahr 2020 wird Deutschland zum Hauptverteiler für russisches Erdgas in Westeuropa. Wie schon bei der bestehenden Nordstream-Leitung, soll auch die Erweiterung an der Ostseeküste Mecklenburg-Vorpommerns enden, von wo das Gas über Anschlussleitungen weiter nach West- und Mitteleuropa transportiert wird. Dadurch werden Polen und die Ukraine als Transitländer für Gaslieferungen geschwächt. In den vergangenen Jahren war die Belieferung Westeuropas mit russischem Erdgas wiederholt durch Streitigkeiten um ukrainische Zahlungsrückstände und Lieferblockaden beeinträchtigt worden.



Sind sich einig in der Ablehnung einer von der Ukraine unabhängigen Erdgasversorgung Europas: Arseni Jazenjuk und die Kommission der Europäischen Union, vor deren Fahne er steht

Scharfe Kritik an einem weiteren Ausbau von Nordstream kam inzwischen vom ukrainischen Ministerpräsidenten Arseni Jazenjuk. Der Ausbau der Ostseepipeline führe zu einer „Monopolisierung der Gasversorgungswege“ in die EU, so Jazenjuk. „Dieses Projekt ist anti-ukrainisch und antieuropäisch.“ Auch Polens Präsident Andrzej Duda hat inzwischen bemängelt, das Pipeline-Projekt missachte polnische Interessen. Ein Sprecher der EU-Kommission reagierte ebenfalls unterkühlt auf das Abkommen. Es sei von entscheidender Wichtigkeit, dass die Ukraine Teil der Route nach Europa bleibe, so der Kommissionssprecher. *N.H.*

Schwindel um TTIP

Von Florian Stumfall

Ein wenig erinnert der Streit um das Handelsabkommen TTIP an ein verbissenes Armdrücken. Die USA nämlich und deshalb auch die EU-Institutionen wollen das Abkommen um jeden Preis, und ebenso hartnäkkig wehren sich Millionen von Menschen dagegen. Ein wichtiger Grund sind die Schiedsgerichte, die das Recht privatisieren und zum alleinigen Instrument der Hochfinanz machen sollen. Danach können Konzerne Staaten verklagen, die beispielsweise Umweltgesetze machen, die den Konzern-Profit mindern. Das Gericht bestünde aus jeweils drei Rechtsanwälten, im Turnus immer die gleichen, die Verhandlungen wären geheim und es gäbe keine Rechtsmittel dagegen.

Doch jetzt, so der Eindruck, deutet sich eine Verständigung an. Gegebenenfalls, so scheint es, könnte im Rahmen von TTIP auf diese Art der Gerichtsbarkeit verzichtet werden, was den Widerstand dagegen wahrscheinlich bräche. Doch leider ist der Vorschlag ein Schwindel. Gleichzeitig nämlich verhandelt die EU mit Kanada das gleichlautende CETA-Abkommen. Hätte also ein Konzern aus TTIP keine Klagemöglichkeit, so benötigt er nur einen Briefkasten in Kanada, und die Sache läuft wie vorgesehen.

Zweite Ukraine?

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Nicht nur die explosive Lage in Moldau enthält politischen Zündstoff. Die gesamte Osterweiterungspolitik der Europäischen Union steht auf dem Prüfstand. Die anfängliche EU-Euphorie in östlichen Beitrittsländern wie Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Slowenien und Ungarn weicht allmählich der Ernüchterung.

Gerade erlebten wir eine ungerechte Hetze in den hiesigen Medien gegen die ungarische Regierung, bloß weil der dortige Präsident Viktor Orbán seiner Verpflichtung nachgekommen ist, die EU-Außengrenze zu schützen. Nur wenig besser ist es Kroatien ergangen, nachdem es sich bereit erklärt hatte, Flüchtlinge, die in Ungarn abgewiesen wurden, aufzunehmen, und schon nach nur zwei Tagen bekennen musste, dass das Land der Herausforderung nicht gewachsen ist. Die wirtschaftlichen Vorteile der EU-Mitgliedschaft in diesen Staaten halten sich darüber hinaus in Grenzen.

Was, wenn nun das unbedeutend kleine Land Moldau zu der Erkenntnis kommt, dass ihm der EU-Kurs seiner Regierung eigentlich gar nichts bringt? Die Moldauer sehen, dass beim Nachbarn Rumänien nach dessen EU-Beitritt die Korruption nicht ausgerottet wurde und das Land wirtschaftlich nicht viel besser dasteht.

Daher muss es nicht wundern, wenn es eine Opposition in Moldau gibt, die sich für eine Hinwendung zu Moskau einsetzt. In Teilen des Landes ist Russisch Amtssprache, die separatistische Teilrepublik Transnistrien ein ständiger Zankapfel. Wenn sich diese Kräfte radikalisieren, droht in Moldau eine zweite Krise wie in der Ukraine.

Unbelohnte Zurückhaltung

Von Hans Heckel

Nur stockend erholt sich die Alternative für Deutschland (AfD) von ihrem Umfragetief, welches die Partei infolge des innerparteilichen Zerwürfnisses mit dem früheren Sprecher Bernd Lucke erlitten hatte. Gerade zwei der sieben führenden Umfrage-Institute sehen die Alternative wieder bei fünf Prozent.

Das muss verwundern. Das Thema der unkontrollierten Masseneinwanderung bewegt die Deutschen noch weit heftiger, als es die Euro-Krise tat, als die AfD vor zwei Jahren zu ihren ersten Höhenflügen ansetzte. Ebenso wie damals finden sich in den etablierten Parteien höchstens isolierte Warner, an denen vorbei die Regierungslinie mit Unterstützung der parlamentarischen „Opposition“ stahlhart durchgezogen wird.

Der AfD sollte es also ein Leichtes sein, noch leichter als 2013 und 2014, sich als buchstäblich einzige demokratische „Alternative“ zum etablierten Parteienbetrieb zu positionieren und entsprechend Zustimmung zu ernten. Doch die Partei tut sich damit verblüffend schwer, wie die schleppende Erholung der Umfragewerte belegt.

Asyl: AfD nützt das Versagen der anderen kaum – wieso?

Woran liegt das? Zum einen wirkt hier sicherlich das Trommelfeuer öffentlicher Propaganda, die maßlose Verteufelung aller Kritik an Merkels Mantra, das „keine Obergrenzen“ beim Asylbewerberzustrom zulassen will. CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn sieht die Bundesbürger in der „klassischen Schweigespirale“ gefangen. Eingeschüchtert von der „fast euphorischen“ (so Spahn) Asyl-Propaganda wagen sie es nicht mehr, ihre wahre Meinung zu äußern. Dies könnte nicht wenige Menschen auch davor zurückschrecken lassen, sich zur AfD zu bekennen.

Eine weitere Ursache für die Flaute der „Blauen“ ist indes bei der Partei selbst, namentlich bei AfD-Chefin Frauke Petry, zu suchen. Petry will um jeden Preis alles unterlassen, was den übermächtigen AfD-Gegnern dazu dienen könnte, die Partei in die Rechtsaußen-Ecke zu pressen. Daher vermeidet sie jedwede polemische Zuspitzung in der Asyldebatte. Doch was gut gedacht ist, wendet sich gegen sie.

Thilo Sarrazin hat vor fünf Jahren bewiesen, dass es ohne gezielte Zuspitzungen nicht gelingt, überhaupt wahrgenommen zu werden. Und in die „rechte Ecke“ wird die AfD trotz Petrys betont sachlicher Argumentation ohnehin gedrängt, ihre Mäßigung bleibt unbelohnt.

Will Petry verhindern, dass die AfD zwischen einer CSU, die sich zunehmend volksnäher und problembewusster gibt, und einer möglicherweise aufkeimenden Pegida-Partei zerrieben wird, sollte sie ihre Zurückhaltung aufgeben. Dass sie dabei nicht in plumpe Tiraden verfallen darf, weiß sie selbst. Sarrazin hat vorgemacht, wie es gelingt, eine Debatte sinnvoll zuzuspitzen, ohne ins Extrem zu stolpern.



Beinahe unsichtbar: AfD-Chefin Frauke Petry schafft es nicht, ihre Partei ins Rampenlicht zu bringen

Bild: imago

Frei gedacht



Wie Deutschland sich wieder in Schuld stürzt

Von Eva Herman

Es sind historische Dimensionen, in die wir hineingeraten, die Uhr läuft. Gewaltige Ströme fremder Menschen fluten in unser Land, täglich sind es abertausende. Sie kommen auf großzügige Einladung der deutschen Regierung, aus fernen Ländern, aus anderer Kultur. Sie besuchen uns nicht vorübergehend, nein, sie haben ihre Heimat aufgegeben, um hier ihr Glück zu finden. Für immer. Die deutsche Kanzlerin hat es in die Welt gekündet: Welcome refugees! Sie wird beim Wort genommen. Die Menschen aus Afrika, Asien und Arabien sind fest entschlossen, ein besseres Leben zu führen. Sie werden ihre Familien, Kinder und Kindeskinder nachholen, ins Land der tausend Möglichkeiten. Man muss kein Mathe-Genie sein, um herauszufinden, wie die Geschichte ausgehen wird. Mehr als 50 Millionen fluchtbereiter Menschen sitzen noch auf gepackten Koffern. Sie alle eint das Vorhaben: Nichts wie weg! Zuversichtlich blicken sie in die blauen Augen unserer wohltätigen Kanzlerin, die ein Herz hat für alle notleidenden Menschen dieser Welt, die sogar bestehende Gesetze aushebelt, damit die Fremden nicht in den Ankunftsländern der Nachbarn bleiben müssen, sondern tatsächlich geradewegs bei uns landen. Eine Kanzlerin, die mit der Abwicklung zwar längst nicht mehr hinterherkommt, die dafür aber ihr eigenes Volk in die Pflicht nimmt, das seit Monaten im unermüdlichen Ehrenamt für Muttis Versprechungen geradesteht.

Merkwürdig: Die Deutschen scheinen neben Österreich und Schweden die einzigen in Europa zu sein, die sich überglücklich zeigen, den meist männlichen, muslimischen Weltenwanderern mit einer neuen Heimat aushelfen zu dürfen. Während für unsere Massenmedien Bilder erschöpfter „Flüchtlingskinder und -mütter“ zu eindrucksvollen Galerien zusammengeschnitten werden, wird aus anderen Europastaaten eine ganz andere Stimmung deutlich: Ungarn lässt messerscharfe Stacheldrahtzäune an den Grenzen zu Kroatien ziehen, letzteres Land ist hoffnungslos überfordert angesichts zehntausender täglich einströmender Fremder. Slowenien stöhnt unter der Last der Durchreisenden, Serbien will nicht mehr mitmachen, Tschechien verfällt in Panik angesichts der ständig wachsenden Zahl durchreisender Fremder. In Bayern führt man zwar vereinzelte Grenzkontrollen durch, die übrigens massenweise Illegale und Kriminelle erfassen lassen, doch werden die Mahner in der Landeshauptstadt von den Medien meist mit „rassistischer Ignoranz“ abgetan. Das Durchgangsland Dänemark reagiert derweil allergisch auf die Menschenmassen, die nach Schweden wollen, und nun schimpfen auch noch die Finnen auf die „Flüchtlinge“, weil diese nicht mehr in Schweden bleiben wollen. Indes erfährt man hierzulande über diesen europäischen Unmut nur wenig. Wie hieß es in einer Schweizer Zeitung so schön: „Monothematischer Überwältigungsjournalismus“ prägt das politisch korrekte Bild.

Die Kolumne: Zwei streitbare Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen, immer exklusiv in der *PAZ*. „Moment mal“, fordert Journalisten-Legende Klaus Rainer Röhl. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Merkwürdig auch: Zahlreiche Einwände aus dem Ausland scheinen hier ohne Widerhall zu verfliegen. Der Verdacht, dass gerade Deutschland derzeit völlig überstürzt ins Unglück renne, weil es womöglich unter alter Schuld immer noch leide, wird jetzt deutlicher ausgesprochen. Das Karma, das sich die Deutschen damit erneut aufzuladen scheinen, erhält bizarre und nicht ungefährliche Konturen. So stellte der britische Politologe Anthony Glees erst vor Kurzem in einem Deutschlandfunk-Interview fest, unser Land habe im Angesicht des Unbedingthelfenwollens wohl nun „den Verstand verloren“. Er warnte davor, dass gerade in der Hals-über-Kopf-Politik dieser ansonsten doch meinungsfesten Regierung die gesamte Europäische Union in Gefahr gerate: „Es kann sein, dass 2015 es immer noch ein Gedächtnis gibt von dem, was vor dem Zweiten Weltkrieg 1938/1939 passiert ist mit Flüchtlingen.“ Doch wenn Deutschland sich nicht an die Regeln halte, falle die EU auseinander, sagte Glees. Deutschland gebe sich im Moment als „Hippie-Staat, der nur von Gefühlen geleitet wird“. Der Politikwissenschaftler zitierte in diesem Zusammenhang den britischen Premier David Cameron: „Statt nur mit dem Herz, muss man auch mit dem Hirn handeln.“ Von einer „nicht durchdachten Haltung“ ist in Glees' Worten ebenso die Rede wie von den Folgen des uferlosen Helfersyndroms: „Dann zur gleichen Zeit zu sagen zu den verzweifelten, armen Völkern in Syrien und in Irak, bitte kommt in die Bundesrepublik, scheint vielen Briten unsinnig zu sein. Das wird dann nie aufhören!“

Ist es nicht verrückt, dass derartige Mahnungen, die verdammt ernstgemeint klingen, undiskutiert hier verpuffen? Wie wird es eigentlich sein, wenn wir Deutsche am Ende der Tage wieder einmal am Pranger stehen? Die Zeichen der Zeit weisen doch schon den Weg. So fragte der öffentlich-rechtliche Journalist Tobias Armbrüster den Briten Glees, ob eine gewisse Angst vorherrsche, wenn Deutschland jetzt die Tür aufmache und dann möglicherweise Menschen nach Europa kämen, „von denen wir nicht wissen, was sie eigentlich vorhaben“. Die Antwort zeigt schon den Hauptschuldigen, der ganz Europa hier gerade eine giftige, eine todbringende Suppe einbrockt: „Das ist diese Angst, dass der Charakter von Europa sich jetzt grundsätzlich verändern wird durch die deutsche Haltung, aber auch, dass die Deutschen sich nicht an die Regeln halten, ihre eigenen Regeln von Schengen halten ... Diese der Gesetzlosigkeit preiszugeben, kann das Ende der Union bedeuten. Das wäre fürchterlich.“

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Der kanadische Top-Journalist Ezra Levant brachte dieser Tage in einem zornigen TV-Beitrag ebenfalls sein absolutes Unverständnis über Angela Merkel zum Ausdruck, welche die gesamte muslimische Welt einlade, nach Deutschland zu kommen, damit diese Sozialleistungen, Krankenkarten und jeweils „tausende Euro“ kassierten. Hunderttausende muslimischer Männer seien bereits eingetroffen. Levant zeigte die Kanzlerin bei einer Veranstaltung, wo eine besorgte Bürgerin Merkel direkt fragte, ob sie mit ihrer Politik nicht ganz Europa gefährde, vor allem wegen der wachsenden Islamisierung durch massenhaft einwandernde junge Männer. Dass die Kanzlerin der Frau antwortete, diese möge einfach öfter in die Kirche gehen, um die eigene Religion wieder zu stärken, brachte den Journalisten in Rage. Er unterstrich, dass es final jetzt um ganz andere Gefahren gehe für die „Natur des deutschen Staates, es geht um das öffentliche Leben, um die Gesetze, um die Kultur“.

Levant stellte übrigens auch fest, dass Frau Merkel keine Kinder hat, wie auch ihr Vorgänger Gerhard Schröder niemals selbst Vater geworden sei. Beide hätten damit keine persönliche Verpflichtung für die Zukunft: Ein Amateur-Psychologe könnte meinen, sie hätten sich entschieden, sich selbst zu beenden als eine Art ethnische Strafe. Selbsthass sei ein spezielles deutsches Wort für die Abscheu vor sich selbst, so der jüdische Autor. Sie hassten sich selbst dafür, was ihre Eltern oder Großeltern taten: „Sie hassen das heutige Deutschland wegen des Deutschlands der 1930er und 1940er Jahre.“ Weiter zitiert er Merkel, dass einige terroristische Muslime sicher böse seien, aber nicht schlimmer, als Deutschland es einst war. „Das ist das Weltbild Angela Merkels! Das ist wahnsinnig!“ Leider hat der Mann recht.

Rebell wider Willen

Vor 60 Jahren fuhr James Dean in den Tod – Film blickt hinter die Fassade des Idols

Drei Filmrollen innerhalb eines Jahres genügten, um aus James Dean ein Jugendidol zu machen. Als er vor 60 Jahren im Alter von nur 24 Jahren tödlich verunglückte, versanken die USA in kollektive Trauer. Der Film „Life“, der jetzt in die Kinos kommt, versucht, sich dem Phänomen James Dean zu nähern.

Gegen Abend des 30. September 1955 fuhr James Dean mit seinem Porsche 550 Spyder nahe dem auf halber Strecke zwischen San Francisco und Los Angeles gelegenen Ort Cholame auf eine Highway-Kreuzung zu, wo ihm ein anderer Wagen die Vorfahrt nahm. Dean prallte ungebremst mit zirka 90 Kilometern pro Stunde in das andere Auto. Dessen Fahrer sowie Deans Mitfahrer, der deutsche Mechaniker Rolf Wütherich, der den Porsche für ein Amateur-Rennen am 1. Oktober in Schwung bringen sollte, überlebten schwer verletzt. Bei Dean selbst konnte im Krankenhaus nur noch der Tod festgestellt werden.

Was dann folgte, kann wohl als „Werther-Effekt“ bezeichnet werden: Ähnlich wie nach der Veröffentlichung von Goethes Roman kam es nach dem Bekanntwerden von Deans Tod unter Jugendlichen zu einer Suizidwelle. Viele Fans, denen er als Schauspieler erst seit einem Jahr ein Begriff war, weigerten sich schlichtweg, seinen Tod zu akzeptieren. Er wurde von Amerikas Jugend wie ein Heiliger angebetet. Eine solche Ikone, in das viele ihre Hoffnung für einen Aufbruch der Jugend in den bigotten 1950er Jahren gesetzt hatten, musste einfach unsterblich sein. Noch Jahre nach seinem Tod schrieben die Fans Briefe an ihn.

Es waren drei Filme, mit denen Dean innerhalb eines Jahres zur Kultfigur aufstieg. Mit „Jenseits von Eden“, gedreht nach einem Roman von John Steinbeck, begann sein Ruf als Darsteller aufmüpfiger junger Außenseiter. Das setzte sich fort in „... denn sie wissen nicht, was sie tun“, dessen Originaltitel „Rebel Without a Cause“ schon programmatisch auf Dean gemünzt zu sein schien, in dem viele etwas Rebellisches sahen. Auch in „Giganten“, dessen Dreh er nur einen Tag vor seinem Tod abgeschlossen hatte, glänzt Dean in der Rolle des schnodderigen Bürgerschrecks.

Für die Darstellung des alkoholsüchtigen Erdölsuchers wurde er ebenso für einen Oscar nominiert wie für „Jenseits von Eden“. Kein Wunder, dass die Presse auf dieses Talent aufmerksam wurde und sich nach dem auflagenfördernden Motto „ein Stern ist geboren“ an seine Fersen heftete. Hier knüpft der Film „Life“ des niederländischen Regisseurs Anton Corbijn an über die Kurzzeitfreundschaft zwischen Dean und einem Fotografen des damals in den USA äußerst populären „Life“-Magazins.

Diese Zeitschrift prägte neben den Filmen das Bild des Schauspielers in der Öffentlichkeit. Dean, wie er sich eingewickelt in einen weißen Umhang in einem Friseurstuhl hockt, oder Dean, wie er lässig mit der Zigarette im Mund vor dem regennassen New Yorker Times Square schlendert – das sind berühmte, teils inszenierte Aufnahmen des „Life“-Fotografen Dennis Stock. Im Film wird er von dem durch die „Twilight“-Saga bekannten Robert Pattinson verkörpert, der hinter die Fassade des von Dane DeHaan gespielten Dean zu blicken versucht.

Auf der Farm des Onkels in Bundesstaat Indiana, wo Dean nach dem Tod der Mutter aufgewachsen ist, begegnet Stock dem privaten Dean, jenem der seinen Neffen Comics vorliest und der sich an Traktoren zu schaffen macht. Seine Leseleidenschaft verursachte bei ihm eine Kurzsichtigkeit, weshalb er stets Brille trug. Seine Ungeschicklichkeit in praktischen Dingen kostete ihn indes vier Schneidezähne. Seit einem Sturz vom Heuboden trug er eine Zahnprothese. Ein Rebell sieht anders aus.

Der Film erzählt solche Dramen aber ebenso wenig wie Deans Leidenschaft für Motorräder und Rennautos. Es hätte den langsamen Rhythmus des Films gestört, der sich ganz auf die Ausdruckskraft des Bildes konzentriert. Im Mittelpunkt steht daher weniger Dean als der „Life“-Fotograf Stock, vor dem der Regisseur verehrungsvoll den Hut zu ziehen scheint.

Vor seiner Kinokarriere hat Corbijn selbst als Fotograf von Frank Sinatra bis zu den Rolling Stones viele Musik-Legenden vor der Kamera gehabt. Dass er Deans Todestag zum Anlass nimmt, einem Fotografenkollegen Tribut zu zollen, ist ehrenhaft. Wenigstens gewinnt man durch diesen kurzen Ausschnitt aus Deans Leben einen Eindruck, wie er in die Rolle als Rebell gedrängt wurde. Nichts Spektakuläres sollte im Film das Bild dieses privaten Langeweilers stören, auch nicht die Tragödie, mit der sein Leben endete. *Harald Tews*



Doppelter James Dean: Dane DeHaan als Film-Dean und das Original (oben) Bild: SquareOne/Universum

Kollo inszeniert Kollo-Operette

Der Komponist Walter Kollo schrieb Operetten wie am Fließband. Von 1911 bis 1938 schuf er über 40 abendfüllende Werke, welche heute aber nur noch selten gespielt werden. Zum 75. Todestag des aus dem ostpreußischen Neidenburg stammenden Tonsetzers (siehe Seite 11) führt dessen Enkelin Marguerite Kollo als Produzentin und Regisseurin sein wohl erfolgreichstes Stück „Drei alte Schachteln“ im Berliner Admiralitätspalast auf.

Die vor 98 Jahren am Berliner Theater am Nollendorfplatz mit der legendären Claire Waldoff als Köchin Auguste uraufgeführte Operette war so erfolgreich, dass sie während der Kriegszeit über 1000 Mal en suite gespielt wurde. Unter dem Titel „Phoebe of Quality Street“ begeisterte die Posse 1921 sogar das New Yorker Publikum.

Die Geschichte, die im Potsdam der Jahre 1870 bis 1878 spielt, lebt vom steten Wechsel zwischen zwei Liebespaaren. Eine Paraderolle für jede Komikerin aber ist die berlinisch-freche „Auguste“. Mit Ohrwürmern wie „Ach Jott, wat sind de Männer dumm“ oder der Berlin-Hymne „Solang noch Unter'n Linden die alten Bäume blühn, kann nichts uns überwinden, Berlin bleibt doch Berlin“ hat sich das Stück bis heute junggehalten.

Am 26. September, 19 Uhr, und 27. September, 16 Uhr, sind die von Ute Beckert, Katharina Groth und Ilona Nymoen gespielten „Drei alten Schachteln“ in einer konzertant-szenischen Fassung zu sehen. Präsentiert wird die Aufführung durch die 2004 von Marguerite Kollo gegründete Europäische Stiftung Operette im Admiralitätspalast, der 1923 mit der Kollo-Revue „Drunter und drüber“ als Theater eröffnet wurde. Zuvor wurde das Gebäude als Eisarena genutzt. Dort an der Friedrichstraße 101 erinnert seit 2010 auch eine Gedenktafel an Walter Kollo und seinen Sohn, den Textdichter Willi Kollo. *H. Tews*

Karten unter: (030) 22507000. www.operettenstiftung.org/tickets

MELDUNGEN

»Walchensee« zurückgekauft

Hamburg – Die Hamburger Kunsthalle gab das Aquarell „Walchensee“ des ostpreußischen Malers Lovis Corinth an die Erben des früheren Besitzers Curt Glaser zurück. Glaser war bis 1933 Direktor der Staatlichen Kunstbibliothek Berlin, ehe er vor seiner Auswanderung gezwungen wurde, Teile seiner Kunstsammlung unter Wert zu verkaufen. 1949 erwarb Hamburg das aus Glasers Sammlung stammende Aquarell, das nach der jetzt erfolgten Restitution zurückgekauft wurde und weiter in der Kunsthalle verbleibt. *tws*

Trauer um Generaldirektor

Berlin – Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) trauert um ihren langjährigen Generaldirektor der Staatlichen Museen zu Berlin. Der in Schwerin geborene Kunsthistoriker Wolf-Dieter Dube, der von 1983 bis 1999 den Staatlichen Museen vorstand, ist am 9. September 81-jährig verstorben. Der Präsident der SPK, Hermann Parzinger, würdigte Dube als „Architekten der neuen Berliner Museumslandschaft“. *tws*

Überblick über den Ostseeraum

Lübeck – Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Torsten Albig, hat in der Lübecker St. Aegidienkirche die Ausstellung „Lübeck 1500. Kunstmetropole im Ostseeraum“ eröffnet. Die mit hochkarätigen Leihgaben bestückte Schau ist das bislang größte Ausstellungsprojekt der Hansestadt und ist noch bis zum 10. Januar 2016 im Museumsquartier St. Annen zu sehen. Info: www.luebeck1500.de. *tws*

Im Griff der Stasi

ARD startet dritte Staffel seiner preisgekrönten Serie »Weissensee«

Der Berliner Stadtteil Weissensee gehörte einst zum sowjetischen Sektor. Eine Geschichte über das Leben der Menschen in der DDR hier anzusiedeln, ist geschickt gewählt. Man ist so mittendrin und nicht in Sichtweite der Berliner Mauer. Ganz in der Nähe ist dafür das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Es ist der Arbeitsplatz der Protagonisten in der ARD-Serie „Weissensee“, die vom 29. September an mit sechs neuen Folgen im Hauptabendprogramm des Ersten anläuft.

Die Idee zur Serie hatte mit Annette Hess ausgerechnet eine Hannoveranerin, die mit großem Interesse und gründlicher Recherche ein Werk schuf, das bezüglich der Qualität des deutschen Fernsehens wieder hoffen lässt. Zwei DDR-Familien der frühen 80er Jahre werden vorgestellt. Da sind einmal die staatstreuen Kupfers. Vater Hans und Sohn Falk arbeiten als hohe Tiere im MfS. Der etwas anders denkende Bruder Martin hat sich bei der Volkspolizei verdingt, aber nie die Karriereleiter erklommen, weil er nicht einmal in der Partei ist. Die um alles besorgte, ideologisch einwandfreie Mutter (Ruth Reinecke) versucht, die Familie im sozialistischen Sinne zusammenzuhalten. Bis hin zur als Lehrerin arbeitenden Schwiegertochter Vera Kupfer (Anna Loss), die ihrem Söhnchen abends Geschichten auf russisch vorliest, bewegen sich alle Kupfers wie die Vorzeigefamilie aus dem DDR-Staatsbürgerkunde-Unterricht.

Doch da gibt es die Familie Hausmann. Vater Kupfer hatte dereinst ein Verhältnis mit der aufmüpfigen Dunja Hausmann, die als Chansonette aufrührender Lieder im Lande des real existierenden Sozialismus unterwegs ist. Ihre Tochter Julia erzieht sie allein im freien Geist. Alles wird anders, als Martin Kupfer genau diese Julia kennenlernt und sich in sie verliebt. Die Staatsmacht, immer wieder repräsentiert durch seinen Bruder Falk, der die Familie sauber halten möchte, schlägt zu. Konzentriert wird nun offengelegt, was passierte, wenn man auffällig wurde im zweiten deutschen Staat.

Die erste Staffel von 2010 beschrieb die Zeit um 1980. Die zweite spielte sieben Jahre später. Die Tochter der kritischen Liedermacherin Hausmann ist inzwischen verhaftet worden und sitzt ein im gefürchteten Frauengefängnis Hoheneck. Sie wollte dereinst die Machenschaften der Stasi einem West-Journalisten berichten und wurde erwischt. Das Kind, das sie von Martin Kupfer erwartete, sei bei der Geburt gestorben, berichtet man der Mutter. Das Machtgefüge des Überwachungsstaates bröckelt, doch noch haben die Herrschenden alle Stricke fest in der Hand. Die preisgekrönte Produktion setzt jetzt mit der dritten Staffel im Herbst 1989 ein. 25 Jahre nach dem Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR zeigt „Weissensee“ den Fall der Mauer und den Zerfall einer Familie, die alles immer besser machen wollte. Die Tragödie der Figuren, ihre Dramatik, ihre Charaktere sind in allen Zeiten zu finden. Dass sie hier in ein zentrales Stück deutscher Geschichte eingebettet wurden, macht die Serie sehenswert. *Silvia Friedrich*



Eine „Verräterin“ in Folge 16: Hans Kupfer (Uwe Kockisch) vor verschmierter Tür Bild: ARD/Julia Terjung

Legendäre Rock-Opas

Woodstock-Veteranen Crosby, Stills & Nash geben Konzert in Berlin

Rückblick in die 60er Jahre: Damals war Rockmusik bei der Elterngeneration „umstritten“, und die jungen Leute, die sich die Haare lang wachsen ließen, fanden sie populär. Über 50 Jahre danach ist die Rockmusik Geschichte geworden. Die handgemachte Musik von damals ist abgelöst worden von computermanipulierter und zusammengemixter Musik, die sich daran orientiert, verkaufsfördernd zu sein, und der man in Kaufhäusern durch Dauerberieselung kaum noch entkommen kann.

Die „Rolling Stones“ waren die ersten, und sie sind heute immer noch präsent. Aber die Wegbereiter und Impulsgeber waren auch andere – möglicherweise sogar bestimmendere. „The Who“, „Led Zeppelin“, „The Doors“ oder „Deep Purple“, um nur einige zu nennen, die damals „in“ waren, haben sich längst aufgelöst oder verloren tragende Mitglieder durch (Drogen-)Tod. Andere wie „Genesis“ oder teilweise auch „Pink Floyd“ haben sich ganz oder teilweise dem kommerzialisierten Zeitgeist angepasst.

Neben „Jethro Tull“ aus Großbritannien blieben Crosby, Stills and Nash (abgekürzt auch „CSN“ und häufig auch um Neil Young zu „CSNY“ erweitert) aus den USA erhalten. Die Abkürzung bürgerte sich aber nicht ein und so werden meist die vollen Namen erwähnt. Die inzwischen alten Rock-Opas sind immer noch aktiv und strotzen im Alter von 70 und mehr Jahren mit bemerkenswerter Vitalität auf der Bühne.

Crosby, Stills & Nash, erreichten 1969 erstmals mit „Wooden Ships“ einen durchschlagenden Erfolg und schafften Platz sechs der US-LP-Charts. Mit ihrer Kritik am Vietnam-Krieg trafen sie das Lebensgefühl jüngerer US-Amerikaner mit höherem Schulabschluss. David Crosby (74), Stephen Stills (70), Graham Nash (73) und Neil Young (69) traten auch 1969 beim legendären „Woodstock-Festival“ vor 250 000 Besuchern auf. Kritiker warfen der Band seinerzeit vor, mit Liedern wie „Chicago“, „Ohio“, „Long Time Gone“ lediglich melancholischen Protest zu üben. Aber politische Einmischung bringt meist keinen nachhaltigen künstlerischen Erfolg. „CSN“ und „CSNY“ setzten nie auf harte Töne, sondern waren immer sanft und einfühlsam.

Zu viert hatte die Gruppe die meisten Erfolge, aber Differenzen führten dazu, dass sie sich oft zerstritten. Trotz allem rauften sie sich immer wieder zusammen. Welcher Teenager schmolz nicht bei „Heart of Gold“ von Neil Young (mit Crosby, Stills & Nash und anderen) dahin? Aus Begeisterung über den Fall der Berliner Mauer flogen Crosby, Stills und Nash spontan nach Berlin und gaben am 20. November 1989 vor dem Brandenburger Tor ein Konzert. Im Rahmen ihrer Europa-Tour sind sind die legendären Rock-Dinos – diesmal leider ohne Neil Young – am 6. Oktober in der Stuttgarter Porsche Arena und tags darauf im Berliner Tempodrom zu erleben. *Klaus Gröbig*



Sanftes Trio: Stills, Nash & Crosby (v. l.) Bild: action press

»Wir hatten unseren Auftrag erfüllt«

Die Abwicklung der NVA im Spiegel der Aufzeichnungen des Bonner Staatssekretärs Karl-Heinz Carl (Teil 1)

Es heißt, der einzige Bereich, in dem die Wiedervereinigung als reibungslos und vollständig gelungen betrachtet werden könne, sei das Militär. Einen wesentlichen Anteil an dieser Erfolgsgeschichte hatte Karl-Heinz Carl (15. Januar 1927 – 10. September 2012), zweiter beamteter Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung. Vor seinem Wechsel auf die Hardthöhe im Februar 1989 war der kriegsgediente Jurist lange Jahre im Bundesfinanzministerium tätig gewesen, unter anderem als für den Wehretat und Nato-Angelegenheiten zuständiger Unterabteilungsleiter. Carl war als arbeitswütig, entschlussfreudig und durchsetzungsfähig bekannt, Eigenschaften, die ihm bei der Bewältigung der Zusammenführung beider deutscher Armeen zu Gute kam. Über seine Erlebnisse und Eindrücke in jenen aufregenden Monaten hat er Aufzeichnungen hinterlassen, die hier exklusiv veröffentlicht werden.

Im Jahre 1989 war ich beamteter Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium. Bundesminister Rupert Scholz hatte mich aus dem Bundesministerium der Finanzen geholt, wo ich Haushaltsdirektor gewesen war. Auf der Hardthöhe fand ich meinen beamteten Kollegen Ludwig-Holger Pfahls und die Parlamentarischen Staatssekretäre Agnes Hürland-Büning und Willi Wimmer vor. Ein Team, das sich in der Zeit der Wiedervereinigung bewähren sollte.

Ich war unter anderem zuständig für Haushalt, Personal, Recht, Soziales, mein Kollege Pfahls deckte den Rüstungsbereich und die Militärpolitik ab. Kurze Zeit, nachdem ich auf die Hardthöhe gekommen war, wurde Scholz durch Gerhard Stoltenberg ersetzt. Ein Wechsel, der wohl für alle überraschend gekommen war und meiner Meinung nach seine letzte Ursache darin hatte, dass Theo Waigel als Bundesfinanzminister in die Regierung aufgenommen wurde.

Ab Ende August 1989 rief mich in immer kürzer werdenden Abständen – auch zu Hause und zu später Abendstunde – der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium Horst Waffenschmitt an. Er bat dringend, ihm bei der Erstaufnahme und der Unterbringung der Übersiedler aus der DDR zu helfen. Die Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland könnten der immer größer werdenden Zahl der Übersiedler nicht mehr Herr werden. Es sei daher notwendig, auf die Kasernen der Bundeswehr zurückzugreifen.

Dies war leichter gesagt als getan. Der Unterbringung von Übersiedlern in den Kasernen der Bundeswehr stand einmal entgegen, dass die Einsatzbereitschaft der Truppe in diesen kritischen Tagen nicht beeinträchtigt werden durfte. Zum anderen bestanden Bedenken, die Soldaten mit ihren Waffen und der dazugehörigen Munition unter einem Dach mit Zivilisten unterzubringen. Bundesminister Stoltenberg, dem ich die Sache vortrug, zögerte. In dem Kollegium – das war der Kreis, der aus dem Minister, den Staatssekretären und dem Generalinspekteur bestand – ist die Angelegenheit eingehend erörtert worden. Ich setzte mich mit der Zusage durch, dass wegen der Unterbringung von Übersiedlern die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr nicht gefährdet werde und geeignete Maßnahmen ergriffen würden, um die Übersiedler nicht an Waffen und Munition herankommen zu lassen. Gedacht war nach Besprechungen mit den Offizieren daran, durch die Freimachung ganzer Blöcke eine Trennung zwischen dem militärischen und zivilen Teil innerhalb der Kasernen herbeizuführen, wo dies möglich war. Mir ging in diesem Zusammenhang immer die Weihnachtsgeschichte aus dem Lukasevangelium nicht aus dem Kopf: „Denn sie fanden keinen Platz in der Herberge".

Es waren – so dachte man wenigstens damals – unsere Schwestern und Brüder, denen geholfen werden musste. Nun zeigte die Bundeswehr, was sie konnte. In dem Sitzungssaal, genannt „Alter Fritz" wegen einer Porzellanbüste Friedrichs II., versammelte ich regelmäßig folgenden Personenkreis um mich: Stellvertreter des Generalinspekteurs, Infrastrukturoffiziere von Heer, Marine und Luftwaffe, Inspekteur des Sanitätsdienstes und die zivilen Abteilungsleiter Verwaltung und Recht, Soziales und Haushalt. Ich hatte die Vorgabe gegeben, 30 000 Unterkunftsplätze für die Übersiedler freizumachen. Die Teilstreitkräfte wurden von mir gebeten, Vorschläge zu machen, wie diese erreicht werden sollten. Naturgemäß entfiel der Löwenanteil hierbei auf das Heer, aber auch die Luftwaffe und die Marine haben ihre Anteile geleistet. Die zivile Abteilung Verwaltung und Recht war aufgerufen, die rechtlichen Voraussetzungen für die Unterbringung der Übersiedler zu schaffen, die Abteilung Soziales sorgte für die soziale und die Abteilung Haushalt für die geldmäßige Absicherung. Der Inspekteur des Sanitätswesens gewährleistete, dass die medizinischen und sanitären Verhältnisse vor Ort den normalen Anforderungen entsprachen.

Es war eine Freude zu sehen, was Offiziere und Beamte zu leisten vermögen, wenn man sie nur lässt. Ohne dass ich nennenswert einzugreifen brauchte, wurden die 30 000 Unterkunftsplätze zur Verfügung gestellt. Am 4. Oktober 1989 flog ich mit einer Do 28 zur Ostmark-Kaserne in Weiden/Oberpfalz. Das leichte Mehrzweckflugzeug Do 28 hieß bei den Soldaten „der Bauernadler". Diesen Spitznamen hatte die Maschine bekommen, weil sie unbequem und laut war. Sie hatte den Vorteil, auf kleinsten Plätzen starten und landen zu können. Das Auf und Ab sowie das Schaukeln beim Fliegen machte mir nichts aus, da ich während des Krieges bei der Luftwaffe gedient hatte.

Ich war beeindruckt von dem Einsatzwillen und der Hilfsbereitschaft der Offiziere und Mannschaften sowie der Bundeswehrverwaltung. Weiter möchte ich hervorheben, dass wie selbstverständlich die Ehefrauen der Offiziere und Unteroffiziere sich zur Verfügung stellten, um zu helfen, wo es notwendig war. Dies war nicht nur in der Ostmark-Kaserne in Weiden, sondern bei allen Standorten, die ausgesucht worden waren, der Fall. In München musste ich sogar den Eifer des dortigen Kommandeurs bremsen, weil ich mich an mein Versprechen gegenüber dem Minister – keine Beeinträchtigung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr, keine Gefährdung der in den Kasernen untergebrachten Zivilisten – gebunden fühlte. Von den vielen Offizieren und Beamten, die uns damals geholfen haben, möchte ich besonders Oberst Armin Benczek hervorheben. Ihn hatten wir zum Sonderbeauftragten für die Unterbringung der Übersiedler gemacht. Er hat seine Aufgabe hervorragend gelöst. Das Bundesverdienstkreuz war eine verdiente Anerkennung. Innenstaatssekretär Waffenschmitt war zufrieden. Er versuchte nur ab und an, Einfluss auf die einzelnen Standorte, in denen wir die Übersiedler untergebracht hatten, zu nehmen. Dies musste ich natürlich ablehnen.



Verteidigungsstaatssekretär von 1989 bis 1991: Karl-Heinz Carl

»Es war eine Freude zu sehen, was Offiziere und Beamte zu leisten vermögen, wenn man sie nur lässt«

Am 9. November 1989 wurde die Mauer geöffnet. Nach dem Zwischenspiel der Modrow-Regierung fanden am 18. März 1990 die ersten freien Volkskammerwahlen statt. Ministerpräsident der danach gebildeten Regierung wurde Lothar de Maizière, Minister für Abrüstung und Verteidigung Rainer Eppelmann. Zwischen dessen Ministerium und dem Bundesministerium der Verteidigung wurde vereinbart, dass in zwei Arbeitsgruppen ein Meinungsaustausch über gemeinsam interessierende Probleme stattfinden sollte. Die erste Arbeitsgruppe, die sich mit Personal-, Haushalts- und Sozialfragen befasste, stand für das Bundesministerium der Verteidigung unter meiner Leitung. Die zweite Arbeitsgruppe führte Rüstungsstaatssekretär Pfahls. Sie befasste sich vor allem mit Beschaffungs- und Materialfragen.

Mein Gesprächspartner auf der DDR-Seite war Staatssekretär Werner E. Ablaß. Am 4. Mai 1990 fand unser erstes Zusammentreffen auf der Hardthöhe statt. Staatssekretär Ablaß wurde von seinem „alter ego" Gerd-Albrecht Engelmann, Leiter des Personalamtes des Abrüstungsministeriums, und einigen Offiziere der Nationalen Volksarmee begleitet, an deren Hosen mich die roten Generalsstreifen störten. Auf unserer Seite haben Generalleutnant Dieter Clauß, der damalige Personalabteilungsleiter, Ministerialdirigent Friedhelm Krüger-Sprengel, Vertreter der Rechtsabteilung und der Leiter meines Büros, Oberst Walter Rasimowitz, teilgenommen. Ich habe die Bundeswehr, Staatssekretär Ablaß die NVA vorgestellt, wobei unser Bild des „Bürgers in Uniform" vor allem bei den NVA-Offizieren auf Unglauben stieß. Sie meinten wohl, dass preußischer Drill und preußische Zucht unabdingbar seien und einen Bürger in Uniform ausschlössen. Ablaß lud mich zu einem Gegenbesuch ein, der in Strausberg stattfand. Wir haben dort weitere Termine für unseren Meinungsaustausch vereinbart.

Am 7. August 1990 fand auf meinen Wunsch eine solche Zusammenkunft in meiner Heimatstadt Erfurt statt. Es war für mich ein eigenartiges Gefühl, nach 43 Jahren – meine Eltern und ich hatten Erfurt 1947 auf Druck der Kommunisten verlassen müssen – praktisch wieder „zu Hause" zu sein. Erfurt war immer noch eine schöne Stadt, trotz aller Zerfallserscheinungen. Da waren noch mein Elternhaus und die Geschäfte, die mein Vater in Erfurt besessen hatte. Trotzdem war alles eigenartig fremd. Am Nachmittag dieses Tages flogen wir nach Suhl – eine kleine Stadt in Südthüringen –, in der ich in die Schule gegangen war. Der Oberbürgermeister Martin Kummer hat liebenswürdigerweise von diesem Besuch zahlreiche Fotos machen lassen. Ich, in dieser Stadt, umringt von Offizieren der NVA, wer hätte sich dies träumen lassen.

Während des Besuches wurde ich zum Telefon gerufen. Der DDR-Minister für Abrüstung und Verteidigung ließ fragen, ob ich nicht bei dem Rückflug eine Unterbrechung in Strausberg machen und mit ihm reden könnte. Selbstverständlich habe ich zugesagt. Zur damaligen Zeit hatte sich auf DDR-Seite die Vorstellung gebildet, dass noch einige Zeit zwei Armeen in Deutschland bestehen bleiben müssten. Ich habe dem widersprochen und Minister Eppelmann gesagt, dass wir alles daran setzen würden, dass es in Zukunft nur noch eine Armee, das sei die Bundeswehr, eine Fahne, dies sei die der Bundesrepublik Deutschland, und einen Verteidigungsminister, dies sei Stoltenberg, geben würde. Eppelmann war von dieser Aussage überrascht und sagte mir, dass so noch niemand mit ihm gesprochen hätte. Ich habe ihm darauf erwidert, dass dies meine Auffassung sei und ich als Staatssekretär auf der Hardthöhe alles tun würde, um dies zu verwirklichen. Minister Eppelmann hat mir dies nicht übel genommen. Zwischen ihm und Ablaß einerseits sowie mir andererseits entwickelte sich ein gutes und vertrauensvolles Verhältnis. Dies war nicht nur ein Gebot der Klugheit, mir kam dabei auch meine Herkunft aus Mitteldeutschland zugute.

Ich habe mich bemüht, in den Verhandlungen mit dem Ministerium für Abrüstung und Verteidigung der DDR jeden Eindruck zu vermeiden, der mit dem Begriff „über den Tisch ziehen" verbunden ist. Dies bedeutete nicht, dass ich mein Minister Eppelmann geschildertes Ziel je aus den Augen verloren habe. So wurden von mir auch die Verhandlungen über den Einigungsvertrag, soweit ich zuständig war, vor allem in den Bereichen Personal, Recht und Soziales, geführt. Viel Zeit hatten wir nicht. Unter Federführung des Bundesministeriums des Innern waren die Verhandlungsdelegationen im Haus der Ministerien in Ost-Berlin zusammengetroffen. Jedes Ressort verhandelte seinen Teil des Einigungsvertrages. An den Abenden wurden an einem großen Tisch die Ergebnisse ausgetauscht und vom Bundesministerium des Innern zusammengestellt.

Der in kurzer Zeit verfasste Einigungsvertrag war eine bürokratische Meisterleistung. Für das Bundesministerium der Verteidigung ging es vor allem darum, 107 000 Angehörige der NVA in die Bundeswehr zu überführen. Wieder setzten wir uns auf der Hardthöhe im Sitzungssaal „Alter Fritz" zusammen, um unsere Taktik zu überlegen. Dies bedeutete einmal die Festlegung unserer Auffassung gegenüber den anderen Bundesministerien, zum anderen deren Durchsetzung gegenüber den Vertretern der NVA. Nach eingehenden Überlegungen und Gesprächen kam ich zu dem Ergebnis, dass wir im Einigungsvertrag die Soldaten der NVA nicht anders behandeln sollten als die anderen Angehörigen des „öffentlichen Dienstes" der DDR. Dies hatte den Vorteil, dass die Soldaten weder bevorzugt noch benachteiligt wurden, ein Gedanke, für den ich vor allem Minister Eppelmann und Staatssekretär Ablaß gewinnen konnte. Mein Kollege aus dem Bundesministerium des Innern, Staatssekretär Franz Kroppenstedt, war von diesem Vorschlag zunächst nicht angetan. Er konnte jedoch nicht widerlegen, dass auch in der Bundesrepublik Deutschland die Soldaten Angehörige des öffentlichen Dienstes sind und daher mein Vorschlag nur konsequent war. So stimmte er schließlich zu, und eine entsprechende Regelung wurde in Artikel 20 des Einigungsvertrages aufgenommen.

Die NVA-Soldaten sollten behandelt werden wie »die anderen Angehörigen des ›öffentlichen Dienstes‹ der DDR«

Im Einzelnen bedeutete dies folgendes: Die Soldaten der NVA wurden Soldaten der Bundeswehr. Das Dienstverhältnis ruhte für die Soldaten auf Zeit oder Berufssoldaten der ehemaligen NVA für die Dauer von grundsätzlich sechs Monaten. Wurde der genannte Personenkreis nicht innerhalb der sechs Monate weiterverwendet, endete das Dienstverhältnis. Für das Personal, welches endgültig übernommen werden sollte, wurde eine Probezeit vereinbart. Auf der Hardthöhe war entschieden wurden, dass die letzte Gruppe etwa 35 000 Mann umfassen konnte. Für den übrigen öffentlichen Dienst der DDR hatte das Bundesministerium des Innern eine Probezeit von drei Jahren vorgesehen. Dies passte für die Soldaten nicht. Wir haben daher entschieden, alle Soldaten der NVA, die wir übernehmen wollten, zunächst zu Soldaten auf Zeit für zwei Jahre zu machen. Ein weiterer großer Komplex waren Besoldung und Heilfürsorge sowie Versorgungsbezüge und Berufsförderung. Auch hier erfolgte eine Anpassung an den übrigen öffentlichen Dienst, soweit es ging.

Nachdem diese Vorgaben festgelegt waren, bewährte sich wieder einmal die Hardthöhe. Vor allem die Ministerialdirektoren Hans-Joachim Hildebrandt, Abteilung Verwaltung und Recht, und Wenz von der Abteilung Soziales haben in kürzester Zeit Gesetzesformulierungen vorgelegt, die nach Absprache mit den Kollegen aus dem Bundesministerium des Innern in den Einigungsvertrag eingebracht wurden. Die Details sind in den „Besonderen Bestimmungen für Rechtsverhältnisse der Soldaten der ehemaligen Nationalen Volksarmee" vom 23. September 1990 nachzulesen. Diese Formulierungen haben der rechtlichen Prüfung standgehalten und es ermöglicht, die NVA abzuwickeln. Alle anderen Entscheidungen erfolgten auf dieser Rechtsgrundlage. Der Einigungsvertrag wurde am 31. August 1990 von Bundesminister Wolfgang Schäuble und dem DDR-Unterhändler, Staatssekretär Günther Krause, unterzeichnet und am 20. beziehungsweise 21. September 1990 vom Deutschen Bundestag und der Volkskammer verabschiedet.

Die Schlacht war geschlagen. Alles, was danach kam, war schwierig, stellte jedoch nur noch die Ausführung und Ausfüllung des Einigungsvertrages dar. So wurde von der Leitung der Hardthöhe beschlossen, das Bundeswehrkommando Ost und den Wehrbereich VII sowie eine Außenstelle des Bundesministeriums der Verteidigung in Strausberg zu gründen. Es wurden Kommissionen eingesetzt, welche innerhalb von zwei Jahren die ehemaligen Soldaten der NVA überprüften, die wir zu Soldaten auf Zeit gemacht hatten und die wir übernehmen wollten. Einer dieser Kommissionen gehörte meine Kollegin, die Parlamentarische Staatssekretärin Hürland-Büning, an.

Am 3. Oktober 1990 erfolgte der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes. Ferner erfolgte die Übernahme des Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung in das Bundesministerium der Verteidigung durch die Minister Stoltenberg und Eppelmann. Ich erfüllte mir einen Herzenswunsch: Mein Fahrer, der treue Freddy Wefers, fuhr mich mit meinen Dienstwagen durch das Brandenburger Tor. Zurück auf der Hardthöhe habe ich zu einer kurzen Feierstunde gebeten. Wir haben „Nun danket alle Gott" gesungen. Aus den Augen meiner Sekretärinnen, Frau Bordes und Frau Schlösser, kullerten ein paar Tränchen. Wir hatten unseren Auftrag erfüllt.

In manchem eine Art frühe EU

Vor 200 Jahren gründeten Preußens, Österreichs und Russlands Herrscher die Heilige Allianz

Der russische Zar Alexander I. hat sie initiiert; der österreichische Staatskanzler Clemens von Metternich hat sie instrumentalisiert; und Preußens König Friedrich Wilhelm III. gehörte zu ihren Gründungsmitgliedern: die Heilige Allianz.

Die am 26. September 1815 gegründete Heilige Allianz mutet in vielerlei Beziehung hoch modern an, erinnert sie doch an die Europäische Union. Wie die Europäischen Gemeinschaften (EG) sah sie sich als christlich-abendländische Wertegemeinschaft. Auch sie wurde von Staaten mit einem vergleichbaren Regierungssystem gegründet und wie die EU bei ihren Sanktionen gegen das schwarzblau regierte Österreich oder ihren Sticheleien gegen das Italien Silvio Berlusconis oder das Ungarn Viktor Orbáns nahmen auch die Mitglieder der Heiligen Allianz das Recht, wenn nicht gar die Pflicht

Mangelnder Intellekt oder teuflische Heuchelei?

für sich in Anspruch zu intervenieren, wenn das ihnen gemeinsame Herrschaftssystem in einem der Mitgliedstaaten gefährdet schien. Dieses gemeinsame Herrschaftssystem war bei der Heiligen Allianz die Monarchie, bei deren Gründungsmitgliedern die absolute Monarchie. In der EG hingegen war die vorherrschende Ideologie der Gründungsmitglieder die Christdemokratie.

Ihren moralischen Rigorismus verteidigte wie die EU auch die Heilige Allianz mit dem Selbstverständnis als Reaktion auf den gerade niedergeworfenen und überwundenen vermeintlichen Antichristen. Seit den Weltkriegen wird in dieser Rolle Adolf Hitler gesehen, nach den napoleonischen Kriegen hatte sie Napoleon. Im ideologischen Überbau der Heiligen Allianz wurde – was unter dem Eindruck der gerade beendeten napoleonischen Kriege nachvollziehbar ist – Krieg mit Napoleon gleichgesetzt. Bonaparte wiederum wurde als Kind der Revolution interpretiert und die Revolutionen jener Zeit wie der Fortschritt überhaupt wurden maßgeblich von der nationalliberalen Bewegung mit ihrem Streben nach einem Nationalstaat getragen. Diesem Denkmuster folgend wurden, angeblich um des Friedens willen, Revolutionen und die sie tragenden nationalliberalen Bewegung systematisch bekämpft. Als die „Reaktion“ des „Vormärz“ hat dieser Kampf Eingang in die Geschichtsbücher gefunden.

Oberflächliche Zeitgenossen mag der Begriff „nationalliberal“ irritieren, gilt doch der Nationalismus heutzutage gemeinhin als schlecht und rechts, hingegen der Liberalismus (mit Ausnahme des Wirtschaftsliberalismus) als links und gut. Allerdings ist der Nationalismus im ursprünglichen Sinne des Strebens nach einer nationalstaatlichen Ordnung wie der Liberalismus zutiefst demokratisch. Denn es kennzeichnet ja gerade die Ära vor der Aufklärung und den Nationalstaaten, dass die Herrschenden die Grenzen zogen und die Beherrschten gefälligst dem Staat zu dienen hatten, in dessen Grenzen sie lebten. Demgegenüber ist es eine demokratische Errungenschaft, wenn sich nicht die Identitäten der Untertanen den Staatsgrenzen anzupassen haben, sondern umgekehrt die Staatsgrenzen den Grenzen der Identitätsgemeinschaften, sprich der Nationen, angepasst werden.



Bild: Archiv

Sakrale Überhöhung: Allegorie auf die Gründung der Allianz von Heinrich Olivier

Nichtsdestotrotz werden in der EU wie weiland in der Heiligen Allianz nationale Bewegungen als friedensgefährdend bekämpft. Dahinter steckt die zu derjenigen der Heiligen Allianz analoge Argumentation, dass der Nationalismus vor allem für den Ersten der beiden Weltkriege verantwortlich gewesen sei und deshalb die Unterdrückung des Nationalismus ein Dienst am Frieden sei.

Ähnlichkeiten mit der EU gibt es auch hinsichtlich der Ausbreitung der Heiligen Allianz. Ihr Territorium erstreckte sich schließlich auf den größten Teil des europäischen Kontinents. Die Briten mit dem ihnen unterstellten „common sense“ (gesunden Menschenverstand) standen dem sakral überhöhten Projekt mit einer gesunden Portion Skepsis gegenüber. Und ein Teil Deutschlands gehörte zu den Gründungsmitgliedern. Im Falle der Heiligen Allianz gründeten Preußen, Österreich und Russland beziehungsweise deren Herrscher die europäische Wertegemeinschaft. Und das ist sicherlich der größte Unterschied zwischen der EU und der Heiligen Allianz: Nicht nur, dass die östliche Großmacht Gründungsmitglied der Allianz war, von ihrem Herrscher Zar Alexander I. stammte sogar die Initiative. Für die völlige Abgehobenheit von der Realität, mit der Alexander die nicht umsonst als „heilig“ bezeichnete Allianz sakral überhöhte, hat die Wissenschaft zwei Erklärungsansätze, die hier mit den Worten des Historikers Philipp Menger wiedergegeben seien: „Immer wieder werden Alexander entweder intellektuelle Fähigkeiten abgesprochen oder aber geradezu teuflische Fähigkeiten zugesprochen, dank derer er es geschickt verstanden habe, sich durch die Hintertür das zu holen, was ihm beim Läuten an der Haustür versagt geblieben sei: die Vorherrschaft in Europa.“ Das ist ja auch die Frage, die man sich bei vielen EU-Apologeten stellt: Glauben sie mangels intellektueller Fähigkeiten wirklich an das, was sie der Öffentlichkeit propagieren, oder aber handelt es sich bei ihnen um teuflische Heuchler?

Ohne damit suggerieren zu wollen, dass es auch auf diesem Gebiete Parallelen zur EU gebe, ist doch ein Blick auf das Ende der Heiligen Allianz lehrreich. Längerfristig gelang es der Allianz weder, die Herrschaftssysteme in den Mitgliedstaaten noch den europäischen Frieden zu sichern. 1848 schied Frankreich als erste europäische Großmacht aus dem Kreis der Monarchien aus. Ab 1853 standen sich im Krimkrieg erstmals seit den napoleonischen Kriegen wieder kontinentaleuropäische Großmächte feindlich gegenüber. 1866 kämpften mit Preußen und Österreich sogar zwei Gründungsmitglieder der Heiligen Allianz gegeneinander.

Im Ersten Weltkrieg brach dann spätestens alles auseinander. Fast ganz Europa einschließlich aller seiner Großmächte bekriegte sich, und in keinem der drei Gründungsmitglieder überlebten die Monarchie als Regierungsform und das Gottesgnadentum als dessen Legitimation. *Manuel Ruoff*

Ein trefflicher Taktiker und tapferer Soldat

Vor 300 Jahren wurde August Wilhelm von Braunschweig-Wolfenbüttel-Bevern geboren

August Wilhelm von Braunschweig-Wolfenbüttel-Bevern, der am 10. Oktober 1715 geboren wurde, war der älteste Sohn von Herzog Ernst-Ferdinand, dem Stifter der jüngeren welfischen Linie Braunschweig-Bevern, der im Heer des ersten preußischen Königs Friedrich I. bis zum Generalmajor aufgestiegen war. Wie der Vater machte auch der Sohn in preußischen Diensten Karriere, obwohl Friedrich der Große sich teilweise zu deutlichem Tadel veranlasst sah. So schrieb der König 1764 in seiner „Geschichte des Siebenjährigen Krieges“: Herzog August Wilhelm sei zwar „ein trefflicher Mensch“ und „unterrichteter Officier von seltener Bravour“, aber zum Feldherrn fehle ihm offenkundig die nötige „Selbständigkeit des Geistes und die Kraft des Willens“.

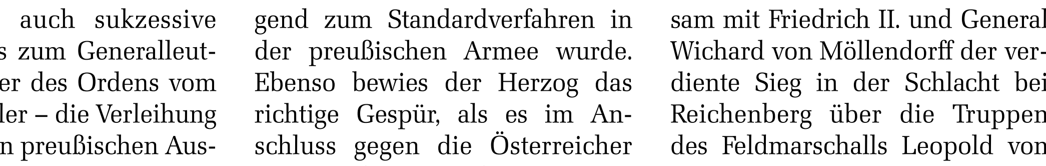
Bild: Archiv

August Wilhelm

Dieses Urteil resultierte aus den Fehlleistungen des Braunschweigers während dessen Zeit als Oberbefehlshaber in Schlesien. Durch zu zögerlich eingeleitete Gegenmaßnahmen hatte er dem kaiserlichen Heer unter Prinz Karl von Lothringen die Möglichkeit geboten, in strategisch günstige Positionen vorzurücken, woraufhin die Preußen am 22. November 1757 die Schlacht von Breslau verloren. Dabei geriet der Herzog am Folgetag auch noch während eines unüberlegt ausgeführten Erkundungsritts in Gefangenschaft.

Dem gegenüber stehen zahlreiche Beweise von August Wilhelms Tapferkeit und militärischem Geschick. So zeichnete er sich bereits im Polnischen Thronfolgekrieg (1733–1738) sowie dem Ersten (1740–1742) und Zweiten Schlesischen Krieg (1744/45) aus. Deshalb avancierte er auch sukzessive vom Major bis zum Generalleutnant und Träger des Ordens vom Schwarzen Adler – die Verleihung dieser höchsten preußischen Auszeichnung überhaupt erfolgte am 17. Mai 1750.

Zu Beginn des Siebenjährigen Krieges (1756–1763) agierte Herzog August Wilhelm zunächst bemerkenswert erfolgreich. So gelang es ihm, in den Kämpfen um Lobositz am 1. Oktober 1756 trotz Munitionsmangels den Sieg mittels eines gewagten Bajonettangriffs zu erzwingen. Dem folgte am 21. April 1757 der nächste Triumph über die Österreicher unter General Christian Moritz von Königsegg-Rothenfels. Danach zog er gemeinsam mit seinem König in die Schlacht von Prag, die am 6. Mai gleichfalls zugunsten Preußens ausging. Dabei kam eine von ihm entwickelte gänzlich neue Methode der Zusammenstellung von Marschkolonnen zur Anwendung, die sich derart bewährte, dass sie nachfolgend zum Standardverfahren in der preußischen Armee wurde. Ebenso bewies der Herzog das richtige Gespür, als es im Anschluss gegen die Österreicher ging, die bei Kuttenberg standen, denn er verzichtete auf einen Angriff. Friedrich der Große, der daraufhin am 18. Juni 1757 seinerseits zur Attacke blasen ließ, verlor die sich hieraus entwickelnde Schlacht von Kolin.



Sein König schätzte den »trefflichen Menschen«, aber vermisste »Selbständigkeit des Geistes« und »Kraft des Willens«

Letztendlich war es also wohl eine Fehlentscheidung des Königs, dem glänzenden Taktiker August Wilhelm ein Kommando zu übertragen, das andere Qualitäten erforderte, als dieser besaß. Deshalb fiel der Braunschweiger auch nicht in Ungnade, sondern wurde 1759 nach seiner Entlassung aus der Gefangenschaft noch zum General der Infanterie befördert. Und als solcher gelang ihm dann am 16. August 1762 gemeinsam mit Friedrich II. und General Wichard von Möllendorff der verdiente Sieg in der Schlacht bei Reichenberg über die Truppen des Feldmarschalls Leopold von Daun.

Nach dem Frieden von Hubertusburg vom Februar 1763 machte der König August Wilhelm zum Gouverneur von Stettin – eine Position, die er bereits von 1747 bis 1756 sowie 1759 bis 1762 innegehabt hatte und in der er sich offenbar äußerst wohl fühlte. Jedenfalls berichteten Zeitzeugen das. Dabei hoben sie besonders hervor, dass der ledige und kinderlose Braunschweiger den Amtssitz des Gouverneurs in eine Menagerie verwandelte, in der Wildschweine, Rehe, Hirsche, Jungbären, Kraniche, Affen und Hunde durcheinander wimmelten. Die Letzteren durften dabei sogar im Bett des Herzogs nächtigen.

August Wilhelm von Braunschweig-Wolfenbüttel-Bevern starb am 2. August 1781 in Stettin. *Wolfgang Kaufmann*

Neues Bild der Beziehungen

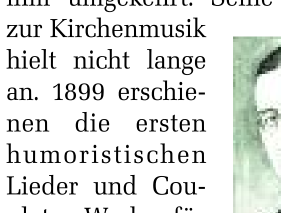
Bislang war die litauische Geschichtsschreibung über die Beziehungen des eigenen Landes zum Deutschen Orden von einer nationalistischen Sichtweise geprägt. Demnach war jeder Kontakt zwischen beiden Seiten stets von massiven Auseinandersetzungen geprägt gewesen, und Litauen habe sich selbst und nicht selten sogar seine baltischen Nachbarn gegen eine „deutsche Expansion“ verteidigt. Einen fundamentalen Ausbruch aus dieser überkommenen Einseitigkeit litauischer Geschichtsbetrachtungen unternimmt immer wieder der noch junge Dekan der Geschichtswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Wilna, Rimvydas Petrauskas.

Auf dem 68. Baltischen Historikertreffen in Berlin legte er nachdrücklich dar, dass das litauische Königtum Mindaugas' im 13. Jahrhundert seine Strukturen denen des Livländischen Ordens, des strukturell eigenständigen Teils des Deutschen Ordens im Baltikum, entlehnt hatte. Mindaugas gilt als Staatsgründer Litauens, der Jahrestag seiner Krönung ist in Litauen bis heute Nationalfeiertag. Petrauskas unterstrich zudem die fundamentale Bedeutung, welche die Übernahme deutscher ritterlicher Sitten vom Deutschen Orden sowie die dynastischen und freundschaftlichen Verbindungen zu ihm für das Großfürstentum Litauen während des 14. und 15. Jahrhunderts gehabt haben. Dabei stellte er das enge persönliche Verhältnis zwischen dem Großfürsten Vytautas und dem Hochmeister Konrad von Jungingen heraus.

Angesichts dieser quellengesättigten und sachlich überzeugenden Geschichtsneuschreibung durch den führenden litauischen Mittelalterhistoriker der Gegenwart erscheint es möglich, dass sich das lange als feindselig dargestellte tradierte Bild der älteren deutsch-litauischen Geschichte in der litauischen Öffentlichkeit und Wissenschaft grundlegend revidieren lässt. *Thomas Wyrwoll*

Begründer einer Musikerdynastie

Im Gegensatz zu seinem Sohn Willi und seinem Enkel René musste Walter Kollo sich mit seinem Wunsch, Musik zu seinem Beruf zu machen, erst durchsetzen. Der am 28. Januar 1878 in Neidenburg geborene Kaufmannssohn sollte den Beruf des Vaters ergreifen. Doch mit Unterstützung seiner Mutter konnte er der kaufmännischen Lehre ein Musikstudium in Sondershausen und Königsberg folgen lassen. Während sein Enkel René von der Unterhaltungs- zur ernsten Musik fand, war es bei ihm umgekehrt. Seine Neigung zur Kirchenmusik hielt nicht lange an. 1899 erschienen die ersten humoristischen Lieder und Couplets. Werke für die Bühne schrieb er ab 1908. Zwei Jahre später hatte er mit der gemeinsam mit Willy Bredschneider komponierten Posse „Große Rosinen“ seinen ersten großen Erfolg. Dem wandelnden Musikgeschmack folgend, wandte er sich ab 1916 verstärkt der Operette und dem Lustspiel zu.



Doch auch als Musikschaffender bewies Kollo kaufmännisches Gespür. So gehörte er zu den Gründern der Genossenschaft zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte GEMA und deren erstem Aufsichtsrat an. Er starb am 30. September 1940 in Berlin. *M.R.*

Hoffen auf eine Wende in der Flüchtlingspolitik

Zu: Kommt zur Besinnung! (Nr. 37)

Nationaler Egoismus ist etwas schützend Positives und hat etwas mit dem Selbstbehauptungswillen und der selbstbewussten Souveränität eines Volkes zu tun. Ein Volk oder eine Nation ohne Selbstbehauptungswillen ist wie ein loses Laubblatt im Wind der Geschichte.

Die Gutmenschen sind die schlimmste Heimsuchung für die Deutschen der Nachkriegsära. Sie leiden an einem Helfersyndrom und beten eilfertig ausgegebene politische Parolen nach, ohne darüber nachzusinnen, ob sie damit Schaden anrichten. Ihre Weltsicht ist stark eingeschränkt und selbsterkenntnisfeindlich. Den notorisch moralisierenden Menschenrechtlern sei klar gesagt: Völkerrecht und das Gemeinwohl gehen vor Menschenrecht.

Die derzeitigen politischen Tagesereignisse rächen jetzt eines: die Unterschriften unter teuflische Verträge wie Maastricht und Schengen, womit das Unheil seinen Lauf nahm. Das Aussetzen des Asylrechts auf unbestimmte Zeit und das Abriegeln unserer nationalen Grenzen wären das politische Gebot der Stunde. In einer Regierungserklärung von 1973 heißt es: „Es ist aber notwendig geworden, dass wir sehr sorgsam überlegen, wo die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft erschöpft ist und wo soziale Vernunft und Verantwortung Halt gebieten.“ Im Jahr 1981 hieß es vom damaligen Ausländerbeauftragten Heinz Kühn (SPD): „Unsere Möglichkeiten, Ausländer aufzunehmen, sind erschöpft.“ Helmut Schmidt meinte 1981: „Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.“ Helmut Kohl stellte während seiner Amtszeit als Bundeskanzler fest, dass er mehr Ausländer den Deutschen nicht zumuten könne. All das blieb leeres Gerede: Die Weimarer Republik lässt grüßen!

Deutschland ist bekanntlich eines der am dichtesten besiedelten Nationen Europas. Die jetzt propagierte Phrase, Deutschland sei auf Einwanderer und „Flüchtlinge“ angewiesen, ist blanker Zynismus gegenüber dem deutschen Staatsvolk und bleibt eine kuriose Ausrede für das politische Untätigbleiben. Wer der ungebremsten Überflutung mit Asylsuchenden und ständigen Grenzverletzungen das Wort redet, ist ein Wegbereiter des Bürgerkrieges auf deutschem Boden. Was bitteschön sollen wir Deutsche mit Millionen Kulturfremden aus rückständigen Verhältnissen zumeist aus dem islamischen Kulturraum? Eine Islamisierung findet immer noch nicht statt, Frau Merkel und die Herren Gabriel und Gauck? Die Frage bleibt: Wann leiten die Deutschen die nächste Wende ein? Hoffentlich schon übermorgen.

Edgar Lössmann, Kiel

»Die sind klauen«

Zu: Die Saat der Lüge (Nr. 31)

Ich sprach mit einem mir bekannten Händler-Ehepaar auf dem Flohmarkt. „Wir hören auf! Es wird zu anstrengend und zu sinnlos. Hier geht es ja. Aber anderswo? Massen von Ausländern! Es wird zu anstrengend, auf die Auslagen zu achten: Es wird derart viel gestohlen. Die Verluste durch Diebstahl sind zu hoch. Neulich fielen zwei kleine unbegleitete Zigeunerkinder auf. Auf die Frage, wo denn die Eltern seien, die Antwort: ‚Die sind klauen.‘“

Gudrun Schlüter, Münster

Gut hingehört

Zu: Kritik soll erstickt werden (Nr. 35)

Der Bundesinnenminister Thomas de Maizière beklagte „das Maß und die Art der Verrohung unserer Sprache“ im Zusammenhang mit der Asylfrage in Deutschland. Gut, dass er einmal hingehört hat! Denn es kann doch nicht sein, dass Ministerkollegen und Politiker das Volk als „Mischpoken“, „Pack“ oder „Mob“ bezeichnen, nur weil es mal anderer Meinung ist!

Robert Böhm, Leipzig

Von einer 15-Prozent-Minderheit terrorisiert?

Zu: Der Bürger als Feind (Nr. 36)

Wir hatten gerade kirchliche Wahl. Zwei letztlich ausgewählte Kandidaten stellten sich mit einer Rede vor. Der eine schloss seine Vorstellung mit der aktuellen Besorgnis, dass das „Flüchtlings“-Problem gerade die Kirche erreiche. Die Politik ist am Ende. Nunmehr seien alle Kräfte gefordert.

In der Ansprache gab jemand zu bedenken, dass sich die Kirche antizyklisch zu verhalten habe, nämlich bei matter Trägheit aufzurütteln und in Zeiten hasserfüllter Auseinandersetzungen zu mäßigen. Es sei nicht Aufgabe der Kirche, jetzt auf der Seite einer Partei zu stehen und Öl ins Feuer zu gießen. Sonst werde die andere Seite wohl – wie seit Jahren geschehen – mit den Füßen abstimmen. Ohne ein einziges konkretes Wort wurde der andere Kandidat mit 31 gegen sechs Stimmen gewählt. Werden wir nun durch eine von den – fast scheint es gleichgeschalteten – Medien auf 15 Prozent hochgebrachte Minderheit terrorisiert?

Dr. Sven von Erichsen, Lebusa

Asylrecht sollte erneuert werden

Zu: Kommt zur Besinnung! (Nr. 37)

Mit der Aussage, „das Grundrecht auf Asyl kennt keine Obergrenze“, lehnt es die Bundeskanzlerin ab, die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland zu begrenzen. Nun wurde das Asylrecht 1949 auf der Basis der damals aktuellen Situation in das Grundgesetz hineingeschrieben, aber in der Zwischenzeit aufgrund sich ständig verändernder Lebenslagen und EU-Vorgaben mehrfach neu gefasst. Es ist also nicht in Stein gemeißelt wie die Gesetzestafeln des Moses. Auch das Grundgesetz unterlag seit seinem Inkrafttreten 1949 mehrfach, nämlich 13 Mal, formalen und inhaltlichen Änderungen. Es wurde jeweils an die sich veränderten Gegebenheiten angepasst.

Mit der vielfach in der Öffentlichkeit so bezeichneten „Völkerwanderung“ dieser Tage ergibt sich wieder eine total andersartige Situation, als es diejenige war, aufgrund der man seinerzeit das Asylrecht formulierte. Aufgrund dieser Entwicklung ist unser Asylrecht überholt und bedarf dringend einer Erneuerung. Und es ist leider nicht damit zu rechnen, dass der Menschenstrom sich auch nur mittelfristig verringern wird.

Nach seriösen Schätzungen leben gegenwärtig über 60 Millionen Menschen in Ländern mit Bürgerkrieg, Unterdrückung und Verfolgung, sei es staatlicherseits oder vonseiten terroristischer „Nichtregierungsorganisationen“. Alle diese Menschen erfahren von der unbegrenzten Aufnahmebereitschaft Deutschlands, und viele von ihnen werden sich über kurz oder lang auf den Weg ins gelobte Land machen. Auf nach Deutschland, heißt jetzt die Devise. Infolge starken Bevölkerungswachstums in diesen Ländern wird der Nachschub an Abwandernden nicht nachlassen.

Auf gemeinschaftliche Maßnahmen der Europäischen Union zu hoffen, ist jedoch völlig illusorisch. Alle EU-Beschlüsse werden derzeit von den Mitgliedstaaten gebrochen. Jedes Land orientiert sich an den eigenen nationalen Interessen. Und Deutschland? Man hört hier nur laute Sprüche und sieht ein lemminghaftes Festhalten am einmal eingeschlagenen Weg. Deswegen erhebt sich allenthalben Kritik an der unbedachten Äußerung der Bundeskanzlerin.

Dieter Dziobaka, Hamburg

Asylbegriff neu definieren

Zu: Kommt zur Besinnung! (Nr. 37)

Der beschwörende Verweis deutscher Politiker auf das Asylrecht und seine Unveränderbarkeit ist eine vorsätzliche Irreführung der Staatsbürger. Artikel 16a des Grundgesetzes gewährt dem politisch Verfolgten Asyl, wobei nach Artikel 1a Nr. 2 der Genfer Flüchtlingskonvention als verfolgt gilt, wer wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder sozialen Zugehörigkeit an Leib und Leben gefährdet ist oder dies „begründet befürchtet“.

Berücksichtigt man diesen sehr umfangreichen Katalog und allein die zur Zeit bestehenden Konfliktherde im Jemen, in Mali, Libyen, Ägypten, Afghanistan, Irak und Syrien, so wären schon hier über 120 Millionen Personen in Deutschland asylberechtigt. Rechnet man Saudi-Arabien allein wegen seiner Frauenbenachteiligung anteilig hinzu, wären es weitere acht Millionen. Und denkt man an China, dem westliche Politiker immer wieder beharrlich Menschenrechtsverletzungen vorwerfen, kämen schnell weitere 1,3 Milliarden Menschen hinzu.

Dies ist keine realitätsferne Theorie, sondern angesichts der weltweit entwickelten Mobilität durchaus eine realistische Ausgangsbetrachtung. Mit anderen Worten: Der inzwischen hohl gewordene Asylbegriff ist politisch verantwortlich nicht mehr anwendbar und muss national und international neu definiert werden. Von entsprechenden Initiativen der Bundesregierung hört man jedoch nichts.

Braucht Deutschland überhaupt, „Asylbewerber“? Da wir über Fließband und Automation inzwischen bei der Güteklasse Industrie 4.0 (Digitalisierung) angelangt sind, wird Fachwissen und -können verlangt. Wer über diese Fähigkeiten verfügt, kann sich zum Beispiel bei VW oder Siemens auch von Syrien oder einem Auffanglager in Italien oder Griechenland aus bewerben.

Ungebetene Zuwanderer aber, die auf Fotos nur schwer als „Ärzte und Ingenieure“ – wie behauptet – zu erkennen sind, gefährden unser Sozialniveau, das sie befähigt, Entwicklungshilfe vor Ort zu leisten. Hilfe ist nötig zugunsten eines ganzen Heimatlandes und nicht nur für diejenigen, die sich Schlepper leisten können.

Dr. Klaus J. Schneider-Haßloff, Berlin

Die heutige Willkommenskultur hätten sich 1945 auch die Vertriebenen gewünscht

Zu: Kommt zur Besinnung! (Nr. 37)

Vermutlich bringt kein anderes Blatt außer der *PAZ* kritische Überlegungen zur Asylantenflut. Ich schließe mich mit meinen Gedanken seinen Ausführungen an.

Die überschwängliche Begeisterung einiger Einwohner über die katastrophale Flüchtlingsflut wird in den Medien als generelle Geisteshaltung der Bevölkerung dargestellt. Eventuell abweichende Meinungen, die es ohne Zweifel gibt, werden unterdrückt. Eigene Gedanken, sofern diese nicht mit der diktierten Ansage übereinstimmen, gelten als fremdenfeindlich oder rassistisch.

Niemand wird behaupten, diese Millionen von Menschen verlassen ihre Heimat ohne Grund. Ob diese Gründe jedoch ausreichen, einen Status als Kriegsflüchtling oder Asylant zu erlangen, darf bei uns nicht einmal als Frage geäußert werden. Die Hilfsbereitschaft unseres Landes und einiger Einwohner ist eine ehrenwerte Sache. Um der wirklich hilfebedürftigen Personen willen hoffe ich sehr, dass diese Bereitschaft bestehen bleibt.

Die ursprüngliche Asylregelung war ganz anders gedacht, als sie sich heute darstellt. Sie ist eine der humansten und segensreichsten Regelungen der Nachkriegszeit. Die Grundlage für eine Völkerwanderung sollte sie nie sein. Wer aber vorhandene Schleusen unkontrolliert aufreißt, lässt das ganze Land, oder den gesamten Kontinent, ersaufen. In diesem Zustand befinden wir uns heute.

Es ist dringend nötig, sich Gedanken zu machen, wie mit dem jetzigen Notstand auf Dauer umzugehen ist. Das geschieht bisher gar nicht oder nur unzulänglich. Das ist unverantwortlich, und zwar in erster Linie gegenüber den Flüchtlingen. Ihnen wird vorgegaukelt, sie könnten die Wohltaten des Sozialstaates in unendlicher Form beanspruchen, und es gäbe dafür keine Beschränkung.

Unsere kopflose Regierung hat etwas in Gang gesetzt, was Bundesländer, Gemeinden und Städte bewältigen sollen, ohne darauf irgendeinen regulierenden Einfluss zu haben. Es ist Aufgabe der Behörden, das Chaos zu überwinden. Sie können sich dagegen nicht sträuben. Verständlich, wenn das über die Köpfe der einheimischen Bevölkerung hinweg geschieht. Die Missstimmung darüber ist unterschwellig. Nur die Flüchtlinge wagen es, die Ihrige offen zu äußern. Dazu werden sie offensichtlich angeleitet und aufgestachelt.

Ein wirkliches Problem sehe ich in der Untätigkeit, in der Flüchtlinge zu Hunderttausenden langzeitig verharren müssen. Das produziert Aggressionen und entspricht nicht den Absichten, mit denen viele dieser Menschen die Strapazen der Wanderung auf sich genommen haben. Wer für dieses Problem eine Lösung weiß, verdient höchste Anerkennung. Ich sehe dafür keinerlei Ansätze.

Wie gewöhnlich wird die Allgemeinheit damit alleingelassen.

Behörden und staatliche Stellen stehen zwangsläufig vor gewaltigen Schwierigkeiten, die jeden Tag größer werden. Die eigentlichen „Probleme“ aber zeigen sich bisher nur andeutungsweise, denn diese bringen die Einwanderer selbst mit. Diese Probleme breiten sich aus und werden noch viel gewaltiger. Ich erkenne nicht, wie das in der Zukunft adäquat zu beherrschen sein soll. Wer sein Land verlässt, bringt seine Vergangenheit mit: seine Sorgen, seine Erfahrungen, seine Einstellung, seine Religion, sein soziales Verhalten, seine Bildung, seine Erziehung, seine Krankheiten, seine Forderungen, seine Kriminalität. In der Menge der ordentlichen Menschen befindet sich immer ein Anteil von Außenseitern. Das gilt auch für Flüchtlinge.

Die Naivität bei uns ist anscheinend so groß, dass alles das ausgeblendet wird. Kriminell Veranlagte, ob religiöse oder andere, lassen sich diese Gelegenheit nicht entgehen, einen ganzen Kontinent unkontrolliert infiltrieren zu können. Es gibt genügend Hinweise in der Presse, die beweisen, dass es genau so läuft.

Wer nun versucht, Hintergründe zu erkennen, stellt bald fest: Das Chaos ist von der westlichen Welt selbst verursacht worden. Demokratie verbreiten, Freiheit bringen, Diktatoren verjagen oder umbringen, Bürgerkriege provozieren – alles das hat der Westen über Jahrzehnte praktiziert und sich dabei mit edlen Motiven getarnt. Auf diese Weise wurden den Millionen von Menschen in Nahost, Nordafrika und Afrika ins Elend gestürzt, heimatlos gemacht. Und eben dieser Westen spielt sich heute als der große Retter auf, und ein Ende der Misere ist nicht abzusehen.



16 Quadratmeter Deutschland: Flüchtlingsunterkunft anno 1945

Kriegsflüchtlinge, Asylanten, Armutswanderer, Sozialtouristen – es ist eine Mischung von allem, was heute über Europa hereinbricht. Die bedenkliche Tatsache dabei ist, der Nachschub aus den betroffenen Regionen ist unendlich. Und viel schlimmer noch: Die Lage dort ändert sich nicht, auch nachdem 100 oder 200 Millionen Menschen nach Europa ausgewandert sind. Die gigantische Flüchtlingswelle hat sich erst durch die internationalen Schlepperbanden so entwickelt. Laut Pressemeldungen wirft das mehr Profit ab als Rauschgifthandel!

Wer einen Rest von gesundem Menschenverstand besitzt, der weiß, es kann so nicht weitergehen. Diese Erkenntnis zu unterdrücken, ist sträflich und unverantwortlich, nicht nur gegenüber den Flüchtlingen, sondern auch gegenüber denjenigen, die sie bereitwillig aufnehmen sollen. Rassisten sind die Leute, die uns das eingebrockt haben.

Diese Überlegungen habe ich nicht selbst entwickelt. Das haben für mich bereits andere qualifizierte Journalisten und Soziologen getan. Interessierte Leser verweise ich auf „Das andere Jahrbuch“ von Gerhard Wisnewski („Verheimlicht, vertuscht, vergessen“) sowie auf „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin, ein Buch, das mit wissenschaftlicher Akribie zusammengestellt wurde und wahrscheinlich wegen seiner Wahrhaftigkeit verteufelt und geschmäht wird.

Abgesehen von periodisch abgehaltenen Wahlen ist von unserer Demokratie nicht mehr viel übrig. Wir leben im Meinungsterror der etablierten Politkaste und der gesteuerten Medien. Es schmerzt mich sehr, dieses nach 70 Jahren „friedlicher Existenz“ sagen zu müssen.

Im Krieg habe ich in Hamburg den jahrelangen Bombenterror überlebt, meine Frau überlebte 1945 bei Eis und Schnee die Flucht aus Westpreußen über Berlin nach Hamburg. Eine „Willkommenskultur“ ist ihr nicht begegnet, den anderen 14 Millionen deutschen Flüchtlingen ebenso wenig, es gab auch kein hysterisches „Begrüßungsgebrüll“. Meine Schwiegermutter hat als Witwe mit ihren vier Kindern von 1945 bis 1949 in einer primitiven Holzhütte von 16 Quadratmetern gelebt, ohne Wasser, ohne sanitäre Einrichtungen (siehe Foto).

Bescheidene Hilfen kamen nur von der evangelischen Kirchengemeinde, dem Arzt und einigen Nachbarn, bei denen übrigens von den Besatzungstruppen „überzähliges“ Mobiliar beschlagnahmt und aus der Wohnung geholt wurde. Eine damals übliche Praxis. Damit wurden die für viele Jahre ins Land geholten Familien der Besatzer ausgestattet, die in ebenfalls beschlagnahmten Häusern und Wohnungen in den wenigen vom Bombenterror verschonten Stadtvierteln untergebracht wurden. Soviel zu der seinerzeit deutschen Flüchtlingslage.

Mit diesen Erfahrungen nehmen wir uns das Recht, eigene Gedanken zur heutigen Flüchtlingssituation zu haben, die vielfach von der diktierten Meinung abweichen. Eine Regierung würdigen wir erst dann, wenn sie Aufruhr, Chaos, Krieg und Terror unterbindet und diese nicht anheizt.

Hans-Jürgen Bothmann, Hamburg

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 39 – 26. September 2015

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl – Osterode [Ostróda], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 16: Bergfriede [Samborowo], Baustelle; Thyrau [Tyrowo] – Osterode, Baustelle; Osterode – Martenshöh [Marciniaki], Baustelle; Podleiken [Podlejki] – Dietrichswalde [Gietrzwałd], Reparatur der Schutzplanken; Mertinsdorf [Marcinkowo], Randstrei-fenarbeiten; Nikolaiken [Miko-łajki], Renovierung der Fußgängerzonen; Kalinowen [Kalinowo] – Regionsgrenze, Baustelle. Straße Nr. 16c: Krämersdorf [Kromerowo] – Bischofsburg [Biskupiec], Renovierung der Brücke. Straße Nr. 51: Bartenstein [Bartoszyce], Renovierung der Fußgängerzonen; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Passenheim [Pasym], Randstreifenarbeiten. Straße Nr. 57: Gr. Schiemanen [Szymany], Baustelle. Straße Nr. 58: Sellwa [Selwa] – Dembenofen [Dąb], Baustelle; Gedwangen [Jedwabno] – Narthen [Narty], Baustelle; Sgonn [Zgon] – Eckertsdorf [Wojnowo], Baustelle; Gut Eichental [Kaliszki], Baustelle. Straße Nr. 59a: Aweyden [Nawiady] – Moythienen [Mojtyny], Reparatur der Schutzplanken. Straße Nr. 63: Angerburg [Węgorzewo], Baustelle; Gehsen [Jeze] – Staatsgrenze, Baustelle. Straße Nr. 65: Kowahlen [Kowale Oleckie] – Treuburg [Olecko] – Stradaunen [Straduny], Baustelle; Löbelshof [Chojniak] – Stradaunen [Straduny], Baustelle; Lyck [Ełk] – Prostken [Prostki], Baustelle. Straße Nr. 65c Umgehungsstraße von Treuburg [Olekko], Baustelle. *E.G.*

Zukanow überzeugt in der Provinz

Erste Gouverneurswahl seit 15 Jahren im Königsberger Gebiet – Wähler mit Geschenken geködert

Zum ersten Mal seit 15 Jahren haben im Königsberger Gebiet Gouverneurswahlen stattgefunden. Die letzte Wahl des Oberhaupts der Region erfolgte im Jahr 2000. Danach wurden die Gouverneure vom Präsidenten vorgeschlagen, die Regionalparlamente mussten nur noch zustimmen. Diese Regelung stieß auf herbe Kritik, sodass die Regierung sich gezwungen sah, zur alten Regelung zurückzukehren.


Bild: J.T.

Plakate prangen von fast allen Häusern: In Tilsit wurde der Wahlkampf aktiver als in Königsberg durchgeführt

Bislang hat kein einziges Oberhaupt der Königsberger Exklave es über eine Amtszeit hinaus gebracht. Das ist eine eher seltene Erscheinung, denn in den meisten Gebieten der Russischen Föderation bleiben die Gouverneure meist zwei oder drei Legislaturperioden im Amt. Der jüngste Wahlkampf war sehr ruhig verlaufen. Die Kandidaten übten wenig Kritik aneinander, und nur hin und wieder machten sie Wahlkampf für sich. Das Ergebnis schien so vorhersagbar, dass die Kandidaten sich erst gar keine große Mühe im Wahlkampf gaben.

Diese Müdigkeit der Kandidaten spiegelte sich in den Ergebnissen wider. Insgesamt erhielt der amtierende Gouverneur Nikolaj Zukanow über 70 Prozent der Stimmen, Igor Rewin (Kommunistische Partei) erreichte knapp über zehn Prozent, Alexander Starowojtow (Liberaldemokratische Partei) 7,74 Prozent, Pawel Fjodorow (Gerechtes Russland) 6,89 Prozent, Wladimir Wukolow (Rentnerpartei) 2,3 Prozent.

Den höchsten Anteil von „Proteststimmen“ gab es in Königsberg, wo der Kandidat der Kommunistischen Partei, Igor Rewin, zirka 20 Prozent der Stimmen erhielt. Bemerkenswert ist, dass Zukanow in den meisten Regionalstädten zwischen 70 und 90 Prozent der Stimmen erhielt, während es in der Gebietshauptstadt lediglich 50 Prozent waren. Damit ist der amtierende Gouverneur zugleich der einzige im Königsberger Gebiet, der für eine zweite Amtszeit antreten darf.

Gleichzeitig mit der Gouverneurswahl wurden die Bezirks- und Stadträte neu gewählt. Die Bewohner des Gebiets waren aufgerufen, 114 Abgeordnete in den verschiedenen Kreisen des Gebiets zu wählen. Der 13. September war darüber hinaus Wahltag in der ganzen Föderation. Im Unterschied zu Königsberg war in den Provinzstädten eine große Aktivität und Lebhaftigkeit zu spüren. Die Fenster der kommunalen und städtischen Einrichtungen waren mit Plakaten mit Zukanows Konterfei geschmückt. Besonderen Eifer hatte man in Tilsit an den Tag gelegt. Hier waren buchstäblich alle Fenster von Studentenwohnheimen und eine Reihe von lokalen Bildungseinrichtungen mit Plakaten verhängt. Schon wenn man in die Stadt hineinfuhr, konnte man den Eindruck gewinnen, dass hier ein aktiver Wahlkampf stattfindet. Kleine und große Plakate, Banner auf den Straßen und riesige Werbetafeln an Hauswänden: An jeder Ecke prangten glückliche Gesichter der Kandidaten. Die politische Werbung setzte sich in den öffentlichen Verkehrsmitteln fort, deren Außenflächen mit Plakaten beklebt waren.

Nur 40 Prozent Wahlbeteiligung

Das Ergebnis dieser Wahlkampforgie war eine überzeugende Mehrheit der Partei Einiges Russland, die nur in den Städten Heinrichswalde und dem Landkreis Saransk keine Mehrheit erlangen konnte. Angesichts der Vorhersagbarkeit des Wahlergebnisses war die Höhe der Wahlbeteiligung die einzige Unbekannte. Um Wähler zu mobilisieren, fanden in den Gemeinden Konzerte und Verlosungen statt. In den meisten Wahllokalen konnte man nicht nur wählen, sondern auch Lebensmittel zu ermäßigten Preisen einkaufen. Neben den Eingängen der Wahllokale waren Verkaufsstände aufgebaut worden. Ganz nebenbei konnten die Wähler ihre Vorräte an Nudeln, Buchweizen, Salz und Zucker auffüllen. Die Nachfrage danach war sehr groß, sodass die Schlangen an den Verkaufsständen länger waren als in den Wahllokalen.

Königsberger zwischen 18 und 30 Jahren, die zur Wahl gingen, erhielten Freikarten für ein Konzert, das am Wahlabend im Stadion „Baltica“ stattfand. Der sogenannte „Tanzmarathon“, an dem sich verschiedene Künstler beteiligten, begann schon vor Schließung der Wahllokale.

Die Wahlbeteiligung betrug in Königsberg zirka 30 Prozent und in einigen Regionen des Gebiets bis zu 70 Prozent. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung lag nur bei geringen 40 Prozent. Damit war die Wahlbeteiligung im nördlichen Ostpreußen wesentlich geringer als die in anderen Regionen der Russischen Föderation, wo an diesem Tag auch neue Gouverneure gewählt wurden. *J. Tschernyschew*

LO ehrt Tilsiter Oberbürgermeister

Ehrenzeichen für Nikolaj Woischtschew – Neue Pläne zur Zusammenarbeit

Auf dem diesjährigen Stadtfest wurde in zahlreichen Begegnungen zwischen Vertretern der Stadtgemeinschaft Tilsit und der russischen Stadtadministration die Erkenntnis bekräftigt, dass die Bewahrung der preußischen Vergangenheit und des kulturhistorischen Erbes der Stadt am Memelstrom nicht nur eine einseitige Aufgabe der einstigen Tilsiter darstellt, sondern ein gemeinsames Anliegen der alten und neuen Bewohner sei. Die Aufgeschlossenheit der Stadtoberen mit dem Oberbürgermeister Nikolaj Woischtschew an der Spitze hat zu beachtlichen Ergebnissen in der freundschaftlichen Zusammenarbeit geführt. Höhepunkte in der Besinnung auf die Vergangenheit sind die Wiedereinführung des alten Tilsiter Stadtwappens und der Stadtflagge, die Errichtung eines Gedenksteins, der an die Gründung der Stadt im Jahr 1552 durch Herzog Albrecht erinnert, die Wiedererrichtung des historischen Gerichtsbrunnens mit dem preußischen Adler, die Einrichtung einer altstädtischen Ecke mit deutschen Straßenschildern, einer Vorkriegsstraßenbahn und dem bronzenen Elchstandbild sowie kürzlich die Eröffnung der Geschichtsroute „Vom Tilsiter Frieden zur Konvention von Tauroggen“ mit der Wiedererrichtung des Königin-Luise-Denkmals.



Festveranstaltung im Tilsiter Theater: Hans Dzieran (l.) überreicht Nikolaj Woischtschew das Ehrenzeichen der LO Bild: privat

All dies hilft den Menschen, Vergangenheit zu spüren und Geschichte zu atmen. Es ist besonders die junge Generation, welche bereit ist, die geschichtliche Vergangenheit und das kulturelle Erbe der Stadt zu entdecken, zu begreifen, sich anzueignen und zu verinnerlichen. Die jungen Menschen haben keine Berührungsängste mit der Geschichte. Sie haben den geschichtsträchtigen Boden, auf dem sie leben, in seiner historischen Dimension erkannt und tun etwas, um das Erbe zu pflegen.

Der Oberbürgermeister, selbst erst Anfang 40, hat in seiner mehrjährigen Amtszeit diese Richtung vorgegeben und hat im vertraulichen Miteinander mit der Stadtgemeinschaft Tilsit beachtenswerte Ergebnisse erreicht. Die Landsmannschaft Ostpreußen erweist seinem Wirken eine hohe Wertschätzung. In Würdigung seiner Verdienste um die völkerverbindende Zusammenarbeit konnte Hans Dzieran auf einer Festveranstaltung im Tilsiter Stadttheater Oberbürgermeister Nikolaj Woischtschew im Auftrag des Sprechers der LO Stefan Grigat das Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen überreichen.

Die alten Tilsiter freuen sich über die Auszeichnung und wünschen Nikolaj Woischtschew weitere Erfolge. Die Stadtgemeinschaft wird die langfristig aufgebaute Zusammenarbeit fortsetzen und hat bereits neue Pläne für das weitere Miteinander. *H.D.*

Lammert in Danzig

Festakt »25 Jahre Deutsche Einheit«



Ostsee-Philharmonie: Lammert hält die Festrede Bild: E.G.

Am 20. September lud die Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, Cornelia Pieper, zum Festakt „25 Jahre Deutsche Einheit“ ein. Die Veranstaltung fand in der Polnischen Ostsee-Philharmonie in Danzig statt. Nach der Begrüßung durch die Generalkonsulin hielten der Stadtpräsident sowie der Bundestagspräsident Norbert Lammert seine Rede. Lammert betonte, dass die Vereinigung Deutschlands nicht stattgefunden hätte ohne freies Polen und umgekehrt. Er berührte die Flüchtlingskrise und unterstrich, dass es nur eine Lösung des Problems geben könne, nämlich die gemeinsame europäische. Anschließend fand ein Konzert des Orchesters Baltic Sea Youth Philharmonic statt. Die Landsmannschaft Ostpreußen wurde durch ihren Sprecher Stephan Grigat und die Mitarbeiterin ihres Verbindungsbüros in Allenstein, Edyta Gladkowska, repräsentiert. *PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

Wie unsere Leserinnen und Lesern sich eingebunden fühlen in unsere Ostpreußische Familie, ist mir nach meiner kurzen „Auszeit“ bewusst geworden. Herr **Johannes Kraemer** bringt es auf den Punkt, wenn er schreibt, wie sehr er unsere Kolumne vermisst hat: „Ein schwarzer Freitag für mich – ohne die Ostpreußische Familie, die immer so interessant ist. Immer war es wichtig, diese Seite zu lesen, vielleicht kann man ja helfen, was wird gesucht? Einige Male konnte ich mich einschalten, konnte mit kleinen Hinweisen auch helfen.“ Und die werden auch weiter gebraucht, denn wenn wir auch wie im Fall von Maik Bialek vielen Fragestellern mit ersten Auskünften helfen können – das Sahnehäubchen kommt dann von irgendeinem versierten Leser, einer gut informierten Leserin.

Mitunter auch in Portionen, weil das fragliche Thema mehrere mögliche Informanten längere Zeit beschäftigt, sogar über Jahre hinweg. Dafür haben wir ein Musterbeispiel, das aufmerksame Leser kontinuierlich verfolgen konnten, weil wir immer, wenn es neue Erkenntnisse gab, davon berichteten. Nun ist auch das letzte Teilchen gefunden, so dass sich ein vollständiges Mosaik ergibt. Es handelt sich um das Poesiealbum, das Frau **Ute Eichler**, Kreisgemeinschaft Lötzen, vor zwei Jahren von einem Besucher erhielt, der es bei einem Trödler entdeckt hatte. Das Album konnte einem ostpreußischen Mädchen zugeordnet werden, von dem allerdings nur der Vorname genannt wurde: Helga! Ich meinte damals, es werde keine harte Nuss sein, den vollen Namen der Albumbesitzerin heraus zu finden, da aus den Eintragungen von Verwandten und Schulfreundinnen hervorging, dass es sich bei dem Wohnort von Helga um Schalau/Paskallwen im Kreis Tilsit-Ragnit handeln müsste. So konnte man diese Gegend als vermutliches Wohngebiet einkreisen. Die Bestätigung ließ nicht lange auf sich warten: Sie kam aufgrund einer Aussage eines früheren Bewohners von Schalau, **Kurt Tomuschat**, von Frau **Gunhild Krink**, Kirchspielvertreterin von Altenkirch, die auch weiterhin bemüht war, das Schicksal der jungen Albumbesitzerin **Helga Landt** auszuleuchten, die nach Aussage von Herrn Tomuschat bereits im Jahr 1945 nach einer Schussverletzung verstarb. Das Nussknacken dauerte nun doch etwas länger, aber jetzt ist auch der letzte Schalenrest beseitigt.

Und das kam so: Frau Krink hatte sich mit Frau Eichler und Herrn **Manfred Okunek**, Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, auf die gemeinsame Suche nach dem Verbleib der Familie Landt begeben. Herr Okunek ist Kirchspielvertreter von Ragnit-Neuhof und damit auch von Schalau. Er wusste, dass Helgas zweitältester Bruder, **Helmut Landt**, den Krieg überlebt, geheiratet und eine Familie gegründet hatte, war ihm schon mehrmals auf Ostpreußentreffen begegnet. Helmut Landt war aber im Jahr 2002 verstorben, doch seine Witwe, die ebenfalls aus Ostpreußen stammt, war bereit, über das Schicksal ihrer Schwägerin Helga auszusagen, obgleich es ihr schwer fällt, über den Krieg mit seinen schrecklichen Ereignissen zu sprechen. Wann der Treck, den Helgas Vater **Paul** Landt anführte, seinen Heimatort Schalau verließ und welchen Weg er genommen hat, konnte Frau Landt nicht sagen, spielt in diesem Fall auch keine Rolle. Sie kamen bis Mecklenburg, wo der Treck von Tieffliegern beschossen wurde, dabei wurde Helga am Knie verletzt. Bei der Heilung gab es offenbar Komplikationen, Antibiotika waren damals nicht zugänglich. Am 10. August 1945 verstarb die 15-Jährige in Wismar. Die Ruhestätte von Helga Landt ist auf dem Alten Friedhof in Wismar im Feld 8.

Da Helgas ältester Bruder, **Werner** Landt, *1925, noch kurz vor Ende des Krieges einberufen und dann als vermisst gemeldet worden war, hatte das Ehepaar Paul und Klara Landt innerhalb eines Jahres zwei ihrer drei Kinder verloren – Haus, Hof und Heimat dazu! Mit ihrem Sohn Helmut übernahmen sie dann einen Hof in Schleswig-Holstein und wurden schließlich in Malente sesshaft. Somit ist das Schicksal der Helga Landt aus Schalau geklärt. Was doch ein altes Poesiealbum vom Flohmarkt so auslösen kann! Denn die Geschichte geht noch weiter, sie betrifft auch andere Verwandte, deren Lebenswege im Rahmen dieser Suchaktion behandelt und zum Teil geklärt wurden. Aber darüber wird Frau Krink im nächsten Heimatbrief berichten, in dem auch Fotos der jungen Helga Landt erscheinen, die Herrn Okunek von deren Schwägerin überlassen wurden. Auch für Frau Gunhild Krink erschlossen sich durch die rege Anteilnahme ehemaliger Kirchspielbewohner mit Hinweisen auf bisherige Veröffentlichungen über den Ort neue Informationenquellen. Das einmal 400 Einwohner zählende Dorf südlich der Memel, Dependance des Remonte-Gestüts Ragnit-Neuhof, wird somit 70 Jahre nach dem Verlassen seiner Bewohner eingehend durchleuchtet. Herr Manfred Okunik, der wesentlich zu der Zusammensetzung dieses Puzzles beitragen hat, meint: „Ich hoffe nun, dass wir die letzte Seite von Helgas Poesiealbum geschrieben haben“. Und das glauben wir auch und danken allen Beteiligten sehr für diese geglückte Lösung einer - auch für unsere Ostpreußische Familie – ungewöhnlichen Suchaufgabe.



Vor 71 Jahren: Königsberg nach den Bombenangriffen Bild: privat

Aber was hieße denn überhaupt „gewöhnlich“? Fast alle Suchfragen, die nun 70 Jahre nach Flucht und Kriegsende gestellt werden, sind schwierig zu lösen, wenn überhaupt. Zumeist sind die Anfragenden den Suchweg über die betreffenden Institutionen gegangen, haben Dienststellen und Archive bemüht und Menschen befragt, die sie für mögliche Informanten hielten – alles umsonst. Und dann fällt schließlich der Hoffnungsstrahl auf unsere Ostpreußische Familie – spät, aber er kommt! Wie bei der Suchfrage, die Herr **Mathias Wölbern** aus Wentorf stellt, mit der er sich schon vor sieben Jahren an uns wenden wollte, als er zum ersten Mal von uns hörte. Aber damals hatte er nur dürftige Angaben, und viel umfangreicher sind sie inzwischen auch nicht geworden, aber er vertraut auf meinen „profunden Erfahrungsschatz“ – doch in dem werde ich leider nicht fündig, und so trage ich nun seine Suchfrage unserer Ostpreußischen Familie vor.

Eigentlich handelt es sich nur um eine Person, denn Herr Wölbern hat bereits gute Vorarbeit geleistet. So hat er unter anderem im Evangelischen Zentralarchiv in Berlin einige Unterlagen gefunden, die ihn einige Schritte weiter brachten. Seine väterliche Familie kann er bis zu seiner Ururgroßmutter zurückverfolgen, und um diese geht es hauptsächlich in seiner Suchfrage. Sein Urgroßvater **Friedrich Aroszim** wurde 1856 in Kotziolken, geboren, der im Kreis Goldap gelegene Ort wurde 1910 in Langensee umbenannt. Friedrich wurde in der Kirche von Dubeningken getauft, dort auch 1870 konfirmiert. Dann muss er nach Berlin gegangen sein, wo er 1882 geheiratet hat und auch 1895 verstorben ist. Seine Mutter war die Arbeiterin **Eva** Aroszim, der Vater des Kindes ist unbekannt. Dafür sind die Taufpaten von Friedrich namentlich aufgeführt: **Christian Feuersänger** und **Dorothea Albin**. Über das Schicksal von Eva Aroszim ist nichts bekannt. Sie hat wahrscheinlich auf dem Gut gearbeitet und ist auch in Kotziolken verstorben. Das Sterbedatum ist unbekannt, es müsste irgendwann zwischen 1882 und 1895 liegen. Herr Wölbern möchte nun das Schicksal seiner Stamm-Mutter soweit wie möglich klären. Er will wissen, wo und wann sie geboren wurde, denn sie dürfte nicht aus dem Ort stammen, sondern durch ihre Arbeit dorthin gekommen sein, hat aber bis zu ihrem Tode dort gelebt. In den Auswandererlisten des Staatsarchivs Hamburg fand Herr Wölbern bei seiner intensiven Suche mehrmals den Namen „Araszim“ und ähnliche, die Betreffenden kamen fast alle aus dem Raum Suwalki/Augustowo. Er hat auch einen Familienforscher bemüht, der in polnischen Archiven suchen wollte, leider hat dieser nach einem Umzug nichts mehr von sich hören lassen. Aus dieser unermüdlichen Suche ist ersichtlich, dass Herrn Wölbern sehr daran gelegen ist, seine Familienchronik weitgehend zu komplettieren – vielleicht können unsere Leserinnen und Leser mit ihren Erfahrungen dazu beitragen. (Matthias Wölbern, Reinbeker Weg 56 in 21465 Wentorf bei Hamburg.)

Auf unserer sporadischen Zeitreise, die uns bisher mit den Erinnerungen vieler Vertriebener in das große Fluchtjahr 1945 führte, gehen wir heute noch ein Jahr weiter zurück in die Vergangenheit. Denn **Jörn Pekrul** hat auf seiner letzten Wanderung durch Königsberg auf einer Ausstellung ein altes Foto entdeckt, das er uns nicht vorenthalten will. Es ist eine der seltenen Aufnahmen, die nach den britischen Luftangriffen im August 1944 im zerstörten Königsberg gemacht wurden. Jörn Pekrul schreibt dazu: „Das Foto zeigt drei Königsberger, die nach den Bombennächten vor der Schlossruine stehen – ein Soldat, ein Angestellter und eine Dame, zufällig zusammen fotografiert. Eine Alltagsszene mitten in der zerstörten Stadt. Da schauen sie mich aus dem Foto heraus an – aus 71 Jahren Entfernung. Die Kleidung ist adrett und sauber, die Haltung beherrscht, und das trotz der Gefahr, trotz der Sorgen, trotz der Ängste, die diese Menschen gehabt haben müssen. Ein einfaches Foto nur, aber welch ein starkes Gleichnis. Denn das sind keine „Kriegstreiber“, die mich aus dem Foto heraus anschauen. Es sind Menschen, die den Ereignissen ihrer Zeit unterworfen waren und die sich diesen vermutlich genau so wenig entziehen konnten wie ich, hätte ich seinerzeit gelebt. Was mag aus ihnen geworden sein?“

Das ist die Frage, die uns auch bewegt. Allerdings wird sie schwer zu beantworten sein, es könnte sich höchstens der junge Soldat, der wohl auf Heimaturlaub ist, an diesen Gang durch die Trümmer und Ruinen erinnern. Aber vielleicht genügt es schon, Vergleiche zu ziehen, Ähnlichkeiten zu finden. Beide Zivilpersonen tragen Aktentaschen, sie müssten also auf dem Weg zu ihrer Dienststelle sein, das Leben geht weiter. Der Herr mit Stock und Hut hätte mein Vater sein können, der als Beamter trotz seines Alters von fast 70 Jahren pflichtgemäß seine Arbeit tat, Preuße bis zum letzten Atemzug. Der Platz ist aufgeräumt, alles scheint unaufgeregt seinen Weg zu gehen, sogar Radfahrer sind auf den geräumten Straßen unterwegs. Und ein wenig lächeln muss ich auch: Die junge Frau mit dem hellen Mantel trägt zwar einen Hut, an den Füßen aber – weiße Söckchen! Trugen wir damals alle, Strümpfe waren knapp und der Sommer war heiß. Sicher werden auch andere ältere Königsberger, wenn sie dieses Foto betrachten, ähnliche Assoziationen anstellen. Wir danken jedenfalls Herrn Pekrul für den „Foto Fund“ aus dem Königsberger Dom, der uns diese Zeitreise – genau 71 Jahre zurück – ermöglicht.

Eure

Ruth Geede





Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Gut für die Liebe, das Heilen und das Würzen

Der Salbei ist auf allen Kontinenten außer Australien verbreitet

Wer die von blühendem Salbei blau-violetten Berghänge in Dalmatien oder Mazedonien sah und von seinem würzigen Duft umfächelt wurde, glaubt, dass hier die Heimat des beliebten Heil- und Würzkrautes ist. Aber auch Italien wird von weiten Flächen wild wachsenden Echten Salbeis und auch des großerblumigen Muskatellersalbeis geschmückt. Sein leuchtendes Blau ist ein interessanter Kontrast zu den weißen Margeriten, dem roten Feldmohn und gelbem Hahnenfuß. In Höhen ab 1200 Meter wird er immer kleiner, über 1800 Meter schließlich scheint er nur eine Miniatur seines kräftigen Bruders im Tal zu sein.

Der beste, in der guten Küche und für die Kosmetikfabrikation sehr geschätzte Würz-Salbei, der Echte Salbei, soll aus Frankreich kommen. In der Provence versteht man sich ja bestens auf den Anbau und die Verwertung von Duftkräutern. Aber auch in England kann man große Salbei-Felder sehen. Heißt es hier doch: „He that would live for aye, must eat Sage in May“ (Wer ewig leben möchte, esse Salbei im Mai). In diesem Sprichwort wird die Heilkraft jener Pflanze gelobt, der man auch schon im Mittelalter wundertätige Wirkung nachsagte, sogar ein Zauber sollte von ihr ausgehen: „Wer ein heimliches Liebesverhältnis hat und sich der Liebsten Treue versichern will, ziehe Haare von sich und seiner Braut durch drei Löcher in einem Salbeiblatt und vergrabe dieses unter ihrer Türschwelle. Sie wird ihn stets mit Zuneigung und Freude empfangen!“

Realistischer sehen die Heilkundigen der Gegenwart alle Mitglieder der großen Salbei-Familie mit ihren etwa 700 Arten, von denen die meisten in den Tropen und Subtropen beheimatet sind. Hier will ich besonders Salvia divinorum erwähnen, die lange geheim gehaltene, heilige Pflanze der Indios in Mexiko. Ihre Blätter enthalten einen halluzinogenen Stoff, dessen Wirkung der Botaniker Ernie Wasson an sich selbst ausprobierte. Als er den Stoff von 68 Blättern dieser Pflanze zu sich nahm, hatte er wunderbare Farbvorstellungen in formschönen Mustern. Man nimmt an, dass sich diese etwa einen Meter hohe Staude nur durch Rhizome vermehrt. Ihr Anbau wird geheim gehalten. Sehr häufig sieht man in den Andendörfern die bis fünf Meter hohen Büsche des Salvia dombeyi. Seine großen Blätter sind sehr dekorativ, besonders aber die zwölf Zentimeter langen, scharlachroten Blüten.

Salbei

Alle Mitglieder der Salbei-Sippe sind Lippenblütler. In Europa konnten sich nur zehn Sorten verbreiten. Genutzt werden der Echte Salbei (Salvia officinalis) und Salvia sclarea, der Muskateller-Salbei. Letzterer wurde früher verwendet, um dem Wein einen besonderen Muskateller-Geschmack zu geben. Die ganze Pflanze duftet stark. Besonders aber enthalten ihre großen, gestielten, abgerundet dreieckigen Blätter, eingekerbt und stark behaart, das ätherische Öl mit den Wirkstoffen Thujon, Cineol, Kampfer, dazu Gerb- und Bitterstoffe. Kurz bevor sich die blau-weißen oder rosa Blüten der Pflanze öffnen, werden ihre Blätter gepflückt für die Seifen-, Zahncreme- und Mundwasser-Herstellung, für Kosmetika und Parfüms. Besonders geschätzt wird der Duft des Muskateller-Salbeis.

Zur Herstellung von Kräuteressig werden Muskateller- und Echter Salbei benötigt. Getrocknete Blätter des Salvia officinalis würzen offensiver als frischer Salbei. In Norddeutschland schätzt man seine leicht bittere Würze zu Fischgerichten und Hammelbraten. Bevor der Kühlschrank zu fast jedem Haushalt gehörte, wusste man noch allgemein, dass Salbei das Ranzigwerden von Fett verhindert (oder das Gewürz vom ranzigen Geschmack ablenkt?). Alle Namen, die der Volksmund dieser vielseitigen Droge gab, weisen auf ihre geschätzten Eigenschaften hin: „Kreuz“-, „Rauch“-, „Tugend“- oder „Königs-Salbei“, „Griechischer Tee“, „Muskatellerkraut“, „Schmale Sophie“, „Zahn“- oder „Salbenblätter“.

„Salvere“ benannten Lateiner den Echten Salbei in alten Schriften, der in hoher Gunst der Heilkundigen stand, als Karl der Große (oder sein Sohn, Ludwig der Fromme) im Jahre 795 den Anbau in allen Klostergärten und Pfalzen anordnete. Von da an fand Salbei seine große Verbreitung als Medizin. Diese Droge ist auch heute noch in vielen Arzneimitteln enthalten. Unbestritten sind die antiseptischen und adstringierenden Eigenschaften des Salbei, seine Blutzucker senkende, Galle treibende und entwässernde Wirkung. Schweißausbrüche, Magen- und Verdauungsbeschwerden vermag Salbei zu lindern.

Als schöne Augenweide begegnet uns der Wiesen-Salbei mit seinen tiefblauen Rispenblütenmäulchen. Er liebt kalkigen Boden. Flächendeckend sehen wir ihn als Zierpflanze in vielen Gartenanlagen und Parks. Bei genauem Hinsehen kann man das emsige Treiben der Insekten über den vielen, raffiniert gestalteten Blüten beobachten. Die Nektarsauger müssen tief in das duftende Wirtshaus kriechen, sich ungewollt mit Blütenstaub beladen. Einladend durch Farbe und Duft bietet auch die nächste Blüte der fleißigen Imme ihre Unterlippe als Landeplatz an, in ihrem Pelz mitgebrachte Pollen heften sich an den Blütenstempel. Die emsige Biene wird dafür auch hier reich belohnt mit süßen Nektar. *Anne Bahrs*

Wir gratulieren ...

ZUM 99. GEBURTSTAG

Jaschinski, Ida, geb. **Trzeska**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 30. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Blömke, Otto, aus Nodems, Kreis Samland, am 29. September
Blum, Walter, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober
Brauns, Willi, aus Kniprode, Kreis Neidenburg, am 1. Oktober
Emmermann, Gertrud, geb. **Gaedtke**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 28. September
Krolzig, Emma, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 30. September
Ludwanowski, Ella, geb. **Wagner**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. September
Ulmer, Herbert, geb. **Uymowski**, aus Bischofsburg, Kreis Neiden-burg, am 27. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Czarnetzki, Helmut, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 2. Oktober
Müller, Margarete, geb. **Adomeit**, aus Wehlau, am 26. September
Schaak, Werner, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, am 28. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Friedrich, Waltraud, geb. **Trerziak**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 27. September
Fuhry, Ruth, geb. **Heybeck**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 27. September
Kling, Helene, geb. **Brinkmann**, aus Lyck, Danziger Straße 12, am 27. September
Schulz, Gerda, geb. **Guss**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 2. Oktober
Steffens, Sophie, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 26. September
Wöckner, Hedwig, geb. **Krüger**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 26. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Frischmuth, Max, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober
Giebler, Gertraut, geb. **Wietz**, aus Wehlau, am 30. September
Glas, Gertrud, geb. **Aschendorf**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 28. September
Görke, Erhard, aus Schalben, Kreis Samland, am 26. September
Klotzek, Ernst, aus Davidshof, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober
Lieder, Ursula, geb. **Kannenberg**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 128, am 1. Oktober
Wellbrock, Ellen, geb. **Czwalina**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 30. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Busse, Hildegard, geb. **Manneck**, aus Backeln, Kreis Samland, am 1. Oktober
Döbbeling, Herta, geb. **Kowalewski**, aus Lyck, Steinstraße 13, am 26. September
Drachholz, Ursula, geb. **Wittstock**, aus Ragnit, am 30. September
Falk, Gustav, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 29. September
Knothe, Frieda, geb. **Brozio**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 26. September
Kopka, Eva-Maria, geb. **Reynoss**, aus Treuburg, am 2. Oktober
Milkuhn, Renate, geb. **Tomeschat**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 26. September
Peters, Ursula, geb. **Krause**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 29. September
Prikuls, Käthe, geb. **Kottowski**, aus Baitenberg, Kreis Lyck. am 29. September
von Tolkacz, Hildegard, geb. **Pajonk**, aus Lötzen, am 28. September
Wiese, Gertrud, geb. **Spitz**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Samland, am 28. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Böttcher, Hildegard, geb. **Kulessa**, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 27. September
Burow, Erna, geb. **Wanagat**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 30. September
Dyk, Herbert, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, am 28. September
Kotowski, Hans, aus Witten-walde, Kreis Lyck, am 2. Oktober
Möckelmann, Ruth, geb. **Wölk**, aus Germau, Kreis Samland, am 29. September
Naujok, Artur, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 26. September
Piassek, Richard, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 2. Oktober
Powitz, Renate, geb. **Rosentreter**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 29. September
Rusch, Liesbeth, geb. **Schöffsky**, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Oktober
Schmerl, Ella. geb. **Glowatz**, aus Lyck, am 30. September
Seestädt, Ingeborg, geb. **Gröning**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 2. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baginski, Dora, geb. **Hinz**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 29. September
Bräutigam, Wilhelm, am 30. September
Delfs, Wally, geb. **Lindemann**, aus Schönfeld, Kreis Heiligenbeil, am 1. Oktober
Pfennig, Werner, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 27. September
Raufmann, Edith, geb. **Bernoth**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 29. September
Rogowski, Otto, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 26. September
Schwarz, Helene, aus Watzum, Kreis Samland, am 26. September
Seidenberg, Werner, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 28. September
Ströh, Erika, aus Lyck, am 2. Oktober
Tramm, Eva, geb. **Pletzke**, aus Grünhof-Kippen, Kreis Elchniederung, am 28. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Dreyer, Waltraud, geb. **Bartzik**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 30. September
Horn, Emil, aus Montzen, Kreis Lyck, am 1. Oktober
Huuck, Manfred, aus Ihlnicken, Kreis Samland, am 29. September
Jacobs, Käte, geb. **Bartzik**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 30. September
Krause, Karl-Heinz, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 26. September
Mallee, Martha, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 2. Oktober
Papajewski, Günter, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, am 29. September
Paplewsky, Ulrich, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 27. September
Pasternak, Ruth, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 28. September
Saager, Kurt, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 26. September
Schachtschneider, Helmut, aus Hohenwalde/Laurashof, Kreis Heiligenbeil, am 28. September
Schaschke, Klaus, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 2. Oktober
Schneider, Gertrud, geb. **Albrecht**, aus Rodebach, Kreis Eben-rode, am 26. September
Scholla, Reinhard, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 1. Oktober
Schwarzat, Günther, aus Ulmenau, Kreis Ebenrode, am 28. September
Seeger, Helmut, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 2. Oktober
Stanko, Horst, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 26. September
Walendy, Ulrich, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 29. September
Weickert, Frieda, geb. **Zopp**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 30. September
Weinknecht, Klaus, aus Lyck, Yorkstraße 35 II, am 30. September
Wenzlawski, Gertrud, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 28. September
Wieschollek, Emma, geb. **Rutkowski**, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, am 26. September
Zachau, Werner, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Oktober
Zeisig, Günther, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 2. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Broziewski, Hans, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 30. September
Choina, Inge, geb. **Symanek**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 29. September
Dejok, Karl-Heinz, aus Alt-Dümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 28. September
Drubba, Hildegard, geb. **Marzian**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 26. September
Feldmann, Elfriede, geb. **Kellotat**, aus Schloßberg, am 27. September
Hartwich, Alfred, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, am 29. September
Hennig, Klaus-Dieter, aus Ebenrode, am 2. Oktober
Holz, Hildegard, geb. **Kommorowski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 27. September
Jelonnek, Reinhold, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 1. Oktober
Kallweit, Traute, geb. **Syperrek**, aus Neufelde, Kreis Treuburg, am 30. September
Kempa, Horst, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 26. September
Krenzel, Frieda, geb. **Konrad**, aus Liebnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 26. September
Kuklinski, Dietrich, aus Neidenburg, am 26. September
Langowski, Günther, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober
Marholz, Erika, geb. **Albrozeit**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 29. September
Nitsch, Martin, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 27. September
Panzer, Ulrich, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 27. September
Ragnitz, Sigrid, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 29. September
Sattler, Gerda, geb. **Rösner**, aus Wehlau, am 29. September
Saunus, Alfred, aus Schorningen, Kreis Elchniederung, am 29. September
Siebke, Anneliese, geb. **Czittrich**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 29. September
Skrotzki, Werner, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 30. September
Taddey, Erhard, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 27. September
Turner, Georg, Prof. Dr., aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 28. September
Weiss, Hildegard, geb. **Schulz**, aus Neidenburg, am 2. Oktober
Zeeck, Erika, geb. **Knorr**, aus Wehlau, am 28. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Barsties, Günter, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 30. September
Becker, Jutta, geb. **Bohlius**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 29. September
Borowski, Winfried, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 29. September
Butler, Siegfried, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 30. September
Grontzki, Ulrike, geb. **Plett**, aus Neidenburg, am 26. September
Hildebrandt, Ursula, geb. **Henschel**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 26. September
Konietzko, Dietmar, aus Treuburg, am 30. September
Kruska, Dietmar, aus Lötzen, am 26. September
Laudien, Reinhard, aus Rauschen, Kreis Samland, am 26. September
Nischik, Karin, geb. **Broszio**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober
Radünz, Ingrid, geb. **Willumat**, aus Keppen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. September
Thiel, Peter, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. September



Lewedey, Rudi-Fritz, und Ehefrau Hildegard-Lotte, geb. **Schulz**, aus Stuthenen, Kreis Heiligenbeil, am 9. September

TERMINE DER LO

2015

25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

2016

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt.
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
18. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit" in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis).

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826 oder info@ostpreussen.de. Internet: www.ostpreussen.de

KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN

Unter dem Titel „Ostpreußen, wie es war – Kindheitserinnerungen in der Malerei von Helene Dauter" zeigt das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen eine Kabinettausstellung mit Werken der aus Gilge im nördlichen Ostpreußen stammenden Künstlerin.

Die Ausstellung ist bis 30. Oktober 2015 zu sehen, die Öffnungszeiten sind Dienstag bis Sonntag von 10 bis 12 und von 13 bis 17 Uhr.

Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 8644-0, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de, www.ostpreussen-kulturzentrum.de



Impression aus der Ausstellung Bild: mef

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 26. September, 5.40 Uhr, MDR: Der Raub der Sabinerinnen. Legendenverfilmung, I/F/YU 1961.
SONNABEND, 26. September, 20.15 Uhr, ARD-alpha: Bedingt abwehrbereit.
SONNABEND, 26. September, 20.15 Uhr, Servus TV: James Dean – Ein Leben auf der Überholspur. Filmbiografie, USA 2001.
SONNABEND, 26. September, 21.05 Uhr, n-tv: Die Wolfsschanze – Hitlers geheimes Hauptquartier.
SONNABEND, 26. September, 22.30 Uhr, Phoenix: Friedland.
SONNTAG, 27. September, 0.05 Uhr, NDR, Apocalypse Now Redux. Antikriegsepos, USA 1979/2001.
SONNTAG, 27. September, 1.10 Uhr, Das Erste: Platoon. Antikriegsdrama, USA 1986.
MONTAG, 28. September, 21.55 Uhr, Arte: Orson Welles – Tragisches Genie. Dokumentation, F 2014.
MONTAG, 28. September, 23.50 Uhr, MDR: Max Schmeling. Boxerdrama, D 2010.
DIENSTAG, 29. September, 15.15 Uhr, Einsfestival: Goldrausch – Die Geschichte der Treuhand. Dokumentation, D 2012.
DIENSTAG, 29. September, 20.15 Uhr, RBB: Geheimsache Mauer – Die Geschichte einer deutschen Grenze.
DIENSTAG, 29. September, 20.45 Uhr, MDR: Zugang verboten – das olympische Dorf von 1936. Dokumentation, D 2013.
DIENSTAG, 29. September, 23.40 Uhr, Arte: Milliarden für den Stillstand – Die Rolle der EU im Nahostkonflikt.
DIENSTAG, 29. September, 0.40 Uhr, Arte: Südsudan. Geburt eines Staates.
MITTWOCH, 30. September, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 75 Jahren: Der Komponist Walter Kollo gestorben.
MITTWOCH, 30. September, 17.15 Uhr, ZDFinfo: Die Macht der Stasi, Dokumentation, D 2015.
MITTWOCH, 30. September, 20.15 Uhr, Arte: Hotel Ruanda. Bürgerkriegsdrama, ZA/GB/I/CDN 2004.
MITTWOCH, 30. September, 21.15 Uhr, MDR: Die Spuren der Ahnen – Schicksal Kriegskind, Dokumentation, D 2015.
DONNERSTAG, 1. Oktober, 21 Uhr, ARD-alpha: Tod einer Richterin – Auf den Spuren von Kirsten Heisig.
FREITAG, 2. Oktober, 22.30 Uhr, Phoenix: Sanssouci von oben.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Goldene Ehrennadel für Günther Kuhn

Für seinen engagierten Einsatz innerhalb der Kreisgemeinschaft Angerburg sowie als Heimatkreisvertreter von Elbing-Land und Elbing-Stadt wurde Günther Kuhn am 12. September 2015 im Rahmen der 61. Angerburger Tage in Rotenburg (Wümme) mit der „Goldenen Ehrennadel“ des Bundes der Vertriebenen (BdV) ausgezeichnet.

Günther Kuhn wurde 1936 als Sohn des Kreisoberinspektors Paul Hugo Kuhn in Angerburg geboren. Nach Schulbesuch in Angerburg und Hannover sowie einer Ausbildung zum Industriekaufmann trat er am 1. Oktober 1959 in die Bundeswehr ein. Mit dem Dienstgrad eines Oberstleutnants ließ er sich am 31. März 1993 pensionieren. Günther Kuhn fühlte sich insbesondere mit dem Kreis Angerburg verbunden und nahm Verbindung zum Heimatkreis Angerburg auf. Nach seiner Pensionierung im Jahr 1993 durfte er nun in die Ostblockstaaten reisen und bereits seine erste Reise führte ihn nach Angerburg.

Mit voller Kraft nahm Günther Kuhn 1994 seine Arbeit in der Kreisgemeinschaft Angerburg auf und ließ sich in die Kreisvertretung und den Vorstand wählen. Er übertrug die bisher auf Karteikarten handschriftlich notierten Angaben der früheren Bewohner des Kreises Angerburg auf eine EDV-gestützte Datei, die von ihm ständig gepflegt wird und über 27 000 Eintragungen enthält. Günther ist es zu verdanken, dass die von Bernd Braumüller in 24 Jahren gesammelten Informationen über Angerburg und seine Menschen Druckreife erreichten. Er hat mit außerordentlicher Geduld und großer Mühe in einer Fleißarbeit die auf DIN A5 großen Blättern in 15 Ordnern befindlichen Angaben mit zahlreichen Korrekturen und Ergänzungen auf Festplatten und Disketten übertragen. „Angerburg von A–Z“ enthält auf 830 Seiten Fakten über den Kreis Angerburg und viele Familien. Die 1. Auflage erschien im Jahr 2002 und ist ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle, die sich über den Heimatkreis Angerburg informieren wollen. Aber auch außerhalb unserer Kreisgemeinschaft hat sich Günther Kuhn engagiert. Im Jahr 2001 wurde er zum stellvertretenden Heimatkreisvertreter von Elbing-Land und im Jahr 2003 zum Heimatkreisvertreter gewählt. Im Jahr 2008 wählte man ihn auch zum Heimatkreisvertreter von Elbing-Stadt. Es ist ihm gelungen, die Elbinger neu zu motivieren und auch die etwas eingeschlafene Patenschaft mit Bremerhaven zu beleben. Dazu haben auch seine Reisen nach Elbing beigetragen. Dem Vorstand der Ost- und Westpreußen in Bremen-Stadt gehört Günther Kuhn seit 2010 an und hat auch dort Akzente gesetzt.

Für seinen langjährigen ehrenamtlichen Einsatz hat Günther Kuhn Dank und Anerkennung verdient. Mit der Verleihung der Goldenen Ehrennadel des Bundes der Vertriebenen wird dieser außerordentliche Einsatz gewürdigt. *Kurt-Werner Sadowski*



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

61. Kreistreffen

Unser 61. Braunsberger Kreistreffen findet am 3. und 4. Oktober in unserer Patenstadt Münster statt. Ort ist die Johanniter Akademie in der Weißenburg-Straße 60–64.

Das Programm am Sonnabend

15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Berichten und Neuwahlen des Vorstandes.

19.00 Uhr: Gemütliches Beisammensein, Gespräch mit Dr. Jürgen Schmidt zu Thema „Braunsberg mit den Augen eines russischen Panzersoldaten“

Das Programm am Sonntag

8.30 Uhr: Katholischer Gottesdienst in der Heilig-Geist-Kirche, Metzer Straße. Zelebrant ist Konsistorialrat Claus Fischer. Unsere evangelischen Landsleute sing ebenfalls herzlich eingeladen.

10.30 Uhr: Festliche Stunde im Vortragssaal der Johanniter Akademie.

- Musikkapelle: Reinhold Kollenberg
- Begrüßung: Kreisvertreterin Manuela Begett
- Totenehrung
- Grußworte: Patenstadt Münster und andere
- Musikstück
- Festvortrag Jürgen Schmidt über „Die deutsch polnischen Beziehungen zwischen beiden Weltkriegen“
- Musikstück
- Gemeinsamer Gesang: Ostpreußenlied
- Deutschlandlied: 3. Strophe
- Empfang durch unsere Patenstadt Münster
- Gemeinsames Mittagessen in der Kantine der Akademie

14 Uhr: gemeinsames Kaffeetrinken. Der Vorstand gibt Auskunft über die weitere Arbeit der Kreisgemeinschaft.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Nachbarschaftstreffen

Am Sonnabend, dem 12. September 2015, fand ein Treffen der Kreise Tilsit, Tilsit-Ragnit und Elchniederung im Hotel Esplanade, Bad Nenndorf, statt. Nach dem Nachbarschaftstreffen in Soest im Oktober 2013 durch Tilsit-Ragnit, fungierte die Elchniederung dieses Mal als Ausrichter.

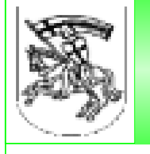
Nach der Eröffnung durch den 1. stellvertretenden Vorsitzenden der KGE, James-Herbert Lundszien, folgte die Toten-Ehrung mit Glockenklang der Heinrichswalder Kirche und danach das geistliche Wort.

Die Begrüßung für die Elchniederung wurde durch den Vorsitzenden der KGE Manfred Romeike, für Tilsit-Stadt durch Erwin Feige (stellvertretend für Hans Dzieran) und für Tilsit-Ragnit durch den Kreisvertreter Dieter Neukamm vorgenommen.

Im Programm ging es weiter mit einem Vortrag: „Naturschutzgebiet Elchwald, gestern und heute“ von Jürgen Leiste, dessen Wirkungsort in Ostpreußen das Moosbruch-Haus in Lauknen [Gromowo] ist.

Nach dem Mittagessen hielt Wilhelm von Gottberg (ehemaliger Sprecher der LO) die Festrede.

Der Schaumburger Shanty-Chor machte Stimmung mit seinen Liedern. Das Ostpreußen-Lied wurde gemeinsam gesungen als Abschluss. Mit geselligem Beisammensein bis gegen 17 Uhr endete die Veranstaltung.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Ostpreußenkalender

Mit dem Ostpreußenkalender der Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg durch das Jahr 2016!

Liebe Landsleute, liebe Freunde Ostpreußens, mit dem untenstehenden „Ännchen von Tharau“, geschnitzt vom berühmten Bildhauer und Bernsteinschleifer Alfred Schlegge, das unseren Kalender im Oktober 2016 schmückt, möchte ich nochmals auf die Möglichkeit hinweisen, diesen Kalender zu erwerben. Wir haben schon viel Anklang gefunden mit unserem „Werk“. Darüber freuen wir uns. Wir glauben, dass er auch ein schönes Weihnachtsgeschenk ist für Sie und alle, die Bernstein lieben. Und das sind nicht nur Ostpreußen.



Der Kalender (Format DIN A4) kann bestellt werden bei Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, oder bei Karl Mückenberger, Neißestraße 13, 32425 Minden, Telefon (0571) 46297. Die Spende einschließlich Porto sollte, wie in den letzten Jahren, mindestens 12 Euro betragen. Herausgeber des Kalenders: Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr) e.V., Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Bilder: Museum Stadt Königsberg, Duisburg; Wilhelm Tuschewitzki, Kempen, und andere. Layout: Viktor Napierski Druck: Rautenberg-Druck, Leer/Ostfriesland.

Ihre Gisela Broschei Kreisvertreterin, Ihr Carl Mückenberger Stellvertretender Kreisvertreter

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Goldenes Ehrenzeichen der LO für Manfred Schirmacher

Manfred Schirmacher, geboren am 28. März 1937 in Königsberg, lebte bis zur Flucht 1945 in Postnicken am Kurischen Haff. Bereits in jungen Jahren hat er sich heimatpolitisch für Ostpreußen betätigt. Schirmacher gehört seit etwa 50 Jahren dem Kreisausschuss Landkreis Königsberg an. Hier war er zunächst vor allem in der Jugendarbeit aktiv. Von 1961 bis 1967 und auch noch später betreute er junge ostpreußische Landsleute, von denen viele in Freizeitlagern zusammenkamen und durch Vorträge, Diskussionen, Bilder und Filme mit der Heimat Ostpreußen vertraut gemacht wurden.

Die größte Aufgabe, die sich Manfred Schirmacher selbst gestellt und bis zur Selbstaufopferung ausgeführt hat, ist die Einrichtung des Samland-Museums im Preußen-Museum NRW in Minden. Dieses hatte in bescheidensten Anfängen in verschiedenen Einrichtungen des Kreises Minden seinen Anfang genommen. Als im Jahre 2001, nach dem Abzug des englischen Militärs aus der ehemaligen Defensionskaserne, in Minden das Preußen-Museum NRW eröffnet wurde, stellte die Kreisverwaltung der Kreisgemeinschaft dort Räume für ein großzügiges Museum zur Verfügung. Es ist Manfred Schirmacher und seiner Ehefrau zu verdanken, dass hier ein schönes und übersichtliches und alle Bereiche des ehemaligen Landkreises Königsberg umfassendes Museum entstand. Manfred Schirmacher und seiner Frau war es nicht zu viel, mehrmals wöchentlich von Bergkamen nach Minden zu fahren und größtenteils eigenhändig alle Arbeiten vorzunehmen, die für ein zeitgemäßes Museum nötig waren.

Bereits in der Festschrift „55 Jahre Heimatkreisgemeinschaft Königsberg (Pr.) e.V.“ heißt es: „Die derzeitige Ausstellung, die deutlich die Handschrift des unermüdlichen Koordinators Manfred Schirmacher trägt, soll als ständige Präsentation nicht nur die Angehörigen des Heimatkreises Landkreis Königsberg ansprechen, sondern auch breite Bevölkerungskreise ...“ Dieser Wunsch hat sich zum großen Teil erfüllt. Vor allem bei Veranstaltungen im Samland-Museum, aber auch im Preußen-Museum, sind die Besucherzahlen sehr erfreulich. Manfred Schirmacher ist ein besonders erfahrener Museumsführer, da ihm alle Exponate aus seiner eigenen Aufbauarbeit bekannt und geläufig sind. Er hat eine vorbildliche Anordnung der Themen erarbeitet und die Ausstellung in 36 Bereiche aufgegliedert, so dass ein aussagekräftiges Bild des Heimatkreises entstanden ist.

Manfred Schirmachers Wirken ist öffentlich und geht über den engeren landsmannschaftlichen Bereich hinaus. Er hat einen Beitrag dazu geleistet, die heimatliche Gemeinschaft zu fördern sowie ostpreußische Sitten und Brauchtum wach zu halten.

Für seine Verdienste wurde Manfred Schirmacher bereits vor über fünfzehn Jahren mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Manfred Schirmacher das Goldene Ehrenzeichen.

Goldenes Ehrenzeichen der LO für Carl Mückenberger

Carl Mückenberger, geboren am 24. Juli 1931 in Preußisch Thierau, Kreis Heiligenbeil, aufgewachsen im landwirtschaftlichen Betrieb seiner Eltern, arbeitet seit langer Zeit aktiv in der Landsmannschaft Ostpreußen mit. Nachdem er 1986 zum ersten Mal zum Mitglied des Heimatkreisausschusses Landkreis Königsberg gewählt worden war, bekleidete er im Laufe der Jahre verschiedene Ämter und wurde nach der Wahl 2003 stellvertretender Kreisvertreter. Diese Funktion übt er noch heute aus. Außerdem ist Carl Mückenberger Geschäftsführer des Heimatkreises Königsberg-Land und bearbeitet täglich in der Geschäftsstelle, die sich im Preußen-Museum in Minden befindet, alle Angelegenheiten, die ein solcher Aufgabenbereich mit sich bringt.

Ein großer Teil von Mückenbergers Arbeit besteht in der Betreuung des Samland-Museums, das seit 2003 ebenfalls im Gebäude des Preußen-Museums NRW seinen Sitz hat. Nicht unwesentlich hat er auch dafür gesorgt, dass das Museum durch viele weitere Exponate attraktiver wurde. Hier betreut Mückenberger nicht nur die Ausstellungsstücke, sondern er führt auch Einzelpersonen und vor allem Gruppen durch die Museumsräume.

Dass auch die Bevölkerung der Stadt Minden und ihrer Umgebung immer wieder mit der Arbeit der Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg vertraut gemacht wird, dazu haben zum Beispiel ihre Veranstaltungen heimatkultureller Art beigetragen, die alle zwei Jahre in den Räumen des Preußen-Museums stattfanden. Sie waren immer äußerst gut besucht und fanden auch in der Presse stets ein gutes Echo. Hervorzuheben ist, dass die Zuhörer zum größten Teil Nichtostpreußen waren und sich anschließend rege an den Gesprächen beteiligten.

Da Carl Mückenberger als einziges Mitglied des Heimatkreisausschusses Landkreis Königsberg in Minden wohnt, hält er den Kontakt zu den Vertretern von Verwaltung und Politik des Kreises Minden-Lübbecke. Bereits 1965 wurde als Zeichen der Verbundenheit und zur Verdeutlichung des Patenschaftsverhältnisses vom Patenkreis Minden an der Portabrücke bei Barkhausen, Porta Westfalica, ein Gedenkstein errichtet.

Das neueste Vorhaben, das auf Idee, Initiative und Durchführung von Carl Mückenberger zurückgeht, ist ein weiterer Erinnerungsstein aus Anlass des 65jährigen Bestehens der Kreisgemeinschaft. Ort der Aufstellung des Steins wird eine Grünfläche in der Nähe

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Letzte Gelegenheit

Auf zur Herbstfreizeit nach Bad Pyrmont

Vom 28. September bis 8. Oktober bietet das Ostheim zum letzten Mal eine Herbstfreizeit für Senioren an, da das Haus zum 31. Dezember geschlossen wird. Freizeiten im Ostheim – das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Teilnehmer fühlen sich wohl in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, der Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter, Museumsbesuchen bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend.

Der herbstlich gefärbte Kurpark lädt zu Konzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen. Auch ambulantes Kuren ist möglich.

Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Cafés und Kulturangeboten ein. Am 3. Oktober präsentiert die Pianistin Gesa Lücker „Weltklassik am Klavier“. Sie spielt Werke von Bach, Mozart, Liszt und Schumann. Zwei Tage später, am 5. Oktober, bringt die Lemberger Philharmonie Werke von Tschaikowsky, Glasunow und Rimsky-Korsakow zur Aufführung. Ein weiterer Höhepunkt: Am letzten Abend feiern wir gemeinsam Abschied, bei dem jeder nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann.

Diese zehntägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 490 Euro und im Doppelzimmer pro Person 430 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension und die Gästebetreuung (Programm). Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen, bitte nur schriftlich, an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de



Das Ostheim: Ort für erholsame Urlaubstage Bild: Kg Wehlau

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

des Kreishauses sein. Damit wird erreicht, dass an zentraler Stelle mit viel Fußgängerverkehr Vorbeigehende an Königsberg und an Ostpreußen erinnert werden. Der Stein soll mit einer feierlichen Zeremonie beim Kreistreffen im September 2015 enthüllt werden.

Ein weiteres Anliegen war für Mückenberger der Wiederaufbau bzw. die Restaurierung der Kirche in Arnau im ehemaligen Landkreis Königsberg. Als Mitglied des Kuratoriums Arnau hat er, soweit möglich, die Arbeit des Vorsitzenden Dr. Walter T. Rix unterstützt.

Carl Mückenbergers Wirken ist öffentlich und geht über den engeren landsmannschaftlichen Bereich hinaus.

Für seine Verdienste wurde Carl Mückenberger bereits vor zehn Jahren mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausge-zeichnet.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Carl Mückenberger das Goldene Ehrenzeichen.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Bericht vom Hauptkreistreffen

Am Wochenende 11. bis 13. September fand das Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Labiau, erstmalig veranstaltet nach einem neuen Konzept, statt. Am Freitagabend begann es mit dem Begrüßungsabend in der geschmückten Stadthalle Otterndorf, im Patenkreis Landkreis Cuxhaven. An diesem Abend waren bereits zirka 65 Landsleute aus allen Teilen Deutschlands angereist. Es wurde unter anderem der Film: „Wo die Wolken anders ziehen“ gezeigt und es war genug Zeit vorhanden, die Ereignisse und Neuigkeiten des letzten Jahres auszutauschen, beziehungsweise sich kennenzulernen. Zum Hauptkreistreffen am Sonnabend konnte die Kreisvertreterin etwa 130 Landsleute begrüßen, darunter einige Erstbesucher der Nachfolgegenerationen, was sehr erfreulich war. Sie äußerten sich sehr positiv, einmal über die Möglichkeit des Kontaktes zu den Zeitzeugen, dann auch über die Bilderausstellung, die jedes Jahr in Otterndorf gezeigt wird, ferner auch über die Möglichkeit, das Torhaus mit der Sammlung Labiau/Ostpreußen zu besuchen und im Archiv zu forschen.

Der Tag begann mit der Feierstunde an unserem Gedenkstein, zelebriert vom stellvertretenden Vorsitzenden Egbert Marenke. Um 11 Uhr fand dann in Anwesenheit der stellvertretenden Landrätin Frau Annette Faße, des stellvertretenden Samtgemeindebürgermeisters Herrn Hans-Volker Feldmann, des Bürgermeisters von Otterndorf, Herrn Claus Johannsen und des Ehrenbürgermeisters der Stadt, Herrn Hermann Gerken, die Feierstunde statt. Sie stand unter dem Motto: „Vor 70 Jahren – Flucht, Vertreibung und Verlust der Heimat.“ Nach der Ansprache der Kreisvertreterin Brigitte Stramm, die die Feierstunde auch moderierte, und der Totenehrung sprachen Frau Faße und Herr Johannsen Grußworte. Zwei Zeitzeugen, Anneliese Todt aus Popelken und Klaus Lemke aus Reiken berichteten dann, wie es ihnen damals ergangen ist. Es war mucksmäuschenstill im Saal. Die musikalische Umrahmung der Feierstunde wurde wieder von den Otterndorfer Elbemusikanten durchgeführt, dafür ein herzliches Dankeschön. Die Feierstunde endete mit dem gemeinsamen Singen des Ostpreußenliedes und es wurde dabei, wie immer, die Kette zur Heimat gebildet. Nachmittags wurde erneut der Film gezeigt, man traf sich im Torhaus, plachanderte in der Halle, schaute sich die umfangreiche Bilderausstellung an, stöberte am Infostand, kaufte „geistige Getränke“ oder Marzipan ein, um dann abends gemütlich bei Musik und Tanz bis 22 Uhr zusammenzusitzen.

Am nächsten Tag traf man sich, um gemeinsam eine Schiffsfahrt auf der Medem zu unternehmen. Es waren immerhin noch 45 Personen anwesend, die auf dem Fluss schipperten. Die Zurückgebliebenen bereiteten unterdessen den gemütlichen Abschluss bei Erbsensuppe am Museum Torhaus Otterndorf vor. Zirka 50 Personen waren sich einig, es war ein schöner Abschluss, nächstes Jahr wollen wir am Sonntag wieder etwas unternehmen.

Alles in allem waren es sehr schöne Tage in Otterndorf. Wir danken allen Landsleuten fürs Kommen, den fleißigen Helfern für ihr Engagement und wünschen uns, dass wir uns alle im nächsten Jahr gesund wiedersehen und noch mehr Landsleute zum Kommen motivieren. Ein ausführlicher bebildeter Bericht wird im Dezember-Tohus-Heft veröffentlicht werden.



Rege Beteiligung an beiden Tagen des Labiauer Kreistreffens: 65 Landsleute kamen in die Stadthalle Otterndorf (unten), 130 erschienen zur Feierstunde. Während 45 Personen an einer Schiffsfahrt teilnahmen, ließen zirka 50 Teilnehmer das Fest am Museum Torhaus gemütlich ausklingen (links).

Bilder: Thomas Rieser



Neuer Kalender: Ostpreußen und seine Maler 2016

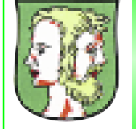


Wilhelm Eisenblätter: „Königsberger Hafen“, Öl, um 1923 Bild: typeart

Der Kalender „Ostpreußen und seine Maler“ erfreut sich seit Jahren großer Beliebtheit. Ab sofort ist das Exemplar für 2016 erhältlich.

Ostpreußen hatte bis zum Jahr 1945 eine auch zahlenmäßig bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie in Nidden. Die hier gezeigten Bilder behandeln das Thema „Häfen und Schiffe in Ostpreußen“. Es sind Arbeiten ostpreußischer Maler aus der Zeit zwischen dem Ende des 20. Jahrhunderts und den 1960er Jahren. Die meisten geben den frischen Eindruck des Malers wieder, drei Motive entstanden erst nach 1945 aus der Erinnerung an Ostpreußen. Der Kalender hat das Format: 50 x 35 Zentimeter und kann bis zum 30. September für PAZ-Leser zum Vorzugspreis von 21,50 Euro bestellt werden (später 22,60 Euro) inklusive Versand.

Zu bestellen bei type art satz & grafik, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 5573780, Fax (0231) 55737820, E-Mail: info@typeart-dortmund.de



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Goldenes Ehrenzeichen der LO für Günter Donder

Günter Donder wurde am 9. August 1929 in Stettenbach im Kreis Lyck als Sohn des Landwirts Gustav Donder und seiner Ehefrau Anna Donder, geborene Solinski, geboren. Von 1936 bis 1944 besuchte er die Volksschule, bevor die Familie am 21. Oktober 1945 mit Pferden und Fuhrwerk auf die Flucht ging, die am 2. Februar von der Roten Armee beendet wurde. Ostern 1945 ist Gustav Donder nach Russland deportiert worden und nicht mehr heimgekehrt. Auf deutschen Gütern bei Rastenburg musste Günter Donder bis zum 1. September 1945 Zwangsarbeit leisten. In der Folgezeit war er bis September 1947 als Hilfsarbeiter auf Gütern im Kreis Lyck beschäftigt. Im Anschluss daran besuchte er bis Juni 1951 die polnische Mittelschule, wo er einen Fachabschluss im Metallbereich erwerben konnte. Als polnischer Soldat diente Günter Donder zwischen 1951 und 1955 im Orchester einer Einheit im ostpreußischen Mohrungen. Eine Arbeit im technischen Bereich schloss sich von 1955 bis 1958 in der Mohrunger Sperrplattenfabrik an. Im Juli 1958 siedelte Günter Donder in die Bundesrepublik Deutschland über, wo er bei der Firma Ford bis 1985 im technischen Bereich als Angestellter arbeitete. 1986 wurde er in den vorgezogenen Ruhestand versetzt. Aus seiner Ehe sind zwei Kinder hervorgegangen.



Geehrt: Bärbel Wiesensee übergibt Günter Donder Ehrenzeichen und -Urkunde Bild: privat

Seiner ostpreußischen Heimat war Günter Donder ein Leben lang eng verbunden. Seit 1980 ist er Ortsvertreter von Stettenbach und seit 1983 Bezirksvertreter des Bezirks Baitenberg sowie Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck.

Als Schriftsteller hat Günter Donder drei Bücher verfasst, die alle das Geschehen in Masuren wiedergeben. Sein Buch „Meine Kinderjahre in Masuren“ ist ins Polnische übersetzt und von der Stadt Lyck mit der „Weißen Lilie“ gewürdigt worden. Mit sehr viel Mühe hat Donder jahrelang masurische Wörter, Ausdrücke und Redewendungen gesammelt, um sie in seinem Buch „Kleines Masurisches Wörterbuch, mit Lesestücken und einem Tonträger“ für die nachfolgenden Generationen zu bewahren. Dieses Büchlein ist auch den Sprachforschern der Universität Marburg zur Verfügung gestellt worden.

Günter Donder betätigt sich auch als Maler. Zwei Ausstellungen seiner Bilder, überwiegend masurische Landschaftsaufnahmen, waren 1996 und 2000 in Lyck und eine weitere Ausstellung in Hagen, der Patenstadt der Kreisgemeinschaft Lyck, zu sehen.

Donders größtes Interesse gilt der Landschaftsmalerei. Die Schönheit Masurens und die Liebe zur Natur sprechen deutlich aus seinen Werken.

Bei Besuchen der polnischen Administration in Lyck betätigt sich Günter Donder regelmäßig als Dolmetscher. Zudem übersetzt er die täglichen Meldungen, die in der Lycker Presse erscheinen, für seine Kreisgemeinschaft. Diese Informationen können dann im Lycker Heimatbrief nachgelesen werden.

Für seine Verdienste wurde Günter Donder bereits am 26. August 2000 mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen und am 24. April 2004 mit dem Ehrenschild des Kreises Lyck ausgezeichnet.

Günter Donders Wirken ist öffentlich und geht über den engeren landsmannschaftlichen Bereich hinaus.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Günter Donder das Goldene Ehrenzeichen.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Silberne Ehrennadel der LO für Jürgen Kowalek

Jürgen Kowalek wurde am 20. April 1938 in Kaltenborn im Kreis Neidenburg in Ostpreußen geboren. Er lebte später mit seinen Eltern und seinem jüngeren Bruder in Neidenburg. Vater Otto Kowalek war bis 1943 bei der Post in Neidenburg beschäftigt und wurde dann zur Wehrmacht eingezogen. Im November 1944 wurde die Mutter Anna Kowalek mit ihren Kindern nach Stolp in Pommern evakuiert. Nach dem Durchbruch der Sowjet-Armee bis zur Ostsee blieb der Familie nur die Flucht nach Gotenhafen und dann über die Halbinsel Hela nach Dänemark.

Nach Kriegsende im Mai 1945 wurde die Familie in einem dänischen Lager interniert und verbrachte dort etwa zweieinhalb Jahre. Nach dem Wiederfinden des Vaters (der nun in Herne lebte) durch einen Suchdienst erfolgte die Entlassung der Familie aus dem Lager und der Umzug nach Herne.

Jürgen Kowalek wurde in seiner Jugend durch seine ostpreußischen Eltern und Verwandten sehr geprägt. Er besuchte in Herne das Gymnasium und beendete 1962 seine Ausbildung mit dem erfolgreichen Abschluss des Maschinenbaustudiums. Danach erhielt er in der neu entstehenden Luft- und Raumfahrtindustrie in Bremen einen Arbeitsplatz. Zuletzt war er tätig bei der Astrium GmbH, einem Tochterunternehmen des europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS. Die

Astrium GmbH, ist unter anderem für die Entwicklung und Produktion der Oberstufe der europäischen Trägerrakete Ariane 5 zuständig gewesen.

Jürgen Kowalek war in den letzten vier Berufsjahren Mitglied der Führungsmannschaft, die für diese Aufgabe verantwortlich war. Er hat seine Berufstätigkeit am 31. Dezember 2001 beendet. Seit 2003 ist er Schriftleiter in der Kreisgemeinschaft Neidenburg und für die Erstellung des Neidenburger Heimatbriefes zuständig. Er hat in vielerlei Hinsicht zur weiteren Verbesserung unseres Heimatbriefes beigetragen.

Ich persönlich schätze besonders seine akribische Recherche bei allen zur Veröffentlichung anstehenden Aufzeichnungen. In Anbetracht seiner Leistungen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Jürgen Kowalek in Würdigung des langjährigen Einsatzes für Heimat und Vaterland ihr Ehrenzeichen. *Stephan Grigat, Sprecher*

Im Namen der Neidenburger alles Gute Jürgen Szepanek

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Sorquitter Kirchspieltreffen

Eine bunte Gruppe: Teilnehmer des Gottesdienstes vor der Sorquitter Kirche Bild: privat

Das vierte Sorquitter Kirchspieltreffen auf heimatlicher Erde fand am 23. August 2015 statt. Dazu war eine Gruppe von Heimatfreunden angereist, die noch einige Jahre nach 1945 in dieser Region gelebt hat. Das Treffen begann um 10 Uhr in der Sorquitter Kirche, in der man sich mit den dortigen Sorquitter Gottesdienstbesuchern und vielen Gästen, sogar einer Schar Urlauber aus Warschau, in einem Festgottesdienst vereinte. Auch Kinder und Jugendliche aus der Ukraine, die in der Pfarrei in einem Ferienlager gastierten, waren Teilnehmer des Gottesdienstes. Sie gewannen viel Sympathie mit ihrem aktiven Einsatz. Ihre Lieder bereicherten den Ablauf. Beim Betreten der renovierten Kirche verharrten viele Gäste zunächst am Eingang, um die frische Farbgebung des Gewölbes und der Wände auf sich wirken zu lassen. Die gottesdienstliche Feier zelebrierten der Ortspfarrer Krzysztof Mutschmann und Gastpfarrer Manfred Buchholz. Evangelium und Epistel dieses Sonntags wurden im Blick auf die Vielfalt der Zuhörer in Polnisch, Deutsch und Russisch hörbar. Die Predigt erfolgte durch Pfarrer Buchholz in deutscher Sprache, wurde dann aber in wesentlichen Teilen ins Polnische übersetzt.

Grundlage der Predigt war der Text aus 1. Könige 8, 27. 57.: „Kann Gott überhaupt auf der Erde wohnen? Ist nicht sogar der Himmel zu klein, dich zu fassen, geschweige denn dieses Haus, das ich gebaut habe? ... Der Herr, unser Gott, sei mit uns, wie er mit unseren Vorfahren war. Er verlasse uns nicht und ziehe die Hand nicht ab von uns.“

Die Predigt hob hervor, dass jegliche Kirche, auch die Sorquitter, Gott geweiht ist. In ihr solle Gott wohnen, den Menschen durch die Jahrhunderte hindurch nahe sein. In dieser Absicht sei auch dieses Gotteshaus durch unsre Vorfahren errichtet worden. Der Redner erwähnte sodann den derzeitigen Pfarrer, der laut Auflistung der 20. Geistliche seit 1550 an dieser Kirche ist. Die Sorquitter Kirche habe somit nie Mangel an Verkündigern des Wortes Gottes gehabt. Anhand des Textes brach die Frage auf: „Braucht man überhaupt eine Kirche, um Gott nahe zu sein?“ Bereits Salomo fragte zur Tempelweihe: „Ist nicht sogar der Himmel zu klein, dich zu fassen, geschweige denn dieses Haus, das ich gebaut habe?“ Ein weiterer Teil der Predigt veranschaulichte: „Gott ist größer als alle erbauten Kirchen dieser Erde. Seine Gegenwart ist nicht allein an ein Gebäude gebunden. Gott ist uns überall nahe, kann uns überall begegnen.“ Mit vielen Beispielen aus dem Alltag erläuterte der Gastredner die dafür gegebenen Möglichkeiten. Ausführlich bekräftigte er abschließend: „Und doch sind Kirchen besondere Räume. Für ein funktionierendes kirchliches Leben sind sie unentbehrlich.“

Nach dem Gottesdienst bestand die Möglichkeit, auf dem Gelände neben dem Jugendheim zwei weitere sich im Bau befindliche Gebäude zu betrachten, die in absehbarer Zeit der Jugendarbeit und Ferienfreizeit zur Verfügung stehen werden. Das gemeinsame Mittagessen und die anschließende Kaffeetafel fanden im Pfarrsaal statt. Dazu hatte die Vertretung der aus Deutschland angereisten Sorquitter auch 25 Kirchentreue deutscher Abstammung der dortigen Pfarrei eingeladen. Bei dieser Begegnung kam es zu mancherlei erstaunlichen Gesprächen, in denen deutlich wurde, dass 70 verflossene Jahre Spuren einer großen Veränderung hinterlassen haben. *Manfred Buchholz*

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Düsseldorf – Freitag, 9. bis Sonntag 11. Oktober, Düsseldorf: Bundestreffen. Am 11. Oktober steht in diesem Rahmen eine Führung durch das Museum Stadt Königsberg in Duisburg auf dem Programm, das Ende 2015 seine Tore schließen wird.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 3. Oktober, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal: Herbstfest der LM Ostpreußen, KG Stuttgart, unter Mitwirkung des Trios Jurewitz mit schönem Programm, heimatlich, herbstlich gestimmt, wie gewohnt. Gäste sind herzlich eingeladen.

Mittwoch 7. Oktober, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer. Saal, Stuttgart, Schloßstraße 92: Diavortrag von Karla Weyland, Landeskulturreferentin LM Ost-/Westpreußen in Hessen. Thema: „Kreuz und quer durch die Altmark und Neumark bis Königsberg in der Neumark.“

Die Altmark ist eine Region im Norden des Landes Sachsen-Anhalt. Der Name Altmark erschien erstmals 1304 – Antiqua Marchia (Alte Mark) – und bezieht sich auf ihre Bedeutung als westelbisches Ausgangsgebiet bei der Einrichtung der Mark Brandenburg. Viele der großen Kirchen in den Städten der Altmark werden der Backsteingotik zugerechnet, in den Dörfern gibt es fast 400 Feldsteinkirchen.

Die Neumark (polnisch Nowa Marchia) ist eine östlich der Oder gelegene historische Landschaft, die heute größtenteils (mit Ausnahme von Arnswalde, Königsberg (Neumark), Soldin und der bei Deutschland verbliebenen Teile) zur polnischen Woiwodschaft Lebus gehört. Die Neumark bildete neben der Kurmark bis 1815 einen der beiden Landesteile der Mark Brandenburg. Anschließend gehörte sie bis 1945 zur preußischen Provinz Brandenburg (Regierungsbezirk Frankfurt). Auch die Neumark ist reich an bau- und kunstgeschichtlich wertvollen und interessanten Burgen, Schlössern und Herrenhäusern aus unterschiedlichen Stilepochen. 1267 erhielt die Stadt Konigsberge die Marktrechte und die Gerichtsbarkeit, sie wurde zeitweise Hauptort der Neumark.

Es erwartet Sie ein interessanter Vortrag mit anschließender Diskussion, zu dem Sie, Ihre Freunde und Bekannten herzlich eingeladen sind. Der Eintritt ist frei.

Buchen – Dienstag, 29. September, 16 Uhr: „So wohnten die Fürsten“. Busfahrt zum Kloster Bronnbach zu einer Führung mit S.D. Fürst Alois Konstantin zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg. Bus-Abfahrtszeiten zu erfragen bei Rosemarie Winkler, Telefon (06281) 8137.

Kurzer Rückblick: Der Ferienaufenthalt der Kreisgruppe in Pfronten im Allgäu mit Alm-Abtrieb der Kühe war wunderschön.

Göppingen – Jeweils am ersten Mittwoch im Monat trifft sich um 14 Uhr im Lokal Glashaus, Weberstraße 15, 73084 Salach, die Kreisfrauengruppe zu ihren Kulturnachmittagen. Ansprechpartner ist Vera Pallas, Telefon (07162) 5870.

Reutlingen – Sonnabend, 10. Oktober, 14 Uhr: Erntedankfest mit Tombola. Bitte Gewinne bei Ilse Hunger, Steinbachstraße 54, Reutlingen, abgeben.

Stuttgart – Mittwoch, 7. Oktober, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal: Vortrag der Landesgruppe. Referent Dr. Wolfgang Kaufmann spricht über „Preußen und der Islam“.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonntag, 4. Oktober, 14.30 Uhr, Orangerie, Grüner Saal: Tag der Heimat (BdV Ansbach). Mit dem Männergesangverein Hennenbach (Leitung Hans Frommknecht) sowie mit der Pommerschen Speeldeel „Ih-

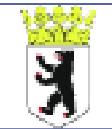
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

na" aus Erlangen (Leitung Silvia Jäger) sowie mit allen, die unsere schönen Volkslieder mitsingen wollen.

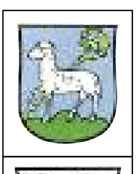
Landshut – Mittwoch, 7. Oktober: Ausflug an den Achensee mit der Landsmannschaft Schelsien.

München – Freitag, 9. Oktober, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe. – Freitag, 16. Oktober, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Ein Nachmittag mit den Themen Hermann Löns, Herbst und gemeinsamem Singen. Zu Beginn gibt es eine gemeinsame Kaffeetafel.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Heilsberg/Rößel – Sonnabend, 10. Oktober, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus", Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Feier zum 65. Jährigen Bestehen der Kreisgruppe und zum 50-jährigen Jubiläum der Fahnenweihe und Erntedankfeier. Anfragen bei Erika Hackbarth, Telefon (033763) 40137, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



Rastenburg – Sonntag, 11. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24B, 13629 Berlin: Erntedankfest. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

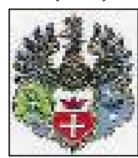


Frauengruppe – Mittwoch, 14. Oktober, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10694 Berlin: Gespräche zum Erntedank. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

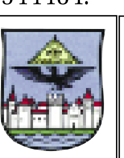




Gumbinnen/Johannisburg/Lötzen/Sensburg – Dienstag, 20. Oktober, 13 Uhr, der Ort des Treffens wird noch bekannt gegeben: Erntedankfest mit Essen. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



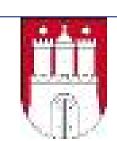
Königsberg – Freitag, 23. Oktober, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Hallensee: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.





Tilsit-Ragnit/Tilsit-Stadt – Sonnabend, 24. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.





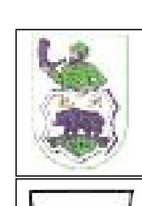
HAMBURG

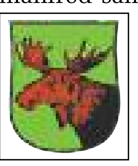
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 26. September, 10 bis 17 Uhr, 30. Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften mit vielen Angeboten heimatlicher Spezialitäten auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz, Mönckebergstraße (gegenüber Karstadt).

KREISGRUPPEN

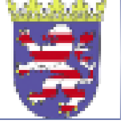




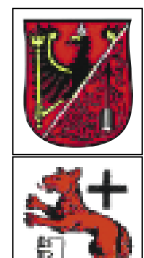
Insterburg/Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und zu einem kulturellen Programm um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Elchniederung – Mittwoch, 30. September, 14 Uhr, Gesellschaftshaus Lakkemann, Litzowstieg 8, Hamburg-Wandsbek: Gemütliches Beisammensein mit Vorträgen und Singen zur Begrüßung des goldenen Herbstes. Gäste sind herzliche willkommen.



Osterode – Wir laden ein zu unserer Erntedankfeier am Sonnabend, den 10. Oktober, in das Restaurant Ribling, Fuhlsbüttler Straße 755, Magnolienzimmer. Das Restaurant liegt direkt am S-/U-Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbüttler Straße. Wir beginnen mit einer gemeinsamen Kaffeetafel und singen Herbstlieder. Spenden für unseren Erntetisch nehmen wir gerne entgegen. Der Eintritt ist frei.



Gumbinnen/Heiligenbeil – Die Heimatkreisgruppen Gumbinnen und Heiligenbeil feiern ihr Herbstfest gemeinsam am 17. Oktober im Traditionshaus Lackemann, Hinterm Stern/Ecke Litzowstieg. Beginn ist um 14 Uhr. Dazu sind alle Mitglieder der Landesgruppe Hamburg e.V. und Freunde Ostpreußens eingeladen. Wir wollen gemeinsam einige frohe und besinnliche Stunden miteinander verbringen. Es wir auch ein Film gezeigt „Ostpreußenund seine Traditionen, zusammengestellt von Manfred Samel. Sie erreichen das Traditionshaus Lackemann mit der U1 bis Wandsbek-Markt. Zu Fuß geht es über die Wandsbeker Marktstraße und den Durchgang Hinterm Stern (zwischen Wandsbek-Quarre und Hotel Tiefental) und dann sehen Sie schon das Traditionshaus Lackemann. Anmeldung bis zum 15. Oktober bei den Sprechern der Gruppen, den Landsleuten Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784 und Konrad Wien (040) 320490, erbeten.

HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Kassel – Donnerstag, 1. Oktober 2015, 14.30 Uhr. AWO-Heim, Am Wehrturm 3, Kassel. Filmvorführung: „Als der Osten noch Heimat war – Pommern."

Wiesbaden – Dienstag, 13. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe zum Erntedank-Nachmittag. – Donnerstag, 15. Oktober, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 9. Oktober bei Irmgard Stefen, Telefon (0611) 844938.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Am Freitag, 28. August 2015, trafen sich einige Schülerinnen und Schüler der Hans Schemm Schule in Göttingen. Edith Cyrus begrüßte die Teilnehmer ganz herzlich zu schönen gemeinsamen Stunden. Das jährliche Treffen findet immer noch großen Anklang, wenngleich die Teilnehmerzahl rapide abnimmt. Ganz kurzfristig mussten noch einige ihr Kommen absagen, aber dennoch waren wir eine nette Gemeinschaft, die dieses Wochenende richtig fröhlich genossen hat.

Es gibt und gab wie immer viel zu erzählen, Nettes und Lustiges, aber auch Trauriges, denn mit zunehmendem Alter müssen wir uns auch von einigen lieb gewordenen Menschen verabschieden. So in diesem Jahr von Elfriede Pankrath.

Alle haben ihren Teil zum Gelingen dieser Tage beigetragen, es wurde viel gesungen, die alten Heimat- und Volksweisen, die man ja sonst nirgendwo mehr hören kann. Aber auch richtig schöne Gedichte und Geschichten kamen zu Tage. Ebenfalls Gespräche über die neuen Flüchtlinge, die nun bei uns ein friedliches Plätzchen suchen um den Kriegswirren in ihrer Heimat zu entgehen. Da war sie wieder, die schreckliche Zeit, die wir alle von 1945 bis 1947 erlebt hatten. Wie bitter war es, wenn man mit bösen Worten und Blikken abgelehnt wurde. Nun ist von uns Barmherzigkeit gefragt.

Es freut mich immer wieder, wie herzlich und vertraut wir Hans-Schemm-Schüler miteinander umgehen. Wir sind wie eine Familie zusammengewachsen und als wir uns am Sonntag nach dem Frühstück trennen mussten, war manches Tränchen gekullert. Wir vereinbarten ein neues Treffen für das nächste Jahr. Das wäre vom 26. Bis 28. August 2016, wieder im Hotel Rennschuh im Göttingen. Liebe Schemm Schüler, bis dahin euch allen eine gute Zeit.

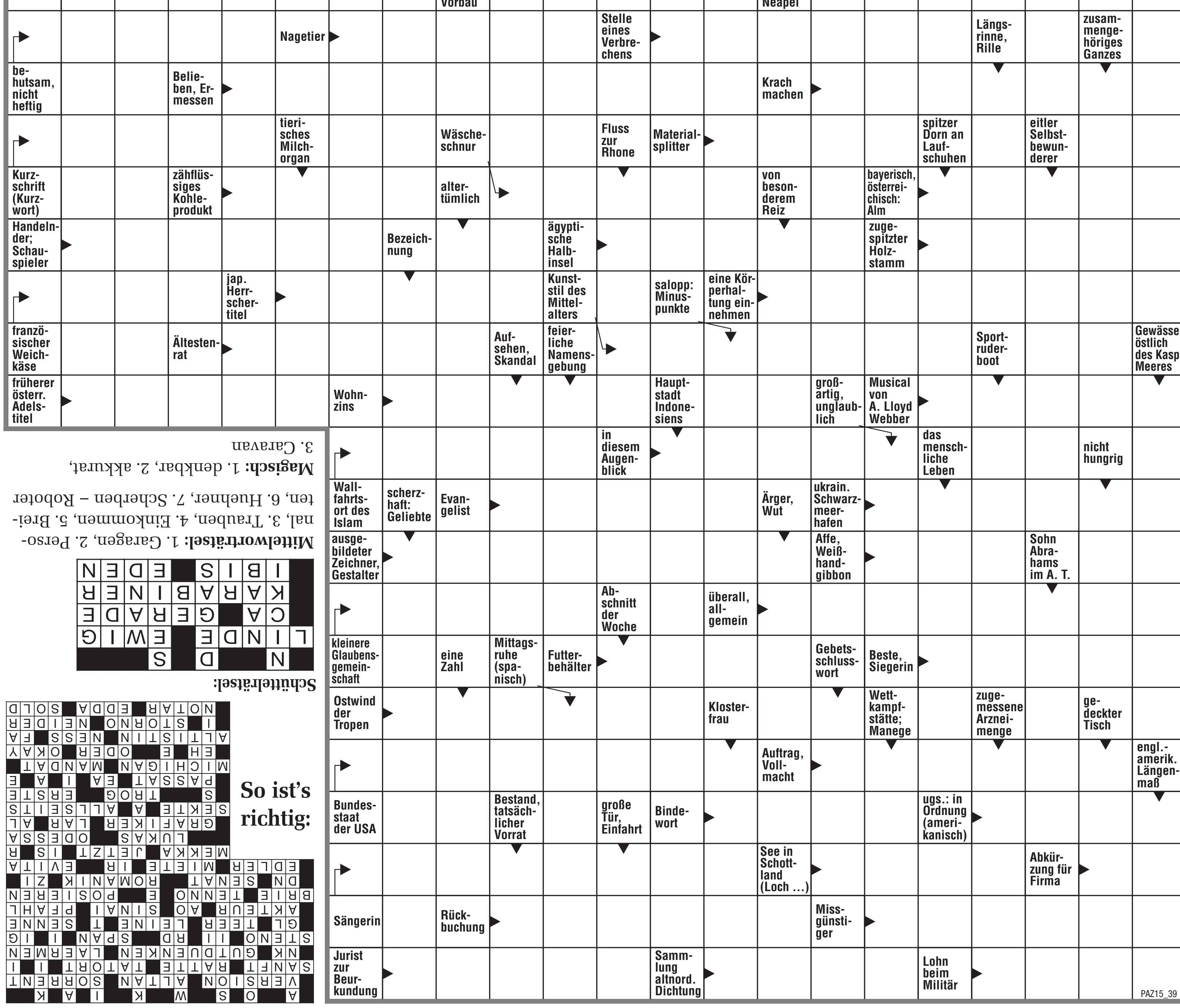
Hannover – Freitag, 16. Oktober, 14.30: Unser Herbstfest, das wir wieder mit der Pommern-Gruppe durchführen, findet in unserem Lokal statt.

Helmstedt – Donnerstag, 8. Oktober, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe.

Osnabrück – Sonntag, 27. September, 15 Uhr, Parkhotel Osnabrück: Erntedanknachmittag. Anmeldungen bis 17. September: Else Tober, Telefon 1393614, oder Barbara Kleine, Telefon 74282. – Freitag, 16. Oktober, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.

Rinteln – Donnerstag, 8. Oktober, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Bei diesem Monatstreffen der Rintelner Gruppe wird Dr. Hans-Walter Butschke aus Lemgo einen Vortrag zum Thema „Vom Urpferd bis zum Trakehner" halten. Angehörige und Freunde sowie interessierte Gäste aus Nah und Fern sind ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20



Schüttelrätsel

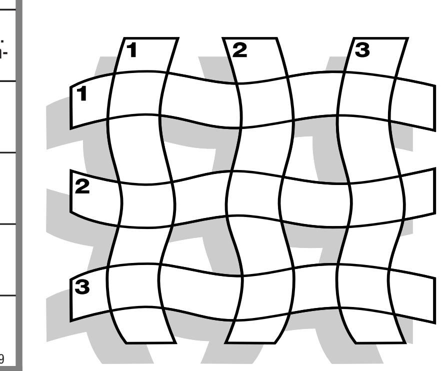
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

CIIKN · AABN · ADEGS · EEIRS · ADNW · DEEI · EGNR · EGIW · DEILN · ADEE GR · AABEI KNRR · BIIS · DEEN

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Maschinenmensch.

1	TIEF		TOR
2	BODEN		ABBAU
3	WEIN		SAFT
4	NETTO		STEUER
5	SPUR		GRAD
6	HAUS		STALL
7	GLAS		HAUFEN



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 möglich
2 sorgfältig, genau
3 Kombiwagen; Wohnwagen

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Dienstag, 6. Oktober, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74: Vortrag „Salem Kinderdorf im Königsberger Gebiet“. Referent ist Gerhard Lipfert, Geschäftsführer der Salem Kinderdörfer.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland“ unter Leitung von Radostina Hristova. – Montag, 28. September, 19 Uhr, GHH: Eröffnung der Ausstellung „Fotografie in Ost- und Westdeutschland der 50er und 60er Jahre“ von Volkmar Jaeger und Walter Vogel. Die Ausstellung ist bis zum 6. November zu besichtigen. – Mittwoch, 30. September, 19 Uhr, GHH: Buchpräsentation mit Volker Dittrich, „Wem gehört das Haus in Chemnitz?“

Ennepetal – Sonntag, 11. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Rosine: Erntedankfest der LO. – Donnerstag, 15. Oktober, 16 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung der LO.

Essen – Freitag, 16. Oktober, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Wir feiern das Erntedankfest.

Neuss – Sonntag, 4. Oktober, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Erntedankfest der Ostpreußen mit Gedichten, Liedern und Tanz unter der Erntekrone.

Tag der Heimat

Der Tag der Heimat, ausgerichtet vom Bund der Vertriebenen (BdV) Kreisverband Neuss e.V., stand unter dem Motto: „Vertreibungen sind Unrecht gestern und heute“.

Das feierliche Gedenken an Flucht und Vertreibung in Neuss zum Tag der Heimat begann mit der Kranzniederlegung am Ostdeutschen Gedenkstein. Pünktlich hatte das Glockenspiel die Heimatlieder der Vertriebenen und das Neusser Heimatlied intoniert. Worte des Gedenkens sprach Marianne Lange, Vorsitzende der Landsmannschaft Pommern, Kreisgruppe Neuss. Peter Pott, Vorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Neuss und Kreisvorsitzender, hielt unterstützt durch den Trompeter Michael Steinfort die Totenehrung. Er verwies auf die Parallele zwischen der Tragödie, die sich für die Vertriebenen auf der „Wilhelm Gustloff“ abspielte, und der Tragödie, die sich derzeit im Mittelmeer für die Flüchtlinge abspielt, die auf überladenen Schiffen in die Tiefe gerissenen werden.

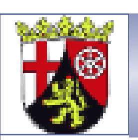


Prominenter Festredner: Der BdV-Kreisvorsitzende Peter Pott (l.) begrüßte den bekannten CDU-Politiker Wolfgang Bosbach Bild: privat

Der von dem BdV-Kreisverband gemietete Bus brachte die Teilnehmer ins Marienhaus, Kapitelstraße, wo das Heimatgedenken festlich fortgesetzt wurde und mit einem gemeinsamen Kaffeetrinken begann. Im Foyer hatten die Landsmannschaften Ostpreußen, Pommern, Schlesien und der Deutschen aus Russland Landkarten, Bücher, Flyer und anderes Informationsmaterial bereit gelegt. Im Saal standen die entsprechenden Fahnen und an den Wänden hingen die alten Wappen. Es hatten sich etwa 200 interessierte Bürger und Bürgerinnen eingefunden und wurden von Peter Pott und den Vertretern aus dem Stadtrat und dem Kreisvorsitzenden Hans-Jürgen Petrauschke begrüßt. Einen Gruß verbunden mit interessanten Gedanken zum Motto des Tages überbrachten auch Gesundheitsminister Hermann Gröhe und Alfred Kottisch, BdV Bezirksvorsitzender.

Die Festrede hielt Wolfgang Bosbach, CDU-Bundestagsabgeordneter, der mit Erinnerungen an seine Kindheit in Bergisch Gladbach gegen Ende der 50er Jahre seinen Begriff von Heimat definierte. „Für mich ist Heimat die Erinnerung an die Familie, die Menschen und ganz bestimmte Orte.“ Vergleichsweise ginge es den Menschen, die keinen solchen Ort haben, wie dem fliegenden Holländer, der nie einen sicheren Hafen findet, in dem er zur Ruhe kommen kann. Wolfgang Bosbach betonte den Unterschied zwischen den deutschen Vertriebenen und den heutigen Flüchtlingen. Die Vertriebenen sind nicht freiwillig gegangen und hatten auch bis zur Wiedervereinigung keine Möglichkeit, in ihre Heimat zu reisen. Vergessen dürfen wir auch die eine Million Deutschen nicht, die nach dem Zweiten Weltkrieg zur Zwangsarbeit vorwiegend in die Sowjetunion verschleppt wurden und erst nach langer Zeit zurückkehren durften. „Viel von dem, was wir uns vorgenommen haben, ist aber auch gelungen“, und das ist ein Grund zum Feiern. So können die Vertriebenen z.B. in ihre Heimatgebiete reisen. Das heißt aber nicht, dass wir das Unrecht vergessen, das geschehen war.“ Im weiteren hob Bosbach die Leistungen der Ostpreußen, Schlesier, Pommern, Sudetendeutschen und anderen Heimatvertriebenen hervor. „Ihr Beitrag zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik kann gar nicht genug gewürdigt werden. Sie haben nicht gefragt: Was kann der Staat für mich tun, sondern sie haben in ihrer neuen Heimat die Ärmel hochgekrempelt und angepackt.“ Mit Blick auf die aktuellen Flüchtlingsströme erinnerte Bosbach daran: „Integration kann nur gelingen, wenn sich alle an die gleiche Rechts- und Werteordnung halten.“ Es müsse in Europa auch zu einer gerechten Lastenverteilung kommen. Der Programmablauf wurde musikalisch eingeleitet durch den „Quartettverein Sängerbund 1859 Büderich“ unter der Leitung von Johann Strauß und auch zwischendurch immer wieder festlich aufgelockert durch die glänzend gesungenen Heimatlieder.

Im Anschluss an den festlichen Teil hatten die Teilnehmer Gelegenheit zum Gedankenaustausch und zur freundschaftlichen Begegnung.

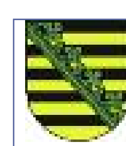


RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz/Stadt – Sonnabend, 26. September, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Erntedankfest. Gaben für den Erntetisch werden gerne angenommen. – Donnerstag, 15. Oktober: Spaziergang am Kasteler Rheinufer zur Maaraue. Treffpunkt: 14 Uhr, Mainz-Kastel, vor dem Restaurantschiff.

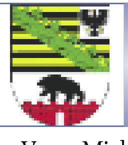
Ludwigshafen – Samstag, 3. Oktober: Treffen der Gruppe um 15 Uhr in Lu-Gartenstadt, Forsterstraße zu neuem Wein und Zwiebelkuchen. – Donnerstag, 15. Oktober, machen wir eine Fahrt mit der Nostalgiebahn in die Umgebung von Mannheim. Abfahrt um 14 Uhr ab Haltestelle Mannheim HBF.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Leipzig – Bericht – „Denn die Freude, die wir geben, kehrt ins eigene Herz zurück“. Wie wahr dieser Spruch ist, erleben die Mitglieder des Leipziger Chores „Lied der Heimat“ immer wieder bei ihren Auftritten im Altenheim Angelikastift. Schon viele Jahre veranstaltet der Chor fünfmal im Jahr dort einen Konzertnachmittag mit einem jeweils der Jahreszeit angepassten Programm. Die Chorleiterin Rosa Wegelin ist immer bemüht, aus dem reichen Schatz unseres deutschen Liedgutes neue Lieder auszusuchen und einzuüben, auch Lieder, die den Heimbewohnern bekannt sind, dann singen viele mit Begeisterung mit. Oft werden bestimmte Heimatlieder gewünscht, denn es gibt Pommern, Schlesier und Ostpreußen unter den Heimbewohnern. Diese Wünsche werden gerne erfüllt. Viele schöne Gedichte bereichern das Programm. Die Musiker Peter Wegelin (Akkordeon) und Peter Seidel (Gitarre) sind schwungvolle Begleiter. Was gibt es Schöneres für alle Mitwirkenden, wenn bei der Verabschiedung Lob und herzlicher Dank ausgesprochen werden und die Frage „Wann kommt ihr wieder?“. Manchmal bedauern die Chormitglieder, nicht etwas jünger zu sein, um allen Nachfragen und Anforderungen gerecht zu werden.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 12. Oktober, 14 Uhr, Krötenhof: Erntedank.

Gardelegen – Freitag, 16. Oktober, 12 Uhr, Waldgaststätte Lindenthal: Erntedankfest und Schlachtfest mit Programm.

Magdeburg – Freitag, 9. Oktober, 15 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 13. Oktober, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Sonntag, 11. Oktober, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Treffen der Mitglieder. Erntedank mit Grillfest.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Im Mittelpunkt des Septembertreffens der Gruppe stand ein Interview mit Bernd Fabricius, dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen zum Thema „Heimat kann man mitnehmen“. Fabricius ist seit 2014 Nachfolger der langjährigen Präsidentin Erika Steinbach. Er wurde in den 60er Jahren geboren und verließ als 18-Jähriger seine Heimat Rumänien. Heute lebt er in Bayern, Berlin und in Rumänien. Er ist Bundestagsabgeordneter der CSU.

Fabricius wurde die Frage gestellt, warum es heute noch Vertriebenenverbände gebe. Der Befragte bestätigte, dass sich die Vertriebenenarbeit seit Beginn der 50er Jahre verändert habe, aber geblieben sei die Erhaltung des kulturellen Erbes.

Über den Beitrag entwickelte sich eine lebhafte Aussprache, in der die persönlichen Flucht- und Nachkriegserlebnisse zum Ausdruck gebracht wurden. Damals kamen deutsche Vertriebene zu Deutschen mit der gleichen Kultur. Jetzt kommen Menschen zu uns, die eine andere Kultur und Lebensart mitbringen. So sind besonders viel Verständnis und Toleranz erforderlich. *Gisela Brauer*

Neumünster – Bericht – Die Kreisgruppe Neumünster, traf sich am 9. September zum gemeinsamen Mittagessen im „Restaurant am Kantplatz“. Die Küche gab ihr Bestes.. Allen hat es sehr geschmeckt. Mitglieder und Gäste waren vergnügt, es wurde gesungen, plachandert und geschunkelt. Wie üblich wurden wieder lustige Geschichten vorgetragen.

Die Vorsitzende Brigitte Profé erwähnte, dass auch die anderen Vertriebenenverbände immer willkommen sind. Wichtig sind gegenseitige Besuche, Kontakte und Gespräche, die heimatliche Treue beweisen. Ein altes Sprichwort heißt: Ein Ostpreuße braucht andere Ostpreußen zum „Auserzählen“.

Viel zu schnell verging der gemütliche Nachmittag.

Hinter weißen Fassaden

Wo Kanzlerin Merkel Stammgast ist – Binz lädt zum Wochenende des Hineinspazierens in seine weißen Villen

Im September stehen auf Rügen die weißen Villen von Binz im Mittelpunkt. Im „Monat der Bäderarchitektur“ können Gäste an diesem Wochenende in die prächtigen Häuser hineinspazieren.

Das dunkelgrüne Cabrio rollt im Schritttempo über die Binzer Strandpromenade. Autofreunde machen große Augen. Denn das Prachtexemplar – ein Citroen, Baujahr 1926, 20 PS – ist ein seltenes Schmuckstück. Cineasten sind eher an dem Paar interessiert, das im Oldtimer sitzt und den Spaziergängern huldvoll wie Königs zuwinkt. Das sind doch ..., na ja, zumindest sehen sie aus wie Willy Fritsch und Lilian Harvey, das Leinwand-Traumpaar der 20er Jahre.

Das betagte Fahrzeug mit den blankgewienerten Chromgriffen hält vorm Dünenhaus neben einem Klavier, das am Rande der Promenade „geparkt“ hat. Ein Pianist greift in die Tasten und spielt, „Ein Freund, ein guter Freund“. Dazu tanzen Zimmermädchen, Empfangschef und weiteres „Personal“ zur Begrüßung der „prominenten“ Gäste.

Die kleine Schauspielszene eines Rügener Theater-Ensembles erinnert an einen Binz-Besuch der beliebten Ufa-Stars im Jahr 1930. Fritsch und Harvey, die offiziell ja nur Kollegen waren, verbrachten damals heimlich gemeinsame Urlaubstage in dem „Dünenhaus“.

Aber dieses kleine Promi-Schmankerl ist längst nicht das einzige Geheimnis, das sich hinter den Mauern der rund 50 wunderschönen weißen Villen von Binz verbirgt. Jede einzelne hat ihre Geschichte. Spannend, romantisch, tragisch, faszinierend. Alljährlich im September, dem „Monat der Bäderarchitektur“, können Besucher einen Blick hinter die Fassaden werfen und das eine oder andere Geheimnis ergründen. Da gibt es Vorträge und Veranstaltungen, Ortsführungen, Bilderausstellungen und – als Sahnehäubchen – die „offenen Türen“ am letzten Wochenende des Monats unter dem Motto „Hereinspaziert in die Villen“.

Unter der Führung eines echten Rüganers (Zugezogene sind schnöde Rügener) schlendern Gästegruppen von einer Bäderarchitektur-Schönheit zur anderen, bewundern verspielt verzierte Fassaden, offene Veranden, Balkone und Loggien, kecke Türmchen und geschwungene Freitreppen. Sie spazieren durch lichtdurchflutete, modern eingerichtete Zimmer, erfahren, dass die Zeit der „indischen Toiletten“ (rechts und links des Ganges) endgültig der Vergangenheit angehört, erleben humorvoll inszenierte Spielszenen und werden häppchenweise mit Informationen über das Seebad Binz, seine Bewohner oder auch mit hausgemachtem Walnusskuchen (im Haus Klünder) gefüttert.

Stadtführerin Marita Boy kennt jeden Stein, jede Anekdote und die Mentalität der Binzer. Sie erzählt: „Früher bauten die Insulaner nicht direkt am Meer, aus Angst und Respekt vor der Naturgewalt. Noch heute wohnen fast alle Einheimischen in der zweiten Reihe. Die Villen an der Strandpromenade sind für die Urlauber. Wenn mal das Meer kommt, kriegen erst die Gäste nasse Füße.“

Das Bad im Meer gilt noch gar nicht so lange als willkommene Erfrischung. 1884, als Binz zum Seebad erklärt wurde, fuhren die ersten Urlauber noch mitsamt Kutsche ins flache Wasser, ließen nur kurz ihre Waden vom Wasser umspielen, um sich dann flugs mit „huch“ und „hach“ wieder auf die sicheren Sitze zu retten.

Die Geheimnisse der weißen Villen sind untrennbar verbunden mit der „Aktion Rose“, jener Enteignungswelle der DDR im Februar 1953. Damals wurden rund 400 privat geführte Pensionen und Hotels an der Ostseeküste und auf den Inseln unter fadenscheinigen Gründen beschlagnahmt und zum „Eigentum des Volkes“ erklärt. Erst nach der deutschen Einheit kamen einige ehemalige Besitzer beziehungsweise ihre Nachkommen im Zuge der Rückübertragung wieder in den Besitz der inzwischen morbiden und heruntergekommenen Häuser.

Einer von ihnen ist Michael Gronegger, dessen Mutter Alwine Klünder 1905 eine weiße Villa an der Strandpromenade hatte bauen lassen. Zusammen mit seiner Frau Ingeborg beschloss der Banker, die baufällige Immobilie wieder instand setzen zu lassen und dort Ferienappartements einzurichten. Überraschung bei der Renovierung: ein alter Weinkeller im zugemauerten Gewölbe unter dem Haus. Heute stellt der Hausherr dort den vielleicht größten Bernstein Deutschlands aus.

Gleich nebenan steht die prächtige Villa Sirene. „Fällt Ihnen an der Figur dort oben auf dem Dach etwas auf?“, fragt Frau Boy ihre Gäste und dreht neckisch den Sonnenschirm, der ihre historische Tracht ergänzt.



Arztspiele für Binzer Badegast: Fröhlicher Theatersketch vor der Villa Haiderose — Bild: von Grudzinski

„Die hat einen Dreizack und kräftige Oberarme, aber auch einen Busen“, hat eine Dame aus dem Ruhrpott erkannt. Genau! Die Ortsführerin erzählt schmunzelnd vom ehemaligen Besitzer-Ehepaar, das sich partout nicht darüber einigen konnte, was für eine Figur den Dachfirst zieren sollte. Er wollte einen Poseidon, sie eine Nixe. Der Hausherr setzte sich durch. Auf dem Dach thronte alsbald ein Meeresgott mit Vollbart und Dreizack. Doch die Gattin hatte das letzte Wort. Sie ließ das Kunstwerk heimlich umgestalten. Bart ab, Busen dran. Manchmal ist es so einfach.

Kulinarische Erinnerungen bietet unter anderem das Hotel Villa Salve von Regine und Harald Schewe. Am historischen Abend – es gibt Consommé von Strauchtomaten mit frischen Gartenkräutern, Tranchen vom rosa Roastbeef mit Speckbohnenbündchen und Pastinaken-Kartoffel-Püree sowie Grießflammerie auf marinierten Beeren – wird mit historischen Kostümen und Anekdoten aus der Geschichte des Hauses die Vergangenheit lebendig. Der Abend klingt an der Bar beim Couleur- oder auch Etagenschnaps aus. Sieben Etagen sind die Höchstleitung, sagt der Barkeeper. Doch sein Favorit hat nur drei Etagen mit den Schnapsfarben grün, weiß, gelb und ist eine Hommage an Nelson Mandela und seine Lieblings-Rugby-Mannschaft, die Springboks.

Welchen Etagen-Drink Angela Merkel als Absacker schätzt, wird nicht verraten, nur ihr Lieblings-Menü: Steinbutt, gebraten auf der Haut, mit grünem und weißem Spargel. Denn unsere Kanzlerin ist Stammgast in der Villa Salve und war schon mit Staatsgästen wie Frankreichs Präsident François Hollande und Norwegens Thronfolgerpaar Haakon und Mette-Marit hier. Meistens unbemerkt und ohne Aufsehen. Denn auf Binz ist Diskretion Ehrensache. *Uschi von Grudzinski*

Wandlungsfähiges Liebesnest

Schloss Albrechtsberg bei Dresden – Erst Idylle eines Preußenpaares, dann Ulbrichts Pionierpalast, jetzt schnöde Messestätte

Friedrich Heinrich Albrecht Prinz von Preußen, der 1809 geborene fünfte und jüngste Sohn von König Friedrich Wilhelm III. avancierte noch mit über 60 Jahren zum Kriegshelden. Das verdankte er seinem hohen persönlichen Einsatz im Feldzug gegen Frankreich 1870/71, welcher letztendlich dazu führte, dass er auf einem Auge erblindete. Dabei hätte der Prinz durchaus gute Gründe gehabt, sich zurückzuhalten, denn der Berliner Hof begegnete ihm seit 1849 mit Missbilligung und Distanz. Ursache hierfür war seine Scheidung von Prinzessin Marianne, der Tochter des Königs der Niederlande, sowie die nachfolgende Eheschließung mit Rosalie von Rauch. Letztere nämlich galt, obzwar am Ende noch schnell zur Gräfin von Hohenau erhoben, nicht als ebenbürtig, was sie in Preußen zur unerwünschten Person machte.

Deshalb beschloss Albrecht im Vorfeld der zum Skandal erklärten Hochzeit, die im Juni 1853 in Meiningen stattfand, den gemeinsamen Wohnsitz nach Sachsen zu verlegen. Unterstützung bekam er dabei insbesondere von Baronin Ernestine von Stockhausen, der Frau seines Kammerherrn. Diese erwarb für 16 000 Taler einen wundervoll gelegenen Weinberg am Elbhang von Dresden-Loschwitz, der zuvor James Ogilvy, dem 7. Earl of Findlater und 4. Earl of Seafield, gehört hatte, welcher ebenfalls aus seiner Heimat verdrängt worden war – allerdings nicht wegen einer morganatischen (unstandesgemäßen) Ehe, sondern aufgrund homosexueller Neigungen.

Auf dem exponierten Areal beziehungsweise den Grundmauern des Hauses des 1811 verstorbenen schottischen Adligen entstand dann zwischen 1850 und 1854 das Schloss Albrechtsberg, dessen spätklassizistischer Stil auffällig mit dem sonst überall in der sächsischen Residenz vorherrschenden Barock kontrastiert. Die Ausführung des Vorhabens, das insgesamt 3,5 Millionen Taler verschlang, oblag dabei dem königlich-preußischen Hof- und Landbaumeister und Schinkel-Schüler Adolf Hermann Lohse. Der orientierte sich unter anderem am Vorbild der weltbekannten Renaissance-Villa d'Este in Tivoli bei Rom.

Zudem erhielt das Schloss auf Wunsch des weitgereisten und vom Orient begeisterten Bauherrn ein maurisches Bad mit Ausstattungselementen nach Art der Alhambra von Granada, wobei auch hier wieder ein preußischer Architekt zum Einsatz kam, nämlich Carl Wilhelm von Diebitsch. Und die ausgedehnte Parkanlage, die zum Schluss um das Anwesen herum entstand, war ebenfalls das Werk eines Preußen, in diesem Fall des Gartenbaudirektors Eduard Neide.



Das Prächtigste der drei Elbschlösser von Dresden: Albrechtsberg — Bild: colourbox

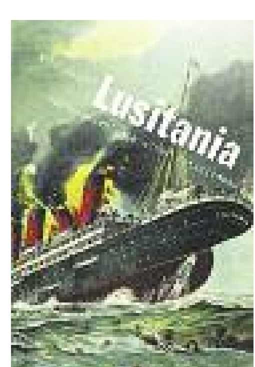
Nach der Übersiedlung von Prinz Albrecht und dessen Frau in das neue Domizil bestand der Zwist mit Berlin fort, was sich zum Beispiel darin äußerte, dass der preußische Gesandte in Sachsen, Graf Heinrich von Redern, den Auftrag erhielt, Rosalie gesellschaftlich komplett zu ignorieren. Deshalb blieb die Gräfin von Hohenau auch weiter in Dresden wohnen, nachdem Albrecht 1872 den Folgen eines Schlaganfalls erlegen war, welchen er am Tage der Siegesparade anlässlich des Endes des Deutsch-Französischen Krieges erlitten hatte. Die Gattin starb schließlich 1879.

Hierdurch erbten die beiden Söhne des Paares, die 1854 und 1857 auf dem Familiensitz über der Elbe geboren worden waren, den Sandsteinbau mit den rund 100 Zimmern und residierten darin – zuerst Friedrich von Hohenau, der 1914 verschied, und dann sein älterer Bruder Wilhelm. Dieser hatte es bis zum Generalleutnant und Flügeladjutanten von Kaiser Wilhelm II. gebracht, war dann aber schon 1906 im Rahmen der Eulenburg-Affäre wegen angeblicher Homosexualität aus der Armee entlassen worden. Da Wilhelm Graf von Hohenau exzessiv spielte, häufte er bis 1925 derart viele Schulden an, dass er sich schließlich gezwungen sah, das Schloss Albrechtsberg an die Stadt Dresden zu verkaufen.

Fünf Jahre später erfolgte die Freigabe des 13 Hektar großen Schlossparks für die Öffentlichkeit. Diese wurde jedoch schon 1937 wieder ausgesperrt, als eine SA-Reiterstaffel in das Objekt einzog. Während des Zweiten Weltkriegs blieb Schloss Albrechtsberg zunächst unbeschädigt. Aufgrund seiner Lage am Hang besaß es teilweise sehr tiefe Keller und wurde deshalb ab 1943 als Luftschutzbunker für die Kinder aus den Dresdner Waisenhäusern benutzt. Dann freilich kam der 8. Mai 1945 und mit ihm die Rote-Armee-„Befreier“. Die plünderten und verwüsteten das Gebäude und nutzten es dann eine Zeit lang als Sitz ihrer Militäradministration in Dresden.

1948 entschied die Stadt mehr oder weniger freiwillig, Schloss Albrechtsberg an das UdSSR-Außenhandelsministerium zu veräußern, welches es nachfolgend in ein Hotel für sowjetische Touristen umwandeln ließ. Allerdings schien sich der Betrieb nicht zu rechnen, weshalb 1951 ein Weiterverkauf an die Jugendheim GmbH Potsdam erfolgte, die vier Jahre zuvor von Erich Honekkers damaliger Ehefrau Edith Baumann und anderen kommunistischen Funktionären gegründet worden war. Anschließend entstand in dem einstmaligen Hohenzollern-Domizil die erste große Kultureinrichtung der staatlichen Kinderorganisation „Junge Pioniere“ auf dem Gebiet der DDR. Dabei wechselte der nunmehrige „Pionierpalast Walter Ulbricht“ aber bereits wenige Monate später wieder in den Besitz der Stadt Dresden, die noch heute als Eigentümerin fungiert.

Die Restaurierung des Schlosses begann 1977 – zuvor war es vom obersten Denkmalschützer des Bezirks Dresden, Hans Nadler, zum Nationalen Kulturdenkmal erklärt worden. Nach der „Wende“ beherbergte es unter anderem die Hotel- und Gaststättenschule Hoga und eine Jugendkunstschule. Derzeit dient das Schloss als Veranstaltungsstätte der Messe Dresden. *Wolfgang Kaufmann*



Schiffs-ABC des Krieges

Der Untergang der »Lusitania«

Am 7. Mai 1915 versenkte das deutsche U-Boot „U 20“ unter seinem Kommandanten Walther Schwieger vor der südirischen Küste den britischen Luxusdampfer „Lusitania“, der sich auf der Fahrt von New York nach Liverpool befand. Dabei fanden insgesamt 1128 Passagiere den Tod, darunter 128 US-Bürger. Die „Lusitania“-Katastrophe, wie sie schon bald genannt wurde, hätte um ein Haar schon 1915 zum Kriegseintritt der USA geführt. Die Phantasie kommt gar nicht umhin, für einen Augenblick mit dem Gedanken „was wäre gewesen, wenn…“ zu spielen.

Die Versenkung ist in der Folgezeit in unzähligen Publikationen mit Pro und Contra behandelt worden. Jetzt hat der bis 2010 an der Universität Potsdam lehrende Historiker Willi Jasper eine geradezu minutiöse Schilderung der Vorgänge vorgelegt, was bei aller Nüchternheit dem Ereignis nicht seine Dramatik nimmt. Jasper spiegelt das Geschehen auch vor der Kriegsbegeisterung auf deutscher Seite und führt am Ende eine über das Geschehen hinausgreifende Diskussion zu Kriegsschuld und Mitläufertum vieler Geistesgrößen im Kaiserreich.

Auf britischer Seite war man sich zwar des Wagnisses bewusst, die „Lusitania“, wie ihr Schwesterschiff „Titanic“ zur renommierten Cunard-Line gehörend, trotz der deutschen U-Boot-Bedrohung weiterhin über den Atlantik zu schicken. Doch man hielt das Schiff angesichts seiner hohen Geschwindigkeit, seiner Manövrierfähigkeit und seiner Stabilität für sicher genug. Rückblickend muss man sagen, dass es ein Vabanquespiel war, die „Lusitania“ ohne militärischen Schutz fahren zu lassen.

Der Autor beschreibt mit vielen ebenso spannenden wie bewegenden Details deren letzte Fahrt von New York zurück in die Heimat. An Bord war viel Prominenz und wohl auch militärische Konterbande. Gegen Mittag des 7. Mai wurde das Schiff von einem Torpedo des deutschen Bootes getroffen. Der Dampfer sank binnen 18 Minuten, die unvorstellbare Panik an Bord verhinderte jede wirksame Rettungsmaßnahme; nur 764 Menschen überlebten die Katastrophe.

Den aufflammenden Propagandakrieg schildert Jasper in drastischen Einzelheiten: Genugtuung und Freude auf deutscher, ohnmächtige Wut und Hass auf die deutschen „Hunnen“ auf alliierter Seite, in wachsendem Maße auch in den USA. Deren geharnischter Protest führte zu einer Einschränkung des U-Boot-Krieges. Als dieser im Frühjahr 1917 auf Druck der Obersten Heeresleitung wieder aufgenommen wurde, erklärten die USA Deutschland den Krieg.

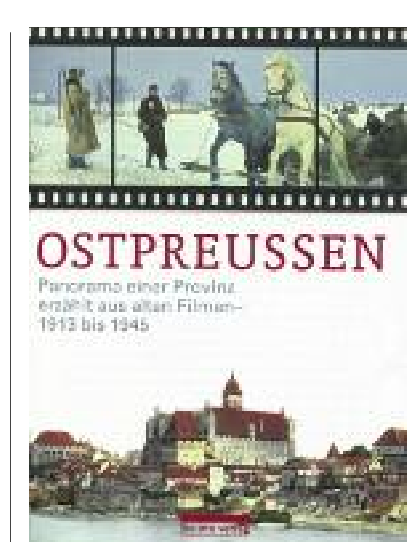
Nach etwa zwei Dritteln des Buches hat der Autor das Thema abgehandelt. Seltsamerweise belässt er es nicht dabei, sondern bringt auf weiteren 60 Seiten unabhängig davon eine Darstellung von Kriegsgegnern und -befürwortern. Zu letzteren zählt er exemplarisch Thomas Mann, der mit seinem Buch „Betrachtungen eines Unpolitischen“ seine Haltung rechtfertigte. Aufseiten der Gegner wird der Dichter Erich Mühsam ausführlich geschildert, der sich allerdings erst im Kriegsverlauf zu einem Antimilitaristen „mauserte“. Jasper führt seine Analyse weiter bis zum Zweiten Weltkrieg. Erst dessen noch größere Katastrophe habe letztlich zu Annäherung und Versöhnung in Europa geführt.

Mit unnötig viel Moral aufgeblasen

Der hier mitunter sehr moralisierende Text lässt nicht gleich den Zusammenhang mit der „Lusitania“-Katastrophe erkennen. Gleiche und noch größere Katastrophen gab es zahllose, ob vor Verdun und an der Somme, am Isonzo oder in den Karpaten. So sind diese Passagen des Buches nicht recht ersichtlich.

Ungewöhnlich sind Jaspers Äußerungen auch zum Verhalten des deutschen Kommandanten. Er kritisiert dessen „gnadenlose Torpedierung“, sein „rücksichtsloses Vorgehen“ und dass er weiterhin sein „mörderisches Geschäft“ betrieben habe. Aber kann man vom einzelnen Soldaten, der unmittelbar an der Front steht, anderes als Härte und Entschlossenheit verlangen? Wenn überhaupt, muss man moralische Verdikte an die politischen und militärischen Führungen richten, nicht aber an einen Einzelnen, der wie hier den klaren Befehl hatte, soviel Tonnage wie möglich zu versenken. Es ist das grausame ABC des Krieges. Darüber nachzudenken, gibt das Buch allen Anlass. *Dirk Klose*

***Willi Jasper: „Lusitania. Kulturgeschichte einer Katastrophe“**, be.bra Verlag, Berlin 2015, gebunden, 208 Seiten, 19,95 Euro*



Einfach monumental

Konkurrenzloses Film-Unterfangen – Ostpreußen auf fünf DVD

Seinem Buch „Ostpreußen. Biografie einer Provinz“ hat Hermann Pölking „Ostpreußen. Panorama einer Provinz – erzählt aus alten Filmen – 1913 bis 1945“ folgen lassen. Wie das 927-seitige Werk ist auch der Film mit fünf DVD à rund eine Stunde recht umfangreich. Durch das relativ niedrige Alter des Mediums Film erfolgt jedoch diesmal zwangsläufig eine Beschränkung auf die neuere Geschichte Ostpreußens. Die Dokumentation besteht aus zusammengeschnittenen Stummfilmaufnahmen, die mit Hintergrundgeräuschen nachträglich vertont und mit passenden Texten aus dem Off versehen sind.

Wer Hunderte von Seiten über Ostpreußen und dessen Geschichte geschrieben hat, der sollte auch zu historischem Filmmaterial über die Provinz Interessantes zu sagen haben, und das hat Pölking auch. Die qualitativ ansprechenden Texte werden auch noch professionell präsentiert. Dieses geschieht ruhig und unaufgeregt mit sympathischen Stimmen. Die Aussprache ist gut verständlich und trotzdem ungekünstelt. Zwischen den interessanten Informationen blitzt ab und an wohl dosierter feiner Humor auf. Mehr noch trägt zur Auflockerung und Entspannung die Abwechslung zwischen vier Sprechern beiderlei Geschlechts bei.

Informativer und wissenswerter sind die Teile des „Panoramas“, in denen der Text im Vordergrund steht. Dort haben die bewegten Bilder nur die Aufgabe, das gesprochene Wort zu unterstützen. Im Idealfall sind die Filmsequenzen so gewählt, dass man meinen könnte, die seien extra für den Text aufgenommen worden.

Über fünf Stunden kostbares Filmmaterial

Doch nicht immer konnten die Filmemacher aus dem Vollen schöpfen. So hat man zu manchem Thema eher das Gefühl, die Verantwortlichen zeigten, was sie dazu finden konnten, und der Text habe weniger die Aufgabe, über Preußen zu informieren als zu erklären, wer hier gerade was aus welchem Grunde auf Zelluloid gebannt hat. Das ist zwar für den Zuschauer weniger bildend, aber durchaus interessant oder doch zumindest unterhaltend präsentiert.

Gerade in den Passagen, in denen nicht der Text, sondern der Film im Vordergrund steht, fällt allerdings schon auf, dass es sich nicht um Tonfilme handelt, sondern um Stummfilme, die nachträglich mit mehr oder weniger passender Geräuschkulisse unterlegt wurden. Davon abgesehen lässt sich feststellen, dass grundsätzlich bei den jüngeren Aufnahmen das Fehlen des Originaltones stärker auffällt. Zweifellos haben Amateurfilme ihren ganz eigenen Charme und eine besondere Authentizität, aber gerade bei den Passagen zum Zweiten Weltkrieg drängt sich doch der Vergleich zu technisch gut gemachten und aufbereiteten Tonfilmen der Kriegsberichterstatter und Wochenschauen auf, wie man sie gerade zum 70. Jahrestag des Kriegsendes im Fernsehen zuhauf zu sehen bekam.

Mehrere Stunden Filmaufnahmen unterschiedlichster Herkunft sinnvoll zu vertonen ist sicherlich eine Herausforderung. Die Verantwortlichen haben sich für eine Mischung aus Chronologie und Querschnittsthemen entschieden. So steht die erste DVD unter der Überschrift „Land, Leute und ihre Verhältnisse 1913 bis 1945“, die zweite unter „Erster Weltkrieg und moderne Zeiten 1913 bis 1930“, die dritte unter „Politik und Wirtschaft in der Diktatur 1932 bis 1939“, die vierte unter „Alltag und Freizeit in der Diktatur 1932 bis 1939“ und die fünfte unter „Heimat, Front und Untergang 1939 bis 1945“. Jede DVD ist dann noch einmal in fünf Kapitel unterteilt. Diese Ordnung drängt sich nicht unbedingt auf, um es zurückhaltend zu formulieren. Thematische Wiederholungen sind nicht ausgeschlossen. Als ein Beispiel sei der Bernsteintagebau bei Palmnicken genannt. Das wäre unproblematisch, wenn ein Thema unter jeweils unterschiedlichen Fragestellungen behandelt worden wäre, aber das ist nicht der Fall. Zwar geben sich die Filmemacher in diesen – zugegebenermaßen wenigen – Fällen nicht die Blöße, Film- oder Textsequenzen zweimal zu bringen, doch sind sie jeweils inhaltsgleich und austauschbar.

Unabhängig von mancher Kritik im Detail steht Pölkings „Panorama“ der Provinz Ostpreußen mit seiner Kombination aus großem thematischen wie quantitativen Umfang auf der einen Seite sowie Professionalität auf der anderen ziemlich konkurrenzlos da. Mancher Ostpreuße oder Ostpreußen-Interessierte wird dafür auch die eine oder andere ärgerliche Rücksichtnahme auf den herrschenden Zeitgeist in Kauf nehmen. *Manuel Ruoff*

***Hermann Pölking: „Ostpreußen. Panorama einer Provinz – erzählt aus alten Filmen – 1913 bis 1945“**, 5 DVD im Schuber, be.bra Verlag, Berlin 2014, 313 Minuten, 39,95 Euro*



Im Joachimsthaler Gulag

Buch über den Uran-Abbau für die Sowjets leidet unter Oberflächlichkeit

Taler, Dollar, Tolar und andere Scheidemünzen kommen sprachlich aus dem nordböhmischen Städtchen Sankt Joachimsthal, dessen 1516 entdeckter Silberreichtum sie „prägte“. Seit 1945 gibt es nur noch das tschechische Jáchymov und statt Silber wurde Uran gefördert, natürlich für die sowjetische Atomindustrie. Davon zu berichten, verspricht František Šedivýs Buch im Titel, verfehlte seine Chance aber restlos. Drei Viertel des Inhalts füllen „autobiografische Erinnerungen“, die mit Uranbergbau nichts zu tun haben. Die Hölle tschechischer Haftanstalten im Stalinismus beschrieben schon vor 50 Jahren Zeitzeugen wie Artur London eindrucksvoller. Da kommt Šedivý nicht mit.

Von Geschichte und Ertrag des Uranbergbaus berichtet in der Einleitung zum Buch der Historiker František Bártík, der seit 2007 eine Gedenkstätte im Komplex Joachimsthal leitet und jetzt Ross und Reiter nennt: Im Februar 1945 erfuhr Stalin vom tschechischen Uran, ab Ende Juli 1945 waren noch zumeist deutsche Facharbeiter tätig. Am 18. November 1945 schloss man einen tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrag, ab 1949 war Joachimsthal „Zwangsarbeitslager“, ab 1952 zahlten die Sowjets nur noch laufende Kosten, ab 1967 war Joachimsthal Zuschussunternehmen, das Prag bis 1989 fast 39 Milliarden Kronen kostete. Hätte der Verlag die Anteile beider Autoren umgekehrt gewichtet, dann hätte es ein informatives Buch ergeben.

Noch besser wäre ein Vergleich zwischen Joachimsthal und dem mitteldeutschen Wismut gewesen, sofern er nicht den für die Edition verantwortlichen „Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen“ überforderte. Dessen Vize-Chefin Nancy Aris spricht im Vorwort von „vielen Gemeinsamkeiten“, wo nur zwei Dinge gemeinsam waren: die Region (Erzgebirge) und der Auftraggeber (Sowjetunion). Alles andere war grundverschieden: Deutsches Uran verrechneten die Sowjets auf „Reparationen“, tschechisches bezahlten sie. In Joachimsthal darbten politische Gefangene, die nur dann besser behandelt wurden, wenn ein „Verstoß gegen die Sicherheitsvorschriften“ drohte. In Wismut-Aue war eine angeworbene „proletarische Elite“ tätig, die zu „exorbitant“ hohen Löhnen arbeitete sowie besser als die Rest-DDR versorgt war und die den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 weder mitbekam noch daran teilnahm. In Joachimsthal war 1953 hingegen ein „Hungerjahr“.

Den Joachimsthaler Gulag hat Ortfrid Pustejovský schon 2009 beschrieben, auch Bartík steuerte dazu mehrere Bücher bei. In Zukunft sollte man böhmisch-sächsischen Forscherfleiß vereinen, um Oberflächlichkeiten wie die von Šedivý zu vermeiden, dem im Buch die eigene Entlassung von 1964 wichtiger ist als das offizielle Ende des Uran-Bergbaus, der noch bis 1989 weiterging. Mit dem Ende des Kommunismus begann Joachimsthals zweite Karriere als Radiumsolbad und künftiges Zentrum der Unesco-Montanregion Erzgebirge. *Wolf Oschlies*

***František Šedivý: „Uran für die Sowjetunion“**, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2015, broschiert, 229 S., 9,90 Euro*



Klima-Kreuzweg Richtung Golgatha

Gut gestartet, schlecht geendet – Im Buch über »Leidenswege der Ökonomie« reiht sich Klischee an Klischee

Es ist ein neuartiges, aber wagemutiges Buchprojekt, die „Leidenswege der Ökonomie“. Der Titel provoziert: Will es die Leidenswege der Ökonomie aufzeigen oder die der betroffenen Menschen? Motiv ist die Aussage von Papst Franziskus in seinem Apostolischen Schreiben „Evangelii Gaudium“ (2013) mit seinem „Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung“ sowie dem Satz „Diese Wirtschaft tötet“.

Gemäß dem Leidensweg Jesu ist das Buch als „Kreuzweg“ konzipiert und nach 14 Kreuzwegstationen gegliedert. Die erste Station heißt „Hunger – Das tägliche, stille Leid“. Es folgen die zweite Station „Produktion – Leid erzeugen“, die dritte Station „Konsum – Die Massenkonsumsucht“, die vierte Station „Ressourcen – Die Erde blutet“. Er endet bei der 14. Station „Klima – Verlieren wir die Zukunft?“. Zum Schluss hängen die Autoren noch ein 15. Kreuzwegbild an: „Hoffnung – Auf eine bessere Zukunft“.

Diese Idee und die Vorgehensweise sind durchaus originell. Wenn zum Schluss das Buch dennoch nicht zufriedenstellt und praktisch wenig Grund zur Hoffnung gibt, dann liegt dies an der „Quellenlage“.

Im Präludium schreiben die Autoren, dass sie sich eines „Fundus von unzähligen Zeitungsartikeln zu Themen wie Hunger, Produktion oder Konsum etc.“ bedient hätten, also auf „Unmengen an Artikeln und Beiträgen“, die sie über Jahrzehnte gesammelt hätten. Diese haben sie gesichtet und zu einem „Kreuzweg“ geordnet, ohne allerdings die Vielzahl an Artikeln vorher gewertet und gewichtet zu haben. So wie der Papst die Ausgeschlossenen als Müll, Abfall „dieser Wirtschaft“ bezeichnete, so wurde in dem Buch eine Unmenge von Pressemüll verarbeitet, der zu falschen Hoffnungen Anlass gibt und etliche Urteile kontaminiert.

Gehen wir zur Station 1: Da wird darauf hingewiesen, dass Hunger primär kein Produktionsproblem, sondern ein Verteilungsproblem sei. Da wird auf die skandalöse Vernichtung von Lebensmitteln hingewiesen, wird die „Fleischeslust“ der reichen Länder als „nicht globalisierbar“ dargestellt, werden die horrenden Agrarsubventionen für Agrotreibstoffe gebrandmarkt. Zu dem Teufelskreis zwischen „Teller“ und „Trog“ komme der zwischen „Teller“ und „Tank“, sodass „Biosprit“ von einer Lebens- zu einer Todes-Energie werde. Werden aus dieser Analyse Konsequenzen gezogen?

An der letzten Kreuzzugsstation „Klima“ ist dieses alles vergessen. Man greift zu einem anderen Stapel Zeitungsartikel und zitiert Barack Obama: „Wir sind die erste Generation, die den Klimawandel spürt, und die letzte, die etwas dagegen tun kann.“ Nach anderer Quelle sei es sicherer „als jemals zuvor, dass der Mensch das Klima verändert“. Die „20 anheizendsten Staaten“ hätten „82 Prozent des globalen Temperaturanstiegs verursacht und eine „historische Schuld“ auf sich geladen. Es müsse bald gelingen, in eine „kohlenstoffneutrale“ Welt einzutreten. Denn „beim Klimawandel geht es nicht um Tausende oder Hunderttausende, sondern um Abermillionen. Golgatha ist nahe“. Es reiht sich Klischee an Klischee.

Solche maßlosen Übertreibungen sind eine sichere Garantie dafür, dass Golgatha weiter fern und nichts als eine eingebildete Fata Morgana ist. Das wahre „Golgatha“ liegt aber in der Kriminalisierung und Bekämpfung des Kohlendioxyds, das absolut lebensnotwendig ist. Ohne dieses Spurengas in der Luft gäbe es keine grünen Pflanzen, wäre die Erde wie zu Beginn der Schöpfung „öd und leer“. Ein Rat: Abschreiben ist gut, aber ordnender Sachverstand besser! Wir sind nicht die erste und auch nicht die letzte Generation, die sich dem globalen Wettergeschehen beugen und damit den Klimawandel akzeptieren muss. *Wolfgang Thüne*

***Josef Nussbaumer, Andreas Exenberger, Stefan Neuner: „Leidenswege der Ökonomie“**, Studia Verlag, Innsbruck 2015, broschiert, 272 Seiten, 19,90 Euro*

MELDUNG

Finnen verjagen Asylbewerber

Stockholm – Zwei Gruppen von Asylbewerbern haben Finnland fluchtartig in Richtung Schweden verlassen, meldet der österreichische ORF unter Bezug auf den Schwedischen Rundfunk. Mehrere Dutzend Asylbewerber behaupten demnach, dass sie im finnischen Kermi mit dem Tod bedroht worden seien. Später wich eine weitere Gruppe ebenfalls nach Schweden aus, weil sie auf finnischer Seite körperlichen Attacken und der Drohung von finnischen Bürgern ausgesetzt gewesen seien, getötet zu werden, falls sie nicht aus dem Land verschwänden. Die Asylbewerber befänden sich jetzt im schwedischen Luleå, so der ORF. *H.H.*

ZUR PERSON

Der Mann mit den zwei Hüten

Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Fokus steht, gibt deren Leiter Manfred Schmidt „aus persönlichen Gründen“ auf? Die Erfahrung hat häufig gezeigt, dass die Floskel nur einen Rauswurf kaschieren soll. In wenigen Tagen wird ohnehin keiner mehr danach fragen, ob Schmidt ein Bauernopfer für das Versagen der Politiker in der Flüchtlingskrise war.

Ein Nachfolger war schnell gefunden. **Frank-Jürgen Weise** soll nun in Personalunion die BAMF und die Bundesagentur für Arbeit, die er seit 2004 führt, leiten. Wie gut, dass beide Behörden in Nürnberg ansässig sind, da sind auch die Wege für die vielen zukünftigen ausländischen Arbeitslosen von morgen nicht weit. Weise muss aber zunächst den viel schwierigeren Weg finden, die 300 000 Asylantragsfälle bearbeiten zu lassen, die sich in der BAMF stapeln. Er will Synergien nutzen und die mit 4800 Stellen personell unterbesetzte BAMF mit Mitarbeitern der Arbeitsagentur verstärken. Genügend Personal steht ihm zur Verfügung: Die Arbeitsagentur beschäftigt bundesweit über 100 000 Menschen.

Als Weise die Arbeitsagentur vom geschassten Vorgänger Florian Gerster übernahm, wurde er noch als „Übergangs-Weise“ bezeichnet. Seine Spötter belehrte das CDU-Mitglied eines Besseren. Er unterstrich sein Organisationstalent und strukturierte die Behörde in Hartz-IV-Zeiten um. Der 1951 in Radebeul geborene und in Schweinfurth aufgewachsene Familienvater gilt als Motivator – auch für seine „Kunden“, wie heute die Arbeitslosen offiziell unter ihm heißen.



Als Leiter der Bundeswehr-Strukturreform bewies der frühere Zeitsoldat und Reserve-Oberst schon 2010, dass er Doppelaufgaben organisatorisch bewältigen kann. Dass er bescheiden aufzutreten weiß, sichert ihm auch bei Kanzlerin Merkel Sympathiepunkte. Denn als Ex-Vorstand der Schaeffler-Gruppe und Gründer einer Logistikfirma, die er nach dem Börsengang verkaufte, hat er es zu einigem Wohlstand gebracht, ehe er sich als Chef der Arbeitsagentur mit kleineren Brötchen begnügte. Und als neuer Leiter der BAMF wird er auf Extragehalt verzichten. Er gilt damit als oberster ehrenamtlicher Helfer für die Asylbewerber. *H. Tews*



Jahrhundertflut

Deutschland auflösen

Wie Gabriel eine Wahrheit über die EU rausgerutscht ist, wie in Berlin der Größenwahn grassiert, und was die Asylflut bezwecken soll / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Dass Politiker ihre Bürger anflunkern, wissen wir ja. Doch manchmal sagen sie uns auch die Wahrheit, insbesondere dann, wenn sie es gar nicht beabsichtigen. So wie hier: SPD-Chef und Vizekanzler Sigmar Gabriel warnt, das EU-System könne auseinander brechen, wenn sich die Mitgliedstaaten nicht auf eine „gerechtere Verteilung von Flüchtlingen“ einigen könnten. Das sollten sich die Partner gut überlegen, droht er, denn zwar würde auch Deutschland unter einem Auseinanderfallen der EU leiden, die anderen träfe das aber deutlich härter.

Ist das nicht interessant? Seit Jahrzehnten beten uns die Politiker vor, dass „Deutschland am meisten von der Europäischen Union profitiert“. Ach ja? Wenn Deutschland „am meisten“ von der EU profitiert, dann müsste es doch logischerweise auch am meisten darunter leiden, wenn die Gemeinschaft zerbricht! Tut es aber nicht, wie uns der Vizekanzler, der im Nebenberuf immerhin das Amt des Wirtschaftsministers bekleidet, gerade verraten hat.

Einzig mögliche Schlussfolgerung: Das mit dem „am meisten profitieren“ war die ganze Zeit gelogen. Haben wir ja ohnehin geahnt angesichts der Tatsache, dass Deutschland, sogar wenn es selbst in der Krise war, immer die höchsten Nettobeiträge an den EU-Haushalt entrichten musste.

So ist das eben: Stunden der Krise sind Stunden der Wahrheit. Der Sturm bläst den Nebel weg und es werden Dinge sichtbar, die vorher im Dunst des Geschwätzes verborgen waren. Das gilt nicht bloß für die Sache mit dem „profitieren“. Politiker und Intellektuelle gerade der linken Hälfte des Spektrums, wo Gabriel zu Hause ist, gefielen sich generationenlang darin, jeden Anflug von deutschem Patriotismus als Naziverdächtig zu verurteilen und auf die „Ängste unserer Nachbarn“ zu verweisen, wenn Deutsche sich selbstbewusst zeigten.

Nun droht eben jener Gabriel unseren Nachbarn mit „Konsequenzen“, weil sie sich weigern, Deutschland bei seiner selbstmörderischen Asylpolitik zu folgen. Diese aggressive Überheblichkeit macht staunen. Und haben uns die Etablierten nicht immer gepredigt, dass die Alternative zur EU und zum Euro die Rückkehr in ein Europa bedeute, das ständig am Abgrund eines neuen Krieges stünde? Alles Schnee von gestern, müsste man meinen, wenn man sieht, mit welcher Leichtigkeit dieselben Politiker heute mit der Möglichkeit des Auseinanderbrechens der EU hantieren.

In ihrem Größenwahn legen sie sogar noch einen drauf nach dem Motto „Heute Europa und morgen die ganze Welt“: Immer wieder posaunen sie, man müsse „die Ursachen bekämpfen, die die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat veranlassen“ – also nicht nur Kriege beenden, sondern auch Armut und den Mangel an sozialen Aufstiegsmöglichkeit beheben.

> Wird das Land womöglich mutwillig ins Chaos gestürzt und von seinen Nachbarn isoliert?

Unter diesen „Ursachen“ leiden mindestens drei Milliarden Menschen auf der Welt. Seit 1960 leistet Deutschland in deren Ländern „Entwicklungshilfe“, die offenkundig auf ganzer Linie gescheitert ist. Sonst gäbe es diese „Ursachen“ nach 55 Jahren Hilfe ja nicht mehr. Nun aber haben die deutschen Politiker augenscheinlich die Lösung gefunden und wollen hoppla hopp die Probleme quasi über Nacht lösen, die sie seit zwei Generationen nicht in den Griff bekommen haben.

Diese Mischung aus Größenwahn und Flucht aus der Wirklichkeit erinnert an eine Szene in dem Film „Der Untergang“ über Hitlers letzte Tage im Führerbunker. Bei einem Besuch von Albert Speer (Hanno Ferch) sitzt Hitler (Bruno Ganz) über eine Europakarte gebeugt, und zeigt mit der Lupe auf Rumänen. Die Russen stehen schon in Berlin, das Reich ist am Ende und Hitler in wenigen Tagen tot, als er mit Blick auf die Karte raunt: „Speer, wenn ich das hier (die Schlacht um Berlin) bereinigt habe, müssen wir die (rumänischen) Ölgebiete zurückgewinnen.“ Entgeistert von so viel Realitätsverlust verlässt der Angesprochene den Raum.

Die „Ursachen“ der Abwanderung beheben? Wie einst der „Führer“ von der eigenen Hilflosigkeit um den Verstand gebracht, phantasieren unsere Politiker mit großer Geste von der erfolgreichen Wiederholung einer Offensive, die sie mit ihrer Entwicklungshilfe-Politik schon vor etlichen Jahren irreparabel in den Sand gesetzt haben.

Meine Güte, kann denn das sein? Sind die tatsächlich schon so durch den Wind und haben jede Orientierung, jeden Kurs, jeden Bezug zur Wirklichkeit verloren? So recht mögen das manche nicht glauben und wittern einen teuflischen Plan. Wird Deutschland womöglich mutwillig ins Chaos gestürzt und von seinen Nachbarn isoliert?

Ausgerechnet die „Welt“, die bei Überlegungen solcher Art sonst schneller mit dem Vorwurf „Verschwörungstheorie!“ bei der Hand ist als Billy the Kid mit dem Colt, gibt den „Verschwörungstheoretikern“ diesmal Stoff. Dort sinnt Jacques Schuster in erstaunlicher Weise über die Beweggründe der Asylpraxis nach. Linkspartei und Grüne wollten, dass Deutschland wegen der NS-Verbrechen einfach verschwinde: „Weil Deutschland zwischen 1933 und 1945 war, wie es war, hat es zu zerfließen wie Butter in der Sonne, muss anders, muss unkenntlich gemacht werden“, sei deren Losung. „Traurig daran ist“, fährt Schuster aber fort, „dass selbst der Kanzlerin dieser Gedankengang nicht fremd zu sein scheint, folgt man einigen ihrer Worte.“

Wie bitte? Das ist hammerharter Tobak, in zarte Töne verpackt. Denn damit deutet der „Welt“-Autor nichts Geringeres an, als dass Merkel absichtlich und gezielt die schrittweise Auflösung Deutschlands betreibt. Das müssen wir erstmal verdauen.

Es bleibt allerdings die Frage, warum das jetzt so schnell gehen soll. Hätte sie den „Schmelzprozess“ über die Jahrzehnte gestreckt, wären die Zerstörer viel geräuschloser ans Ziel gekommen, weil der Gewöhnungsprozess im sich langsam auflösenden Volk ihr steter Verbündeter gewesen wäre.

Würde ein Bürger aus dem Jahre 1960 per Zeitmaschine auf den Hauptbahnhof einer deutschen Großstadt im September 2015 gebeamt, riefe er sofort den Kriegszustand aus! Doch selbst für die Zeitgenossen hat die Asylflut eine Geschwindigkeit angenommen, dass viele den Eindruck einer Invasion nicht mehr unterdrücken können und Widerstand herbeisehnen. Also ist diese überstürzte „Unkenntlichmachung“ Deutschlands nicht unklug aus Sicht der Antideutschen?

Vielleicht nicht, wenn man den Blick etwas erweitert: Seit spätestens 2010 kommt die EU nicht mehr aus der Krise. Der Euro, die Überdehnung und Verkrustung der Union und wachsende nationale Animositäten zerren an der Gemeinschaft, ihr Zerfall wird immer wahrscheinlicher.

Was bliebe dann übrig? Womöglich ein Europa, das von einer starken Zentralmacht Deutschland angeführt würde, deren neue Mark die europäische Leitwährung wäre, von der Bundesbank beherrscht. Um dieses Kraftzentrum herum erwüchse ein neues, von Deutschland organisiertes Bündnissystem – ein Albtraum für jeden Deutschland-Fresser!

Um das zu verhindern, muss zweierlei geschehen: Deutschland muss intern dermaßen geschwächt werden, dass es zur Führung gar nicht mehr imstande wäre. Professor Gunnar Heinsohn hat im RBB spekuliert, dass das deutsche Durchschnittseinkommen durch fortgesetzte Masseneinwanderung gering gebildeter Menschen auf ein Viertel fallen könnte.

Die Isolierung Deutschlands schreitet durch Merkels Zuwanderungsstrategie ebenfalls munter voran. Unsere Nachbarn (zumindest jene, die noch alle Tassen im Schrank haben) werden durch die Berliner Politik in eine Haltung des „Rette sich, wer kann!“ (vor dem deutschen Asylwahn) getrieben, also regelrecht von Deutschland weggescheucht.

Sehen Sie: „Sei es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode“, wie Shakespeare dichtete.

MEINUNGEN

Alles, was er in „Deutschland schafft sich ab“ geschrieben habe, sei noch schlimmer gekommen, so ***Thilo Sarrazin*** *im Gespräch mit „Zeit-online“ (13. September), in dem er sich für die* ***Abschottung der Grenzen*** *ausspricht:*

„Mauern und Zäune sind doch gar nicht schlecht, wenn man Grenzen kontrollieren will. Das chinesische Reich hat seine Kultur entwickelt hinter einer 10 000 Kilometer langen und 1800 Jahre währenden Mauer. Das Römische Reich hat sich gegen die Germanen und andere Einwanderer aus den wilderen Gegenden über 400 Jahre mit Erfolg geschützt durch den Limes. Überall in der Welt haben sich Zivilisationen und Kulturen, die materiell fortgeschritten waren, gegenüber ungeregelter Einwanderung geschützt.“

Gottfried Martens*, Pfarrer der evangelisch-lutherischen Dreieinigkeitskirche in Berlin-Steglitz, warnt in der „Welt“ (18. September) vor radikalen Moslems unter den Asylbewerbern und klagt über die* ***Lage von ehemaligen Moslems****, die sich von ihm haben taufen lassen:*

„In den Asylbewerberheimen bei uns haben vor allem die Christen, die vom Islam konvertiert sind, als Minderheit zu leiden. Viele Tschetschenen, Afghanen, Pakistanis und Syrer zeigen da wenig Toleranz. Wer das Taufkreuz offen trägt, wird nicht selten bedroht und auch körperlich angegriffen. Da stelle ich mir schon die Frage: Muss man sich als Christ in diesem Land verstecken?“

Alexander Kissler gruselt *sich in „Tichys Einblick“ (16. September) vor Kanzlerin* ***Angela Merkel****:*

„Deutschland sieht sich mit enormer illegaler Einwanderung konfrontiert. Die deutsche Politik reagiert darauf planlos, kopflos, heute Hü und morgen Hott, öffnet die Grenzen, um eine Woche später Grenzkontrollen einzuführen: Das macht mir Angst. Sie, liebe Frau Merkel, machen mir Angst.“

Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, ***André Schulz****, übt deutliche* ***Kritik an der Politik****. Die Münchener „Abendzeitung“ (15. September) zitiert:*

„Unisono verkündeten Politiker quer durch die Parteienlandschaft, dass niemand mit dieser starken Zuwanderungswelle habe rechnen können. Konnte man nicht? Dieser klägliche Versuch, Verantwortung von sich zu weisen, kann sehr schnell als das entlarvt werden, was er ist: schlichte Lüge oder das Fehlen jeglicher Kompetenz.“

Heribert Seifert *prangert in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (19. September) die* ***Einseitigkeit der deutschen Medien*** *an, welche die Zuwanderungspolitik unkritisch bejubeln, Andersdenkende aber niedermachen:*

„Zu voller kritischer Wucht läuft man dagegen auf, wenn es den ‚Kampf gegen rechts‘ aktivistisch zu befördern gilt. Sprachregelungen sind etabliert, Meinungskontrollen im Netz mit nachfolgender Denunziation beim Arbeitgeber werden empfohlen, Zensurforderungen sind gesellschaftsfähig. Sie finden Widerspruch nur bei unabhängigen Außenseitern.“